

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Ding Ding

Perspektiven der chinesischen Demokratisierung

Rüdiger Machetzki

Chinas Gesellschaft im Umbruch

Carsten Herrmann-Pillath

Struktur und Prozeß
in der chinesischen Wirtschaftspolitik,
oder: Warum China doch anders ist

Peter J. Opitz

Die Außenpolitik Chinas
zu Beginn der neunziger Jahre

B 48/90

23. November 1990

Ding Ding, B. Lit., B. L. (Bachelor of Literature, Bachelor of Law), geb. 1958; 1986—1989 Attaché in der politischen Abteilung der Botschaft der VR China in der DDR; nach der blutigen Niederwerfung der Demokratiebewegung in Beijing bat er in der Bundesrepublik um politisches Asyl.

Veröffentlichungen von Zeitungsartikeln zur politischen Kultur in China.

Rüdiger Machetzki, Dr. phil., geb. 1941; Studium der Sinologie, Politikwissenschaft und Japanologie in Hamburg und Taibei von 1964 bis 1970; seit 1973 wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde, Hamburg.

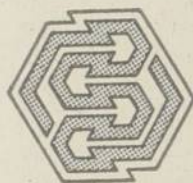
Veröffentlichungen u. a.: Chronologie des innerparteilichen Linienkampfes der Kommunistischen Partei Chinas, 1974; Die Entwicklungshilfepolitik der Volksrepublik China, 1975; Entwicklungsmacht China, 1981; Die Pazifische Herausforderung, 1988; zahlreiche Aufsätze zu Problemen der VR China, Ost- und Südasiens.

Carsten Herrmann-Pillath, Dr. rer. pol., Dipl.-Vw., M. A., geb. 1959; Referent für Wirtschaft und Innenpolitik Chinas beim Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln. Gemeinsam mit Prof. Dr. Helmut Martin, Bochum, Leiter des durch die Stiftung Volkswagenwerk finanzierten Forschungsprojektes „Chinas Modernisierung in den achtziger und neunziger Jahren“.

Veröffentlichungen u. a.: Das Grundproblem der Geldverfassung in den jüngsten wirtschaftspolitischen Erfahrungen der VR China, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 37 (1988); China — Kultur und Wirtschaftsordnung, Stuttgart–New York 1990; China zwischen „kapitalistischem Sozialismus“ und „sozialistischem Kapitalismus“? Notwendigkeit und Grenzen ordnungspolitischer Entscheidung, in: D. Cassel (Hrsg.), Wirtschaftssysteme im Umbruch, München 1990.

Peter J. Opitz, Dr. phil., geb. 1937; seit 1977 Professor für Politische Wissenschaft an der Universität München. Seit 1984 Mitglied des wissenschaftlichen Direktoriums des Bundesinstituts für internationale und ostwissenschaftliche Studien, Köln, sowie wissenschaftlicher Beiräte beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und des Auswärtigen Amtes, Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Chinas Außenpolitik. Ideologische Grundlagen, strategische Konzepte, Zürich 1977; (Hrsg.) China zwischen Weltrevolution und Realpolitik. Ursachen und internationale Konsequenzen der amerikanisch-chinesischen Annäherung, München 1979; (Hrsg.) Das Weltflüchtlingsproblem. Ursachen und Folgen, München 1988; (Hrsg.) Weltprobleme — Herausforderungen an der Schwelle zum Dritten Jahrtausend, München 1990; Gezeitenwechsel. Die sino-sowjetischen Beziehungen in historischer Perspektive, Köln 1990; Frieden für Kambodscha?, Frankfurt a. M. 1991.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Die beiden Bände des Jahrgangs 1989 sind nur noch begrenzt vorrätig und können zum Preis von DM 25,— (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten bestellt werden.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Perspektiven der chinesischen Demokratisierung

I. Die potentielle Trägerschicht der Demokratisierung

Die demokratischen Kräfte Chinas waren bei der Demokratiebewegung 1989 zahlenmäßig schwach und politisch unreif; sie bestanden zu einem großen Teil aus Studenten und Intellektuellen. Diejenigen, die sich seit Jahren für Demokratie eingesetzt hatten, waren noch nicht in der Lage, eine funktionierende Organisation mit substantiellem Programm aufzubauen, geschweige die umfangreiche Protestbewegung zielsicher zu steuern. Nach dem Massaker wurden diese Kräfte durch „Säuberung“ schwer angeschlagen; mindestens zehntausend wurden festgenommen¹⁾, etwa tausend flüchteten ins Ausland²⁾, die übrigen blieben im Untergrund. Andererseits führte das brutale Vorgehen der KPCh dazu, daß immer mehr Menschen sich von dem Regime abwendeten. Selbst eine amtliche Untersuchung kam zu dem Ergebnis, daß nur noch 20 Prozent der Beijinger Studenten die Linie und Politik der Partei akzeptierten³⁾.

Derzeit befindet sich die potentielle Opposition in einer Phase der Sammlung im Untergrund. In den letzten Monaten sind einige solcher Gruppen – trotz der strengen Sicherheitsvorkehrungen der Behörden – in vielen Gebieten des Landes entstanden. Im März wurde in Beijing das „Kooperationskomitee der Demokratischen Erneuerungsfront Chinas“ von einigen Intellektuellen und Studenten gegründet. Der auf der Fahndungsliste stehende Studentenfürer Zhai Weimin gab als dessen Sprecher bekannt, daß seine Gruppe mit friedlichen Mitteln die Alleinherrschaft der KPCh abschaffen wolle⁴⁾. Im April war die „Chinesische Sozialdemokratische Partei“ in Ostchina ins Leben gerufen worden⁵⁾. Ferner gibt es einige Zweigstellen der Exilgruppe „Föderation für ein demokratisches China (FDC)“⁶⁾. Solche geheimen Gruppen – von denen es noch mehr als die hier genannten geben

dürfte – können sich nur schwer entwickeln, solange die Partei die Zügel noch fest in Händen hält. Ihnen fehlt offenbar eine Integrationsfigur wie Walesa oder Havel. Es ist fraglich, ob sie bis zum Beginn der nächsten offenen Demokratiebewegung eine fähige Organisation bilden können.

Dagegen haben sich die oppositionellen Kräfte Chinas im Ausland nach dem Massaker voll entfalten können. Unter den etwa 100 000 chinesischen Auslandsstudenten, von denen nach Vermutungen der KPCh nur noch fünf Prozent der Partei nahe stehen⁷⁾, sind 864 politisch oder kulturell wirkende Gruppierungen entstanden⁸⁾. Darunter sind zahlreiche demokratisch gesinnte akademische Gruppen wie die unabhängigen Vereinigungen der chinesischen Studenten und Wissenschaftler in den USA, Kanada, der Bundesrepublik usw. Zu den größten politischen Organisationen zählen die FDC, die im September vorigen Jahres von den geflüchteten Aktivisten der niedergeschlagenen Demokratiebewegung und Auslandsstudenten Chinas in Paris gegründet worden war, und die Chinese Alliance for Democracy, die 1983 von einigen Aktivisten der demokratischen Bestrebungen um die Jahreswende 1978/79 – genannt „Mauer der Demokratie“ – aufgrund ihrer ein Jahr vorher herausgegebenen Zeitschrift „China Spring“ in New York ins Leben gerufen wurde. Sie wollen in ähnlicher Weise mit friedlichen und gewaltfreien Methoden die Alleinherrschaft der KPCh abschaffen und Demokratie und Marktwirtschaft in China einführen⁹⁾. Sie haben Einfluß auf die chinesischen Auslandsstudenten und erhalten finanzielle Unterstützung von den demokratischen Kräften in Taiwan, Hongkong und von Überseechinesen. Inzwischen haben sie in den meisten westlichen Ländern,

¹⁾ Genaue Zahlen liegen nicht vor; vgl. amnesty international, Jahresbericht 1989, Frankfurt 1989.

²⁾ Vgl. China Spring (chinesischsprachige Monatsschrift der Exilgruppe „Chinese Alliance for Democracy“), New York, Nr. 82, März 1990, S. 45.

³⁾ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Dezember 1989.

⁴⁾ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 10. Mai 1990.

⁵⁾ Vgl. China Spring, Nr. 83, April 1990, S. 97.

⁶⁾ Vgl. Tagesspiegel vom 5. Oktober 1989.

⁷⁾ Der 78. abgesetzte Diplomat der VR China nach dem Massaker, Xu Lin, hat ein geheimes Papier der KPCh ans Licht gebracht. Die chinesischen Auslandsstudenten wurden in diesem Papier in fünf Kategorien eingeteilt und bewertet; vgl. Der Spiegel, Nr. 31/1990, S. 124–126; China Spring, Nr. 87, August 1990, S. 87.

⁸⁾ Vgl. China Spring, Nr. 88, September 1990, S. 8.

⁹⁾ Der deutsche Text des Programms der FDC findet sich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 7. Oktober 1989; die Satzung der Chinese Alliance for Democracy ist abgedruckt in: China Spring, Nr. 77, Oktober 1989, S. 47.

wo sich chinesische Studenten befinden, Unterorganisationen oder Zweigstellen errichtet und zusammen mehr als 3 500 Mitglieder aufgenommen.

Derart zahlreiche kleine oder große Gruppen wollen zwar alle grundsätzlich Demokratie und Marktwirtschaft, differieren aber in der konkreten Zielsetzung und über den Weg dorthin. Man streitet um „totale Verwestlichung“ oder „demokratischen Sozialismus als dritter Weg“ mit Schweden als Modell, über Revolution oder Reform („Zusammenarbeit mit dem Reformflügel“ oder „Nieder mit der KPCh“), über Gewalt oder gewaltfrei¹⁰). Nach den Erfahrungen der blutigen Revolution in Rumänien im Dezember letzten Jahres gaben nicht wenige das Prinzip der Gewaltfreiheit auf. Die Meinung, sich gleichzeitig auf zwei Möglichkeiten – sowohl für eine friedliche Umwandlung wie für eine gewaltsame Revolution – vorzubereiten, gewinnt immer mehr die Oberhand. Die „Freie Demokratische Partei Chinas“, die im Juli dieses Jahres von chinesischen Studenten in den USA und Kanada ins Leben gerufen wurde und als die drittgrößte politische Gruppe gilt, schreibt „Ausrottung der Tyrannei der KPCh“ auf ihre Fahne und bildet mit der im letzten Jahr in den USA gegründeten „Demokratischen Partei Chinas“ zusammen den radikalen Flügel¹¹).

Der Zustand der oppositionellen Kräfte im Ausland ist zu vergleichen mit einer Häufung von zerstreutem Sand. Keine dieser Gruppen kann wie eine Partei funktionieren. Aufgrund ihrer losen Struktur, ungenügender Demokratisierung, Seilschaftskämpfen und Meinungsverschiedenheiten innerhalb einer Organisation sowie Reibungen untereinander erhalten sie viel Kritik¹²). Es ist der FDC z. B. nicht gelungen, eine Dachorganisation für alle Richtungen zu bilden, wie sie sich dies bei ihrer Gründung vorstellte. Die Vereinigung der FDC und Chinese Alliance for Democracy, die im Februar dieses Jahres von den Führungen beider Gruppen beschlossen wurde, ist wegen des Widerstands von der Basis aufgeschoben worden¹³). Die Exilbewegung hat also ihre organisatorischen wie ideologischen Kinderkrankheiten noch nicht hinter sich. Was die Partei mittels ihrer sinisierten kommunistischen Ideologie Jahrzehnte lang eingehämmert hat, ist selbst bei ihren entschiedenen Oppo-

nenten nicht leicht durch (westliche) demokratische Wertmaßstäbe zu verdrängen. Hu Ping, der Vorsitzende der Chinese Alliance for Democracy, gab zu: „Wir verstehen noch nicht viel von Demokratie, und unsere demokratische Praxis ist noch nicht zufriedenstellend.“¹⁴) Mittlerweile tritt jedoch eine Reihe von Politikern mit einer realistischeren Haltung hervor. Sie beginnen angesichts der Schwäche der Exilbewegung einerseits Taktik und Strategien für die chinesische Demokratisierung als eine langfristige Aufgabe zu entwerfen und andererseits den Zusammenschluß bestehender Gruppen anzustreben¹⁵).

Trotz aller Bemühungen fällt es den Oppositionellen im Ausland schwer, direkten Einfluß auf die politische Lage in ihrem Heimatland auszuüben, wie die Erfahrungen der Exilgruppen vieler osteuropäischen Länder und der Chinese Alliance for Democracy im letzten Jahr gezeigt haben. Aber ihre zukünftige Rolle ist nicht zu unterschätzen. Seit Ende des letzten Jahrhunderts ist jeder wesentliche Fortschritt zur Modernisierung Chinas vor allem den zurückgekehrten chinesischen Auslandsstudenten zu verdanken. Mit Sicherheit wird die heutige Generation nicht wie ihre Großelterngeneration wegen unterschiedlicher politischer Ansichten zwei feindliche Fronten bilden.

Da die oppositionellen Kräfte inner- und außerhalb Chinas noch schwach sind, glauben viele, daß die politische Zukunft Chinas nochmals vom Duell zwischen der KPCh und der Regierungspartei in Taiwan – der Kuomintang (KMT) – bestimmt wird. Es ist nicht unbegründet, daß man die KMT für den Hoffnungsträger hält. Nachdem sie Taiwan das Wirtschaftswunder gebracht hatte, begann sie in den letzten Jahren mit der politischen Demokratisierung. Auch damit wird der Kontrast zum „Erbfeind“ KPCh auf dem Festland ganz offensichtlich. Der KMT würde es aber schwerfallen, auf dem Festland Fuß zu fassen, wenn sie einmal dort erlaubt sein sollte. Ihre Basis ist seit der Machtergreifung der KPCh ausgerottet. Des weiteren ist das negative Bild der KMT bei der älteren Generation – nicht nur wegen ihrer schlechten Erfahrungen mit der KMT vor 1949, sondern vor allem wegen der langjährigen einseitigen Propaganda der KPCh – nicht leicht zu beseitigen. Außerdem ist es

¹⁰) Vgl. Gespräch mit dem Präsidenten der FDC, Yan Jiagi, in: *Res Oeconomica*, (1990) 2, S. 15.

¹¹) Vgl. Meidong Shibao (Die Ostamerikanische Zeit) vom 10. Juli 1990.

¹²) Vgl. *Minzhu Zhongguo* (Demokratisches China, chinesischsprachige Zeitschrift der FDC), Paris, Nr. 3, August 1990, S. 16–27.

¹³) Vgl. *China Spring*, Nr. 82, 1990, S. 12; Nr. 85, Juni 1990, S. 75.

¹⁴) Hu Ping, *Revolution braucht Bedingungen und Reform braucht Weisheit*, in: *China Spring*, Nr. 81, Februar 1990, S. 23.

¹⁵) Ende Januar dieses Jahres kamen Vertreter von mehr als zehn Exilgruppen Chinas auf Initiative einiger Aktivisten zum ersten Mal zusammen, um ihre Arbeit zu koordinieren. Vgl. Yang Manke, Bericht über die Gespräche der chinesischen demokratischen Kräfte im Ausland am Runden Tisch, in: *China Spring*, Nr. 82, März 1990, S. 6–11.

eine Frage, ob die KMT selbst die Rückkehr auf das Festland will, obwohl sie stets auf ihrem Alleinvertretungsrecht besteht, und die politischen Veränderungen ihr eine günstige Chance geben würden. Die älteren Kuomintanisten, die vor 1949 auf die Insel geflüchtet waren, verschwinden bald von der politischen Bühne. Den jüngeren Nachfolgern, die in Taiwan aufgewachsen sind, ist das rote China wegen der 40jährigen militärischen Konfrontation und der großen wirtschaftlichen und politischen Unterschiede fast wie ein fremdes Land. Die Lösung „Eine Nation, zwei Staaten“ scheint ihnen realistischer zu sein als eine Vereinigung¹⁶⁾. Nicht zu vergessen ist auch: Die KMT hat große Angst davor, daß die KPCh Taiwan angreift, um sich aus ihrer Existenzkrise auf dem Festland zu befreien. Die KPCh hat es bis jetzt stets abgelehnt, auf eine gewaltsame Lösung der „Taiwan-Frage“ zu verzichten. So wünscht die Regierung Taiwans zwar das Ende des kommunistischen Regimes auf dem Festland, vermeidet es aber, sich dafür direkt einzusetzen. So hat sie z. B. den Plan eines Schiffes mit

einem Rundfunksender „Für Demokratie in China“, der von westlichen Zeitschriftenverlagen und der Exilgruppe FDC im Frühjahr dieses Jahres vorbereitet worden war, nicht unterstützt¹⁷⁾. Die KMT wird sicher ihre Zurückhaltung weiter üben, solange die KPCh noch Herr der Lage ist. Auf lange Sicht wird sie jedoch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke und Regierungserfahrung eine Sonderrolle bei der Demokratisierung Chinas spielen. Ein demokratisches Festland ist nämlich die einzige Garantie für die Sicherheit Taiwans – egal, ob Taiwan in Zukunft ein souveräner Staat bleiben oder ein Teilstaat Chinas werden will. Außerdem will Taiwan das Festland als einen idealen Markt nicht verlieren.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß allein die potentiell oppositionellen Kräfte auf dem Festland den entscheidenden Anstoß zur Veränderung der dortigen Lage geben können. Ob sie dieser Rolle gewachsen sind, hängt nicht nur von ihrer Entwicklungsfähigkeit, sondern auch von ihrer Massenbasis ab.

II. Die Massenbasis der Demokratisierung

Es ist beispiellos in der chinesischen Geschichte, daß bei der letzten Demokratiebewegung Millionen der städtischen Bevölkerung mit den Studenten und Intellektuellen sympathisierten. Aber dies bedeutet nicht, daß die chinesische Bevölkerung schon ein demokratisches Bewußtsein hat, wie mancher behauptet¹⁸⁾.

Unter den städtischen Gruppen ist vor allem eine Unterstützung seitens der privatwirtschaftlichen Unternehmer und der Einzelhändler zu erwarten, die als ein wesentlicher Bestandteil des noch im Keim befindlichen Mittelstandes angesehen werden. Viele solcher Unternehmer haben enge Verbindungen mit Intellektuellen, weil diese seit der Durchführung der Wirtschaftsreform in den Städten im Jahre 1984 als Wissenschaftler, Hochschullehrer oder Schriftsteller ins Wirtschaftsleben übergingen. Manche von ihnen versuchten sogar, durch Entwicklung der Privatwirtschaft eine strukturelle Veränderung der Gesellschaft von unten herbeizuführen, erkannten aber bald ihre Grenzen. So hielten nicht wenige Unternehmer der Privatwirt-

schaft wie Wan Runnan, der Generaldirektor der Computerfirma „Stone Company“ – die größte privatgeführte Firma Chinas – zu den Studenten¹⁹⁾. Die Einzelhändler waren meistens Emporkömmlinge im Zuge der Wirtschaftsreform. Sie begrüßten die Protestbewegung, weil sie unter der Kontrolle und Erpressung der korrupten Partei- und Regierungskader zu leiden hatten. Nach dem Massaker wurden die Anhänger dieser Gruppe politisch von der Partei als „kapitalistische Elemente“ angegriffen und wirtschaftlich von der Sparpolitik der Regierung betroffen. Sie werden gleichwohl aufgrund ihrer wirtschaftlichen Interessen die marktwirtschaftliche Ordnung und die damit verbundene politische Liberalisierung befürworten. Aber diese Gruppe ist zur Zeit noch viel zu schwach.

So ist die Haltung der Industriearbeiter, als die stärkste städtische Gruppe, entscheidend für die oppositionellen Kräfte. Im letzten Jahr nahmen zahlreiche Arbeiter an den Demonstrationen teil. In vielen Städten wie Beijing, Kanton, Changsha usw. waren unabhängige Gewerkschaften entstanden. Die Arbeiterschaft war aber dem Aufruf zum Streik seitens der neugegründeten Gewerkschaften und der Studentenorganisationen nicht gefolgt. In

¹⁶⁾ Vgl. Christian Hacke, Die Illusionen der Gleichgewichtsdiplomatie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Oktober 1989.

¹⁷⁾ Vgl. Washington Post vom 18. Mai 1990; Deutsche Welle (Sendung in chinesischer Sprache) vom 24. Mai 1990.

¹⁸⁾ Vgl. Gespräch mit dem Präsidenten der FDC, Yan Jiaqi, in: Res Oeconomica, (1990) 2, S. 16.

¹⁹⁾ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. August 1989.

Shanghai, der größten Industriestadt und Ursprungsort der Arbeiterbewegung Chinas, gelang es der Partei sogar, die Arbeiter gegen eine Prämie von 30 Yuan zur Unterdrückung der Demokratiebewegung zu kaufen²⁰⁾. Die Arbeiterschaft als solche hat nicht an der Bewegung teilgenommen, weil sie noch kein Selbstbewußtsein besitzt. Sie kann auch aufgrund ihrer kurzen Geschichte unter despotischen Herrschaften noch nicht selbständig handeln. Die ersten Gewerkschaften, die Anfang der zwanziger Jahre unter patriotischem Enthusiasmus entstanden waren, wurden im Jahr 1927 von der KMT zerstört und durch staatlich gelenkte Gewerkschaften ersetzt²¹⁾. Seit ihrer Machtübernahme im Jahre 1949 hat die KPCh ein noch stärker zentral geleitetes Gewerkschaftssystem errichtet. Die unabhängige Arbeitervereinigung, die während der letzten Demokratiebewegung in Beijing 13 Tage lang bestand, war die erste von der Partei unabhängige Gewerkschaft. Die Arbeiterklasse hat in der Tat seit 1927 keine selbständige Rolle gespielt.

Es ist außerdem nicht zu übersehen, daß die Partei erfolgreich einen Keil zwischen die Arbeiterschaft und die Intelligenz getrieben hat. Die Intelligenz, die schon kurz nach der Machtergreifung der KPCh zum Umerziehungsobjekt geworden war, wurde während der zehnjährigen Kulturrevolution direkt unter die führende Rolle der Arbeiterklasse gestellt. Sie ist zwar seit 1978 unter dem Etikett „geistige Arbeiter“ von der Partei zu einem „Teil der Arbeiterklasse“ befördert worden, die Voreingenommenheit auf beiden Seiten ist aber nicht leicht abzubauen. Auch die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Intellektuellen könnte auf Widerstand der Arbeiter stoßen²²⁾. Obwohl die Arbeiter nur dem Namen nach „Führungsklasse“ sind, vermieden sie in den letzten Jahren eine direkte Konfrontation mit der KPCh und pflegten Distanz zu den politischen Bestrebungen der Intellektuellen.

Im letzten Jahr war vor allem die Forderung der Studenten nach „Bekämpfung der Korruption und Inflation“ auf Resonanz bei den Arbeitern gestoßen. Diejenigen, die sich die polnische „Solidarität“

²⁰⁾ Vgl. Liang Qi. Was für ein Mensch ist Jiang Zemin?, in: Cheng Ming (Debatte), Hongkong, Nr. 141, Juli 1989, S. 13.

²¹⁾ Vgl. Jacques Gernet, Die Chinesische Welt, Frankfurt 1979, S. 523.

²²⁾ Im Herbst des Jahres 1986 gab der Vorsitzende der Allchinesischen Gewerkschaftsvereinigung, Ni Zhifu, bei seiner Rede vor den Mitgliedern der Botschaft der VR China in der ehemaligen DDR zu, daß die Gewerkschaft kurz vor der Konferenz für chinesisches Erziehungswesen im Jahre 1985 im Namen der Arbeiterklasse an das Politbüro der KPCh geschrieben hatte, um ihm von seinem Vorhaben abzuraten, die Gehälter der Grund- und Mittelschullehrer zu erhöhen. Bei dieser Rede war der Verfasser anwesend.

als Beispiel nahmen und sich für eine politisch unabhängige Stellung der Arbeiterklasse einzusetzen begannen, waren allerdings nur wenige junge Arbeiter. Sie wurden von den Repressalien besonders betroffen. Solche demokratisch gesinnten Arbeiter dürften jedoch bei einem Ausbruch der Wirtschaftskrise mehr Einfluß auf die Arbeiterschaft gewinnen.

Der ländlichen Bevölkerung gegenüber, die 80 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht sowie mehr als 90 Prozent der 220 Millionen Analphabeten Chinas stellt²³⁾ und die distanziert gegenüber der Demokratiebewegung blieb und bleibt, haben die chinesischen intellektuellen Eliten eher ein Gefühl der Hilflosigkeit. Ihr wird mit Recht — trotz ihrer großen Zahl — eine Nebenrolle bei der kommenden Veränderung zugesprochen²⁴⁾. Von der ländlichen Bevölkerung gelten die Bauern als die konservativste Gruppe, die Stütze der KPCh. Die Frage des Eigentums an Grund und Boden — für die Bauern von großem Interesse — bleibt noch offen, obwohl es seit der Durchführung des Verantwortlichkeitssystems im Jahre 1978 den Bauern wesentlich besser geht. Die landwirtschaftlichen Kader, die von den Bauern „lokale Despoten“ genannt werden, deren Machtnetz zwar durch die ländliche Reform geschwächt, aber immer noch ungebrochen ist, besitzen das Zuteilungsrecht für wichtige landwirtschaftliche Produktionsmittel. In den offiziellen Berichten ist nicht selten zu lesen, daß diese neuen *Gentrys* willkürlich Steuern fordern oder das „verpachtete Land“ zurücknehmen. Die Bauern sind — außer einzelnen Protesten oder persönlicher Rache — gewohnt, ihr Schicksal dumpf hinzunehmen, solange es ihre Existenzgrundlage nicht betrifft. Von der Flut westlicher Ideen und Lebensformen, von denen die städtische Bevölkerung in den letzten Jahren schwärmte, wurden die Bauern kaum berührt. Selbst in den relativ entwickelten Küstengebieten sind die reich gewordenen Bauern weitgehend noch in den uralten Denk- und Lebensweisen befangen²⁵⁾.

Die meisten Chinesen sind — selbst nach dem Mörder auf dem Tianmen-Platz und den erfolgreichen Demokratiebewegungen in den osteuropäischen Ländern — noch nicht in der Lage, das Übel des Systems an der Wurzel zu packen. Obwohl sie unzufrieden oder enttäuscht von der KPCh sind, dienen

²³⁾ Vgl. Renmin Ribao (Volkszeitung), Beijing, vom 18. August 1990.

²⁴⁾ Vgl. Spiegel-Gespräch mit den chinesischen Dissidenten Yan Jiaqi und Wu Er Kaixi, in: Der Spiegel, Nr. 28/1989, S. 126.

²⁵⁾ Vgl. Hartwig Bögeholz, Gebt uns Demokratie oder gebt uns den Tod, Reinbek 1989, S. 124–128; Beijing Rundschau, Nr. 29, 16. Juli 1989, S. 10–22.

ihnen nur die traditionellen Wertvorstellungen als Maßstab. Sie wünschen sich „weise Herrscher“ und „saubere und aufrichtige Beamte“, die wirklich dem Volk dienen und Gerechtigkeit pflegen wie die sagenhaften Figuren der Vorzeit. Die Schuld schreiben sie eher dem „dumm gewordenen Herrscher“ und den „tückischen Beamten“ zu. Daher geraten jetzt Deng Xiaoping, der Premierminister Li Peng und der Staatspräsident Yang Shangkun, die als Hauptschuldige des Massakers angesehen werden, bei der Bevölkerung in Verruf.

Die Schuld an dieser verworrenen Situation politischer Aufklärung liegt zum Teil an den schwachen Intellektuellen: Die politische Diskussion blieb während der zehnjährigen Reformphase auf die geistige Welt beschränkt. Mit ungeduldiger Leidenschaft stützten sich die demokratisch gesinnten In-

tellektuellen entweder auf den Reformflügel der Partei — mit dem Ziel, eine Reform von oben nach unten durchzuführen — oder auf sich selbst und wollten durch eine Protestbewegung alles erreichen. Es dürfte für die oppositionellen Kräfte, mit den Intellektuellen und Studenten als Hauptkraft, in Zukunft durchaus dann möglich sein, mehr Sympathie und Unterstützung bei der Bevölkerung — vor allem bei den Großstädtern — zu gewinnen, wenn sie Rücksicht auf das Erkenntnisvermögen der Massen nehmen und ein für diese akzeptables Programm aufstellen. Man muß aber damit rechnen, daß so herbeigeführte Veränderungen auch dem Reformflügel der Partei Chancen geben werden, und nicht nur den demokratischen Kräften. Dafür gibt die Entwicklung in Rumänien, Bulgarien und der Mongolei Beispiele.

III. Die reformistischen Kräfte der KPCh

Nach dem Massaker hat die Unzufriedenheit mit dem konservativen Flügel der Parteiführung innerhalb der KPCh rasch zugenommen. Eine geheime Gruppe namens „Zentrales Revolutionskomitee der kommunistischen Partei Chinas“, die gegen Ende der Kulturrevolution von radikalen Reformern in der Partei gegründet wurde, aber in den letzten Jahren kaum von sich hören ließ, verurteilte das blutige Vorgehen und gab ihr Programm zur radikalen Umgestaltung der Partei und der Gesellschaft bekannt²⁶). Eine solche Gruppe vertritt wegen ihres riskanten Unternehmens nur einen kleinen Teil als Opposition innerhalb der Partei. Unter dem großen Teil der politisch in der Mitte Stehenden gibt es eine größere Zahl von Anhängern der gemäßigten Reformer. Obwohl diese Gruppe in der Parteiführung mit dem ehemaligen Generalsekretär Zhao Ziyang an der Spitze „gesäubert“ worden war, blieb ihre Basis weitgehend unbeschädigt.

Erwähnenswert sind hier auch die Kader der dritten Generation, die heute im Alter zwischen 35 und 45 Jahren als Generation der „Rotgardisten“ bezeichnet werden und die inzwischen zum Teil auf den mittleren Ebenen der Partei und der Regierung untergekommen sind. Bei den 46 Millionen Genossen mit zehn Prozent Analphabeten und zwanzig

Prozent Grundschulabsolventen werden diese Hochschulabsolventen als unentbehrliche „Nachfolger der revolutionären Sache“ angesehen²⁷). Ihr kommunistischer Glaube war jedoch schon während der Kulturrevolution erschüttert. Sie treten weder für das Festhalten am Sozialismus — wie die älteren — noch für eine „völlige Verwestlichung“ — wie die jüngeren — ein, sondern neigen aus realistischer Perspektive zu einer Reform von oben nach unten. Sie sind nicht nur gegen das unnachsichtige Vorgehen der konservativen Kräfte gegen die Demonstranten, sondern auch gegen die „Alles oder Nichts“-Haltung der Studenten. Angesichts des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime in den meisten osteuropäischen Ländern und der zunehmenden Unzufriedenheit der Bevölkerung in China ist ihnen die Krise der KPCh und ihrer eigenen Interessen klar. Einziger Ausweg scheint ihnen eine gründliche Reform aus eigener Initiative zu sein. Sie werden aber nur unter gesellschaftlichem Druck zum Abbau der bestehenden Ordnung mehr oder weniger unfreiwillig beitragen. Angesichts der schwachen Opposition der Intellektuellen und ihrer brüchigen Basis ist die Rolle der reformistischen Kräfte der Partei als Stoßdämpfer wie Vermittler beim Umschwung des kommenden Systemwechsels nicht zu übersehen.

²⁶) Der Text des Manifestes dieser Gruppe findet sich in: Briefwechsel der Mitglieder der FDC, Nr. 12, Juli 1990, S. 7–9.

²⁷) Es gab im Jahre 1987 etwa zwölf Millionen Kader in China; davon machten die Kader mit Hochschulbildung 16 Prozent aus.

IV. Die Wende wird nach Deng eintreten

Es ist für die KPCh zur Zeit die wichtigste Aufgabe, in der schlechten „internationalen großen und inländischen kleinen Atmosphäre“ ihre erschütterte Macht zu sichern. In erster Linie hängt dies von der Geschlossenheit der Parteiführung ab. Deng Xiaoping, der im März dieses Jahres von seinem letzten Amt als Vorsitzender der staatlichen Militärkommission zurückgetreten ist, hat ein innerparteiliches Machtverhältnis arrangiert, daß der konservative Flügel der Parteiführung leicht dominiert. Der Staatspräsident Yang Shangkun und sein jüngerer Bruder Yang Baibing, die beide verantwortlich für das Massaker sind, kontrollieren als erste Stellvertreter des Vorsitzenden und als Generalsekretär das wichtigste Organ — die ZK-Militärkommission, weil der neue Partei-Generalsekretär Jiang Zemin als Vorsitzender der Militärkommission zwar die höchste politische Kontrolle über die Volksbefreiungsarmee (VBA) ausübt, aber während seiner Laufbahn keine Beziehungen zum Militär aufgebaut hat²⁸⁾.

In dem sechsköpfigen Ständigen Ausschuß des Politbüros, dem führenden Kern der KPCh, sind der Ministerpräsident Li Peng, sein Stellvertreter Yao Yilin und der für Recht und Sicherheit zuständige Qiao Shi — diejenigen, die der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung zugestimmt hatten — sowie das neue Mitglied Song Ping den konservativen alten Genossen verbunden. Li Ruihuan hat sich während seiner Amtszeit als Bürgermeister der drittgrößten Stadt Tianjin als ein gemäßigter Reformler erwiesen. Ob Jiang Zemin — wie seine beiden Vorgänger — reformfreudig ist, läßt sich noch nicht erkennen. Viele Zeichen sprechen aber dafür, daß es zwischen denen, die nicht am Blutbad des 4. Juni 1989 beteiligt waren, und denen, die Mitverantwortung dafür tragen, Meinungsunterschiede hinsichtlich der Bewertung

des Massakers und der Behandlung der festgenommenen Aktivisten der Demokratiebewegung gibt²⁹⁾.

Die „Newcomer“ müssen von jetzt an — auf unterschiedliche Weise — Distanz zu der konservativen Fraktion halten, um Sympathie bei der Bevölkerung und der Basis der Partei zu gewinnen, damit sie in der unsicheren Zukunft ihre neue Macht bewahren können. Aufgrund des gemeinsamen Interesses, die Herrschaft zu stabilisieren, müssen beide Seiten ihre Differenzen vorläufig verdecken³⁰⁾.

Es wird vermutet, daß der 85jährige Deng Xiaoping noch den „Draht hinter dem Bambusvorhang“ zieht. In der Tat gilt er nach wie vor als Integrationsfigur in der Partei und der Armee, obwohl er kein Amt mehr bekleidet. Die Lage nach ihm wird anders sein als die nach Mao Zedongs Tod im Jahr 1976. Es wird keine von allen anerkannte Autorität mehr geben. Dengs Rolle kann niemand unter den Veteranen ersetzen. Chen Yun, der Vorsitzende der Zentralen Beraterkommission, der eine große Anhängerschaft hinter sich hat, und Yang Shangkun, der Einfluß auf das Militär besitzt, verfügen nicht über das Charisma und die Autorität Dengs, zumal auch ihre Gesundheit angeschlagen ist. Zhao Ziyang, der wegen seines Sturzes offenbar inner- und außerhalb der Partei Sympathie gewonnen hat, ist ebenfalls nicht mit dem unumstrittenen Führer Deng Xiaoping nach Maos Tod zu vergleichen. Solange der konservative Flügel an der Macht ist, besteht für ihn keine Möglichkeit, ein Amt — vergleichbar seiner früheren Position — zu erreichen. Mit dem Tod des letzten starken Mannes verliert die Partei ihre Balance. Der Machtkampf in der Parteiführung wird ebenso ausbrechen wie der Aufstand der Gesellschaft, der sehr wahrscheinlich durch jenen Machtkampf selbst ausgelöst wird.

V. Demokratisierung — eine schwere Geburt

Da es derzeit in China keine organisierte politische Kraft gibt, die die KPCh ersetzen kann, sind viele um die Zeit nach Deng Xiaoping besorgt. Am meisten wird ein blutiger Bürgerkrieg oder ein Chaos entsprechend der verworrenen Periode der „Warlords“ (Militärherren) von 1916 bis 1928 be-

fürchtet³¹⁾. Für das Phänomen der militärischen Regionalisierung durch die „Militärherren“ sind die Voraussetzungen, die Jürgen Domes feststellte: vollständiger Zusammenbruch der Zentralgewalt, eine jede zivile Existenz bedrohende Wirtschaftskrise sowie Destrukturierung der lokalen Gesellschaft und der Familie, jetzt noch nicht erkenn-

²⁸⁾ Vgl. Liu Jen-Kai, Alte Garde und neue Männer, in: Der kurze Frühling von Peking, Frankfurt 1990, S. 114.

²⁹⁾ Vgl. Der Spiegel, Nr. 24/1990, S. 154.

³⁰⁾ Vgl. Feng Lei, Wie lange kann Jiang Zemins Zeit dauern?, in: China Spring, Nr. 84, Mai 1990, S. 6.

³¹⁾ Vgl. Wan Runnan, Gegenwärtige Lage und unsere Strategie, in: Minzhu Zhongguo (Demokratisches China), Nr. 2, Juni 1990, S. 6; Der Spiegel (Anm. 29), S. 153.

bar³²⁾. Außerdem ist nicht zu übersehen, daß die Möglichkeit einer Aufspaltung der Volksbefreiungsarmee in einzelne rivalisierende Gruppen ziemlich gering ist. Anders als damals die „Militärherren“, die jeweils eine Privatarmee führten und von einer der China zerteilenden westlichen Mächte unterstützt wurden³³⁾, blieb die VBA seit ihrer Gründung eine Armee der Partei, obwohl sie seit 1982 als eine Staatsarmee in der Verfassung verankert ist. Das Kommando über die Armee liegt beim ZK-Militärausschuß, nicht bei den Befehlshabern der Militärregionen.

Seit der Machtergreifung hat die Parteiführung von Mao Zedong bis Deng Xiaoping stets versucht, die Fraktionen in der Armee zu schwächen, damit das Gewehr der KPCh gehorcht. Die Fraktionen im Militär sind zudem mit denen der Partei verbunden. Als das Land während der Kulturrevolution ins Chaos geriet, konnte das Militär im großen und ganzen seine Geschlossenheit bewahren dank der unangefochtenen Autorität Mao Zedongs. Es liegt daher nahe, daß die VBA mit der Spaltung der Partei ebenfalls in zwei Teile und nicht in viele zerfällt.

Eine friedliche politische Veränderung — auch unter Beteiligung des Militärs — wie in Bulgarien oder der Mongolei ist nicht auszuschließen. Die notwendige Voraussetzung dafür ist, daß diejenigen, die die Hauptverantwortung für das Massaker tragen — wie Li Peng, Yang Shangkun und sein Bruder —, nicht mehr an der Macht sind. Unter dem starken Druck der Gesellschaft könnte der gemäßigte Flügel der Partei Oberhand über die andere Seite gewinnen und seinen Kompromißplan durchsetzen. Wenn aber die konservativen Vertreter bis dahin noch die Macht innehaben, werden die Risse innerhalb der Parteiführung aufgrund der Meinungsverschiedenheiten über die Lösung der Gesellschaftskrise vertieft. Die konservative Seite, für die jede Kompromißlösung letztlich ihren Machtverlust, sogar den Verlust ihrer persönlichen Sicherheit bedeutet, wird den Kampf zu Ende führen wollen. Eine Spaltung der Parteiführung ist die zwangsläufige Folge. Das Militär wird eine entscheidende Rolle dabei spielen. Falls die eine Seite nicht von der anderen durch einen Militärputsch — wie im Jahre 1976 — auf einmal beseitigt wird, ist der Ausbruch eines Bürgerkrieges unvermeidlich. Selbst wenn die konservative Seite durch einen Putsch gewinnt, hängt ihre militärische Macht in der Luft und wird schließlich durch eine Volksrevolution gestürzt werden.

³²⁾ Vgl. J. Domes, Die Krise in der Volksrepublik China, in: Europa-Archiv, (1989) 15–16, S. 471.

³³⁾ Vgl. J. Gernet (Anm. 21), S. 529–530.

In gewissem Maße erscheint die zweite Variante wahrscheinlich, falls eine Wende in kurzer Zeit eintritt. Der Reformflügel in der Parteiführung ist nämlich noch schwach. Die Erinnerung der Bevölkerung an das Massaker und die gewaltsame Revolution in Rumänien ist noch in guter Erinnerung. Bei der Eskalation der Konfrontation könnten Extremisten unter den oppositionellen Kräften mehr Einfluß gewinnen. Eine Entwicklung wie die in Rumänien wird nicht nur viele Opfer fordern, sondern zugleich auch eine potentielle Gefahr in sich bergen: Das Militär, das der Revolution zum Sieg verholfen hat, wird bei der zukünftigen Politik Chinas mitsprechen wollen.

Ob die Veränderung in absehbarer Zeit friedlich oder blutig verläuft, hängt vor allem von den Machtverhältnissen in der KPCh ab. Sicher ist, daß diese Veränderung schließlich zur Abschaffung der Alleinherrschaft der KPCh führen wird. Damit allein entsteht jedoch noch nicht Demokratie. Der Kampf zwischen Kommunisten und Demokraten wird bis zum Machtwechsel sehr schwierig. Selbst das Vorhandensein demokratischer Rahmenbedingungen bedeutet nicht, daß sie gut funktionieren. Die Demokratie in China muß bei Null anfangen. Wie in allen osteuropäischen Ländern hat man wirtschaftliche und politische Lasten — vom kommunistischen Regime geerbt — zu tragen.

Außer der Wirtschaftskrise ist die Nationalitätenfrage eine weitere Zeitbombe. Mit der unvermeidlichen Schwächung der Zentralgewalt werden die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen in den autonomen Gebieten wie Tibet, Xinjiang, Innere Mongolei und Ningxia ausbrechen, die vom kommunistischen Regime bisher unterdrückt wurden. Wahrscheinlich werden sie zum blutigen Konflikt mit dort ansässigen Han-Chinesen führen, die zahlenmäßig den Einheimischen entsprechen. Dabei werden die Nachbarländer wie UdSSR, Indien, Mongolei und Türkei, die Sonderinteressen für diese nationalen Minderheiten Chinas haben, in diese Angelegenheit verwickelt. Diese Auseinandersetzungen werden viel komplizierter als das Streben nach Unabhängigkeit in Taiwan oder möglicherweise auch in Hongkong und der Wunsch nach mehr Autonomie der Provinzen.

Was die Demokratisierung in China schwieriger macht als die in Osteuropa, ist im Grunde genommen der Mangel an Demokratie-, Menschenrechts- und Rechtsstaatsbewußtsein bei der Bevölkerung. Dagegen sitzen die Prinzipien wie Egalitarismus, Nationalismus und Pluralismusfeindlichkeit, die in der Kultur verwurzelt und von der Partei durch ihre sinisierte kommunistische Ideologie noch verstärkt wurden, bei den Massen fest. Vor allem ist es ge-

fährlich, daß die Moral der Gesellschaft und der Glaube an jede Autorität und an das Recht durch die kommunistische Herrschaft untergraben wurden. Das alles bildet eine Brutstätte für Radikalismus und Anarchismus; eine neue Diktatur muß einkalkuliert werden. Dafür gibt es in China seit der

Abschaffung der letzten Monarchie im Jahre 1911 genügend Beispiele. Das bedeutet nicht, daß die Demokratisierung in China schon jetzt zum Scheitern verurteilt ist. Es hängt davon ab, ob alle politischen Kräfte bei einem Systemwechsel im Interesse der Nation kompromißbereit sind.



Chinas Gesellschaft im Umbruch

I. Vom Verlust des Wirklichkeitssinns

„Egal ob es um das ganze Reich ginge oder nur um ein Land, bei M . . . müßten alle grobe Kleidung tragen und sich mit minderwertigem Essen begnügen. Es würde überall Trostlosigkeit herrschen, und die Kunst wäre verdammt. Das Ergebnis wäre naturgemäß ein allgemeiner Mangel. Die Menschen bekämen nicht das, was sie wirklich wollten . . . Die Wurzeln des Volkes wären gekappt und die Quellen versiegt. Das Reich wäre wie ausgehöhrt.“

Die klagenden Worte erscheinen eigenartig modern. So hätte die Kritik Deng Xiaopings an Mao Zedong und der von ihm gewaltsam ausgelösten Kulturrevolution lauten können, und in der Tat ist sie ähnlich ausgefallen. Der tatsächliche Autor ist Xunzi (3. Jhdt. v. Chr.), einer der großen konfuzianischen Gründungsphilosophen. Die grundlegenden Glaubenssätze der konfuzianischen Tradition verdichteten sich zu der Aussage: „Nur wenn die Unterschiede gefestigt sind, herrscht höchste Gleichheit!“ Hinter dieser Formel verbarg sich die uralte, durch historische Erfahrungen verstärkte Furcht, die Auflösung klarer gesellschaftlicher Statusordnungen müsse zwangsläufig zum allgemeinen Chaos führen.

Gleichheit bedeutete in China immer, Ungleiches ungleich zu behandeln, jedem das Seine nach gleichem Maß zukommen zu lassen. Die zivilisatorische Bilanz der chinesischen Geschichte verlieh den Idealen der traditionellen politischen Ethik ein Gutteil Gültigkeit. Dies soll zugestanden werden. Es ist jedoch eine andere Sache, solche Vorstellungen auf die Gegenwart zu übertragen. Der gegenwärtige „Primat des Hierarchischen“ zeugt von der Schwächung des politischen Wirklichkeitssinns der chinesischen Führungsschicht. Nationale Modernisierungsprozesse kennen viele Sackgassen. Die meisten enden in dem Versuch, die Probleme des Wandels mit den Rezepten der fernen Vergangenheit „kurieren“ zu wollen. Die schwerwiegenden Fehlentwicklungen werden meist erst im nachhinein sichtbar.

Ende der siebziger Jahre glaubte Chinas Führungsschicht, sich endgültig von den Irrtümern der eigenen Vergangenheit verabschiedet zu haben. Fortan sollte „die Wahrheit in den Tatsachen gesucht“ wer-

den. Eine „neue historische Etappe“, das Jahrzehnt der Reformen, wurde eingeläutet, und es kann nicht geleugnet werden — die achtziger Jahre waren die erfolgreichste Dekade seit dem Niedergang der traditionellen Ordnung. Die Bilanz der rein materiellen Leistungen ist insgesamt positiv: Es erfolgte ein beachtlicher Abbau der Armut. Die Zahl der Menschen, die gegenwärtig in China dauerhaft unter dem offiziellen Bedarfsminimum leben, hat sich auf wahrscheinlich weniger als 100 Millionen verringert. Vor gut zehn Jahren waren es noch mehr als 200 Millionen. Die Grundbedarfsversorgung der chinesischen Bevölkerung ist heute besser als in anderen Ländern mit vergleichbarem wirtschaftlichen Niveau. Gegenüber der späten Ära Mao Zedong liegt das Versorgungsniveau um 25 bis 30 Prozent höher. Ferner schien erstmals seit den Anfängen der Volksrepublik eine in sich leidlich geschlossene Entwicklungsstrategie im großen und ganzen ihre Gültigkeit zu bewahren.

Erst ab 1987 wurde das zuvor verborgene Maß an politischen Widerständen aus verschiedenen Richtungen und Motiven deutlicher sichtbar. Dennoch schien eine wirkungsvolle Opposition innerhalb des politischen Entscheidungsprozesses nicht erkennbar. In der Zwischenzeit jedoch ist deutlich geworden, daß man von einem echten, langfristig stabilen Entwicklungskonsens innerhalb der politischen Elite nicht sprechen kann. Die unterschiedlichen Auffassungen über das Maß und die Geschwindigkeit des anzustrebenden wirtschaftlich-gesellschaftlichen Ordnungswandels machten sich immer negativer bemerkbar. Die Widersprüchlichkeit, die „zheteng zhengzhi“ (Politik der Schwankungen), ist weiterhin das alles überschattende Grundphänomen der Volksrepublik China. Wie der Volksmund sagt, gleicht der nationale Entscheidungsprozeß dem Mond, der zu Beginn und Mitte des Monats jeweils eine völlig andere Position am Firmament einnimmt. Bemerkenswert erscheint, daß Chen Yun, der heute als Mentor der Orthodoxie und „Feind der offenen Gesellschaft“ gilt, bereits im April 1979 während einer Arbeitskonferenz des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei den Ablauf der Dinge vorausgesehen hatte. Er hatte damals offen die Überzeugung geäußert, daß der wirksamste Reformweg in der „sorgsamem Auslö-

schung aller Hindernisse einschließlich des heiligen Etiketts“, d. h. des Herrschaftsmonopols der Partei, läge, nur um hinzuzufügen: „Aber soweit ich sehe, würde keiner unter uns eine derart sorgfältige Art, die Dinge zu lösen, akzeptieren. Also laßt uns nicht mehr darüber reden.“¹⁾ Hinsichtlich des später tatsächlich eingeschlagenen Kurses begrenzter Reformen ahnte er voraus: „Drei bis fünf Jahre können wir auf unserem Wege vorausschauen. Ob es in acht bis zehn Jahren Schwierigkeiten gibt, wage ich nicht zu sagen. Was danach kommt, so fürchte ich, es ist jenseits unserer Möglichkeiten, dagegen etwas zu tun.“

Kurzum, die Hoffnungen zu Beginn der „neuen historischen Etappe“ waren trügerisch. Zwei große historische Tendenzen sprachen gegen die Erfolgswahrscheinlichkeit begrenzten reformerischen Handelns. Zum einen sind in der Aufklärung neue gesellschaftliche Ideen geboren und mit der Französischen Revolution in die Welt gesetzt worden. Ursprünglich westlicher Herkunft haben diese Ideen eine universelle Wucht entwickelt, die Martin Kriele anschaulich als „demokratische Weltrevolution“²⁾ bezeichnet hat. Die weltweite Wirksamkeit dieser Ideen scheint zu beweisen, daß es neben der normativen Kraft des Faktischen auch die faktische Kraft des Normativen gibt. Es sollte nicht übersehen werden, daß auch die offizielle Ideologie der Volksrepublik China aus dieser neuen Ideenwelt erwachsen ist, wenngleich auch nur als „illegitimer“ Ableger.

Die heutige Führung von Partei und Staat ist sich der aus ihrer Sicht gefährlichen Folgen der politischen Bewußtseinsweiterung in großen Teilen der chinesischen Gesellschaft durchaus bewußt: „Der Anstieg dieses falschen und reaktionären gedanklichen Trends der neuen Etappe ist letzten Endes das natürliche Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung. Kurz gesagt, der Konflikt zwischen den vier Grundprinzipien und der bürgerlichen Liberalisierung ist ein natürliches Phänomen, das im Prozeß der sozialistischen Modernisierung noch lange Zeit Bestand haben wird . . . Die Geschichte folgt ihren eigenen Gesetzen, aber diejenigen, die die Lehrbücher ohne Verständnis lesen, und diejenigen, die sich der engen Sicht der Bourgeoisie hingeben, können die Gesetze der Geschichte niemals verstehen . . . Die Entwicklung der Welt hin zum Sozialismus beansprucht eine ganze geschichtliche Periode, und der Prozeß wird natürlich irreguläre und komplexe Phänomene aufweisen, und er wird unweigerlich Umwege gehen und Rückschläge erfahren. Genauso soll die Geschichte sein, und die Si-

cherheit und Regelmäßigkeit der Geschichte wird durch solche irregulären Erscheinungen, Umwege und Rückschläge widergespiegelt.“³⁾ Auf der Basis dieses „tiefen geschichtlichen und wissenschaftlichen Gedankenguts“ müsse alles unternommen werden, um die weitverbreiteten „Lobpreisungen und Verehrungen des Kapitalismus“ zu bekämpfen und sie als Ausdruck „ideologischer Verwirrung“ kenntlich zu machen.

Zum anderen sieht sich der chinesische Subkontinent seit mindestens 130 Jahren einem langwierigen, konfliktreichen Modernisierungsprozeß unterworfen. Gleich wie man „Modernisierung“ zu definieren gedenkt — die sozialwissenschaftliche Diskussion hat nicht eben zu größerer Klarheit beigetragen —, wesentlich ist das Erleben und Erleiden einer totalen, bruchhaften Umgestaltung der Gesellschaft, ihrer materiellen, politisch-sozialen und geistigen Grundlagen unter äußerem und innerem Zwang. Die existentiellen Herausforderungen, denen sich China seit Jahrzehnten ausgesetzt sieht, wirken auf die gesamte chinesische Gesellschaft. Die bäuerliche Bevölkerung ist von ihnen, bewußt oder unbewußt, ebenso betroffen wie die Führungsschicht des Landes. Das darf jedoch nicht zu dem Fehlschluß verleiten, die Antworten auf diese Herausforderungen würden ebenfalls von der gesamten Gesellschaft gegeben. Sie werden im wesentlichen „elitespezifisch“ gelöst. Dies gilt um so mehr, als die ideologisch-bürokratische Ordnung der Volksrepublik China auf die Herausforderungen nicht bloß zu „reagieren“ vorgibt, sondern den Anspruch erhebt, den Wandel nach zukunftsgewissen Leitbildern aktiv zu gestalten, d. h. die Gesellschaft in der Praxis auf einen Weg zu zwingen, den sie aus eigenen Antrieben nicht beschritte.

Es mag sein, daß die chinesische Revolution anfänglich ihre Dynamik „von unten“ erhielt. Später mußte sie jedoch „von oben“ fortgesetzt werden. Innerhalb der Führung führte dieser Zwang offensichtlich zu permanenten Grundsatzauseinandersetzungen zwischen denjenigen, die sich mit der Realität bis zu einem gewissen Grad arrangieren wollten, und denjenigen, die weiter auf dem Primat des Ideologischen verharren. Wie bereits erwähnt, diese Grundschwäche schien während der achtziger Jahre annähernd überwunden. Der Schein trog, wie spätestens die Ereignisse vom April/Juni 1989 beweisen. Die chinesische Führung ist gegenwärtig weder entschlossen noch stark genug, um dem selbstgestellten Modernisierungsauftrag nachzukommen, geschweige denn konstruktive Anstöße zur Umgestaltung der politischen Gesellschaft des Landes zu geben. Es herrscht wieder, wie die Bevölkerung meint, ein weitverbreiteter „Hang zum

1) Chen Yun, Rede vor der Arbeitskonferenz des Zentralkomitees, in: Issues & Studies, Taibei, April 1980, S. 86f.

2) Martin Kriele, Die demokratische Weltrevolution, Opladen 1987.

3) Renmin ribao vom 1. November 1989.

hohlen Geschwätz“ vor, der sich durch „Zustimmung und Lobpreisung der Reformen auszeichnet, aber durch mangelnde Entschlossenheit bei konkreten Problemen. Gleich welche Beschlüsse gefaßt werden, es wird nicht gehandelt.“

Diese Erfahrungsgewißheit der chinesischen Bevölkerung verleitet zu der Prognose, daß auf der kommenden 7. Plenartagung des XIII. ZK Ende diesen Jahres erneut die „Quadratur des Kreises“ beschlossen wird: Die Reformen werden „vertieft“, der Trend zur „friedlichen Evolution nachhaltig bekämpft“, die „vier Grundprinzipien entschlossen aufrechterhalten“ (d. h. Aufrechterhaltung des sozialistischen Weges, des Marxismus-Leninismus – Mao-Zedong-Ideen, der demokratischen Diktatur des Volkes und der Führung durch die Partei) und die „Politik der Öffnung fortgesetzt“. Diese zu erwartenden Ankündigungen entsprechen dem

größten aller Gefälle Chinas, dem Gefälle zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Abweichend vom „obligaten Optimismus“ der Parteikonferenzen haben kritische Reformer, so z. B. der führende Wirtschaftswissenschaftler Dong Fureng, ihre Besorgnis geäußert: „Wenn es in den nächsten Jahren schlecht läuft, könnte China wie die Länder Osteuropas enden, die von einer ineffizienten, halbreformierten Wirtschaft geplagt werden.“⁴⁾

Große Teile der chinesischen Bevölkerung scheinen ähnliche Befürchtungen zu hegen. Ein Indiz hierfür ist die weithin beklagte „Kaufzurückhaltung“. Man muß die geringe Kaufbereitschaft seit Mitte 1989 nicht unbedingt als spezifische Form des politischen Protestes ausgeben, aber sie spiegelt in jedem Fall das mangelnde Vertrauen in einen positiven Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung während der nächsten Jahre wider.

II. Zwei Gesellschaftsentwürfe

In mehr als einer Hinsicht lebt China gegenwärtig „zwischen den Zeiten“. Das Vertrauen der achtziger Jahre ist verlorengegangen. Das Regime hat seine Autorität endgültig verloren, und zugleich mit dem Protest scheint auch die allgemeine Aufbruchstimmung der frühen Reformjahre niedergeschlagen zu sein. Ferner ist die Führung im Hinblick auf die großen sachlichen Weichenstellungen in sich gelähmt. Zuviel Energie wird durch die „Selbstobservierung“ zwischen den verschiedenen Fraktionen verbraucht. Hierin liegt wohl der Hauptgrund, warum der politische Entscheidungsprozeß, wenn man ihn überhaupt so nennen kann, merkwürdig substanzlos wirkt. Keine der erkennbaren Gruppierungen weiß wirklich, was sie will – nur, was es zu verhindern gilt.

Auch für die Gesellschaft insgesamt scheint „Apathie“ das treffendste Attribut zu sein. Enttäuschung, der Wunsch nach Rückzug ins Private und Scheinruhe bestimmen das Klima, nicht offener Widerstand. Zwar ist der Führung die Macht im Sinne der Ermächtigung durch die Gesellschaft weitgehend entzogen, aber nicht die Mittel der Gewalt. Alles spricht dafür, daß auf Jahre hinaus eine politisch-gesellschaftliche Konstellation bestehen wird, in der Gehorsam erzwungen werden kann, aber nicht Überzeugung. Auf Dauer jedoch ist ein solcher „Zwischenzustand“ nicht aufrechtzuerhalten. Das China von 1990 ist nicht das China von 1950, nicht einmal das China von 1980. Während der letzten zehn Jahre ist soviel ausländisches (westliches)

Gedankengut in das Land hineingetragen worden wie allenfalls während der großen Aufbruchzeit der zwanziger Jahre. Vom Anspruch her stehen heute zwei miteinander nicht zu vereinbarende „Gesellschaftsentwürfe“ nebeneinander: der reale Entwurf des Parteistaates und seiner „geschlossenen Gesellschaft“ sowie der (noch) nicht reale Entwurf der „offenen Gesellschaft“. Letzterer nährt seine Leitvorstellungen nicht nur aus der politischen Ideengeschichte Westeuropas und Nordamerikas, sondern auch – was psychologisch weitaus wichtiger ist – aus den jüngsten Demokratisierungsprozessen in Südkorea und Taiwan sowie aus der demokratischen Ordnung in Japan.

Der real existierende ideologisch-bürokratische Herrschaftstypus geht von der grundlegenden Maxime aus, daß der politische Entscheidungsprozeß die ausschließliche Domäne der etablierten „politischen Gesellschaft“ sei. Die Gesamtgesellschaft hat ein Recht auf Wohlfahrt, nicht jedoch auf Partizipation. Unter politischer Gesellschaft sind jene Segmente der Bevölkerung zu verstehen, deren Interessen im politischen Gestaltungsprozeß zumindest indirekt berücksichtigt werden müssen, da keine noch so mächtige Führung dauerhaft gegen sie regieren kann. Diese politische Gesellschaft umfaßt derzeit insgesamt etwa 40 Millionen Kader – chinesisch: ganbu, d. h. „handelnde Elemente“. Diese Ganbu-Gesellschaft läßt sich treffend als „Transmissionsschicht“ beschreiben. Ihr obliegt es, politische Entscheidungen und Maßnahmen an Ort und Stelle in konkretes Handeln umzusetzen bzw. zu kontrollieren. Niemand, der nicht zu dieser Gesell-

⁴⁾ Asian Wall Street Journal vom 28./29. Oktober 1988.

schaft gehört, kann in die politische Elite Chinas im engeren Sinne aufsteigen. Im Vergleich zur gesamten politischen Gesellschaft erscheint die eigentliche politische Elite des Landes verhältnismäßig klein. Etwa 100 000 Mitglieder, weniger als 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung, die gemeinhin als Führungskader von Partei, Armee, Zentralstaat und Provinzen tätig sind, gehören ihr an. Innerhalb der politischen Elite fungiert eine nationale Spitzenelite von weniger als 1 000 Personen als organisatorischer Kern, darunter etwa 50 aktive Spitzenführer (für die Linienpolitik zuständige „Generalisten“ und Leiter der großen Ressortbürokratien).

Die personelle Basis einer solchen geschlossenen politischen Gesellschaft ist eindeutig zu schmal, um den umfassenden Wandel des Landes erfolgreich zu steuern. Dennoch wehrt sie sich mehrheitlich gegen eine Erweiterung der eigenen Basis, weil ihre Mitglieder den Verlust der privilegierten Stellung gegenüber der Intelligenz befürchten. Die vertagte Aufwertung der Intelligenz, d. h. das Auseinanderklaffen von nationalem, gesellschaftlichem Sachverstand und politischer Entscheidungsgewalt, stellt die wahrscheinlich folgenschwerste Fehlleistung im bisherigen Modernisierungsprozeß der Volksrepublik China dar. Die als Reformkräfte etikettierten Mitglieder der politischen Gesellschaft haben nicht zuletzt aus diesem Grund während der achtziger Jahre immer wieder den Zwang zur Öffnung propagiert. Sie haben die aus ihrer Sicht verhängnisvollen Phänomene der „Fossilierung“ und „Verknöcherung“ beklagt. Aber ihre Position ist heute nicht nur durch die Ereignisse vom April/Juni 1989 in China selbst geschwächt, sondern auch durch die Vorgänge in Osteuropa. Von seiten der Verteidiger der Orthodoxie wird wohl zu Recht vorgebracht, daß politische Reformen in letzter Konsequenz dazu führen, die eigene Herrschaftsposition „hinwegzureformieren“. Dieses Dilemma hat zu einer nachhaltigen Schwächung der Reformfront geführt. Viel geistige und politische Energie ist während der letzten eineinhalb Jahre auf die Suche nach einem Ausweg verschwendet worden. Ein solcher Ausweg ist nicht in Sicht.

Die mangelnde Beteiligung der Intelligenz am Modernisierungsprozeß des Landes stellt nur einen Teil der problematischen Natur der chinesischen Führungsgesellschaft dar. Insgesamt ist der Personenkreis mit wirklich qualifizierter Ausbildung weitaus zu gering. Zwar wurde von seiten der Führung während des gesamten letzten Jahrzehnts nahezu ritualhaft betont, daß „die Partei die Intelligenz braucht . . . Ohne die aktive Teilnahme der

Intellektuellen besteht keine Hoffnung, daß die Sache der Partei Erfolg hat.“ Aber in der Praxis ist das Erziehungs- und Ausbildungswesen weit hinter den Anforderungen der Entwicklung zurückgeblieben. Zur Zeit verfügt China nur über rund 20 Millionen Personen mit höherer Ausbildung, was einem Anteil von weniger als nur zwei Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. Zudem ist ein Großteil dieses Personenkreises bereits deutlich älter als 60 Jahre. Selbst im modernen Sektor der chinesischen Wirtschaft verfügt allenfalls jeder sechste bis siebte Beschäftigte über eine qualifizierte Ausbildung. Eine baldige Besserung ist nicht in Sicht, da aufgrund der ungünstigen Erfahrungen der letzten Jahre gegenwärtig ein ausgesprochen geringes Lerninteresse zu verzeichnen ist — ein Bruch mit der klassischen Lerntradition Chinas. Auch die materielle Realität der Schichten, die für den Modernisierungsprozeß von besonderer Bedeutung sind, sieht verhältnismäßig dunkel aus. Schlechte Arbeitsbedingungen und niedere Einkommen sowie mangelnde Möglichkeiten freier Berufswahl sind allgemein verbreitete Phänomene, die keiner kurzfristigen Lösung zugänglich sind.

Ein weiterer für die Zukunft nicht zu unterschätzender Problembereich resultiert aus dem erheblichen Kontrollverlust der Führung über die „Mobilität“ der Gesellschaft. Jahrzehntlang hatte sich China gegenüber anderen großen Entwicklungsländern durch die außergewöhnliche Fähigkeit von Politik und Verwaltung ausgezeichnet, die eigene Gesellschaft trotz deutlichen Bevölkerungswachstums gleichsam zu „arretieren“. Der Anteil der städtischen Bewohner an der Gesamtbevölkerung blieb — im Kontrast zu den Verstärkungstendenzen in allen Entwicklungsländern — nahezu gleich; die Zahl der Personen, die sich außerhalb ihres registrierten Wohnorts bewegen konnte, war extrem klein. Chinas Landschaft glich einem Muster von Millionen Zellen, zwischen denen kein eigendynamischer Austausch stattfand. Diese Situation hat sich während der letzten Jahre grundlegend verändert. Der Anteil der städtischen Bewohner an der chinesischen Bevölkerung ist sprunghaft gestiegen.

Diese Tatsache ist zwar bis zu einem gewissen Maß auf statistische Veränderungen zurückzuführen, aber zum überwiegenden Teil verbirgt sich hinter den nüchternen Zahlen ein ländlicher Abwanderungsdruck, der nur noch begrenzt zu steuern ist. In den großen Millionenstädten des Landes, so vor allem in Peking und Shanghai, halten sich zur Zeit nach Schätzungen jeweils mehr als eine Million nichtregistrierte Personen auf. In der wirtschaftlich

prosperierenden südlichen Provinz Guangdong spricht man von bis zu acht Millionen „Gastarbeitern“ aus allen Teilen des Subkontinents, und insgesamt belaufen sich die Schätzungen einer nicht mehr in den jeweiligen Produktionseinheiten integrierten „Wanderarbeiterreserve“ auf bis zu fünfzig Millionen.

Diese Wanderungswellen sind nicht zuletzt auf den Egoismus der Provinzen und anderer regionaler Einheiten zurückzuführen, die bei Abwanderungen aus ihren eigenen Territorien offensichtlich „weschauen“, läßt sich auf diese Weise doch eine Minderung der eigenen Beschäftigungs- und Bevölkerungsschwierigkeiten erreichen. Entgegengesetzt sieht die Situation bei den Zuwanderungen aus, von denen naturgemäß vor allem die wirtschaftlich stärkeren Provinzen betroffen sind. Hier bemüht man sich mit allen erlaubten und auch unerlaubten Mitteln um eine Abschottung der eigenen Grenzen, die als „Mentalität des Zäuneziehens“ bezeichnet wird. Die Führungen der jeweiligen Regionen fühlen sich zu diesem Abwehrverhalten allein schon deswegen gezwungen, weil die Zuwanderung der neuen „Rivalen“ um begrenzte Beschäftigungsmöglichkeiten zu nicht unerheblichen Unruhen unter den eigenen Bevölkerungen geführt hat. Ein konstruktiver Ausweg läge u. a. in einer wirtschaftlichen Reformoffensive nach dem Vorbild der mitachtziger Jahre, in denen in arbeitsintensiven Bereichen neue Beschäftigungsangebote in zweistelliger Millionenhöhe entstanden waren.

Eine solche Offensive ist jedoch zur Zeit aufgrund der bereits beschriebenen Handlungsunfähigkeit

der Führung nicht zu erwarten. Die gegenwärtige Leitlinie „Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes und Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung“ stellt nichts anderes als eine Umschreibung des Reformstillstandes dar. Sie ist in wesentlichen Grundzügen ausgesprochen vergangenheitsorientiert und postuliert eindeutig den Vorgang befehlsplanerischen Handelns. Die großen Wachstumsquellen des Reformjahrzehnts — neben der Landwirtschaft vor allem die privatwirtschaftliche und kleinkollektive Produktion — bleiben auf nicht absehbare Zeit in ihrem Fluß gehemmt. Anders gesagt, die Art und Weise, in der gegenwärtig die Partei- und Staatsverwaltungen das bescheidene Unternehmertum außerhalb des Planbereichs zu „disziplinieren“ vermögen, ist in China mit dem magischen eisernen Kopfband verglichen worden, das den berühmten Affen Su Wukung schmerzvoll in den Gehorsam zwang, wenn er den Unwillen seines buddhistischen Meisters erregte. Der Druck des eisernen Bandes ist derzeit deutlich spürbar.

Das Verhältnis zwischen befehlsplanerischer Politik und privatorientierter Wirtschaft ist von orthodoxer Seite (Chen Yun) anschaulich mit der sogenannten „Vogelkäfiganalogie“ umschrieben worden. Es darf dem Vogel — nicht plangebundene Wirtschaft — nicht erlaubt werden, frei zu fliegen. Vielmehr müsse er sich in einem Käfig bewegen, dessen jeweilige Größe bzw. Enge von Seiten der Politik bestimmt werde. Hinter diesem scheinbar so einfachen Bild verbergen sich tiefe Auffassungsunterschiede innerhalb der politischen Gesellschaft Chinas.

III. Die Angst vor dem Föderalismus

Die mit Blick auf die Zukunftsherausforderungen wohl folgenreichste Erscheinung im heutigen China ist der wachsende Abstand im Modernitätsniveau der verschiedenen chinesischen Regionen und ihrer örtlichen Führungen. Es ist kein Zufall, daß die Führungskader der vier wirtschaftlichen Schlüsselgebiete Chinas während der letzten zehn Jahre ein wesentlich „liberaleres“ Wirtschafts- und Gesellschaftsklima erzeugt oder zumindest geduldet haben. Ohne diese Duldung wären die geistigen und materiellen Entwicklungsschübe in diesen Gebieten nicht vorstellbar gewesen. Im Gegensatz dazu läßt sich für die großen Rückstandsgebiete des Landes wenig Bewußtseinsveränderung feststellen. Während in der bereits erwähnten Provinz Guangdong, aber auch in Fujian und im unteren Chang-

jiang-Gebiet seit Ende der siebziger Jahre Entwicklungsleistungen vollbracht wurden, die fast an den Aufbruch der „vier kleinen Tiger“ Ostasiens während der sechziger Jahre erinnern, werden weite Hinterlandgebiete durch das Vorherrschen einer bloßen Subsistenzwirtschaft gekennzeichnet. Kommerzialisierungstendenzen sind dort ausgesprochen gering. Die große Mehrheit der Kreise und Gemeinden rangiert nur wenig über oder sogar unterhalb der offiziellen Armutslinie. „Kleinbäuerliche Mentalität“, „engstirniges Sicherheitsdenken“ und eine Keine-Experimente-Haltung prägen das Lebensverständnis der Bevölkerung und vor allem der örtlichen Führungen. Eine integrierte Industriewirtschaft ist bis heute nicht gegeben, und die Produktivität der vorhandenen staatlichen Industrie-

betriebe ist während der letzten Jahre gesunken. Ferner ist es — besonders verhängnisvoll — zu permanenten Abwanderungen entwicklungsnotwendiger Kräfte in die fortgeschrittenen Gebiete des Subkontinents gekommen.

Der einzig mögliche Ausweg aus diesem Dilemma wäre ein politischer, wirtschaftlicher und kultureller Föderalismus. Man müßte das Gebot eines „Chinas der verschiedenen Geschwindigkeiten“ anerkennen. Bisher lassen sich jedoch keine wirklichen Anzeichen registrieren, daß die politische Gesellschaft und die Elite des Landes auf dem Wege zu einer solchen Bewußtseinsweiterung sind. Nach wie vor wird an der Maxime festgehalten, die nationale Modernisierung sei ein im wesentlichen materielles Problem, das allein von einer im Denken einheitlichen und im Handeln zentralistischen Führung überwunden werden kann. Bezeichnend für dieses vereinfachende Entwicklungsbewußtsein ist die Losung von den „vier Modernisierungen“. Die ganze Komplexität des Modernisierungsprozesses wird nahezu „mechanisch“ in vier große Teilbereiche (Landwirtschaft, Industrie, Erziehung und Wissenschaft, Verteidigung) verlegt und auf verwaltetechnische Maße reduziert.

Dem von der politischen Gesellschaft Chinas erhobenen Monopolanspruch auf die Gestaltung des Landes ist während der letzten Jahre, wie bereits erwähnt, ein alternativer Gesellschafts- und Entwicklungsentwurf entgegengestellt worden. Die Bruchstellen, Schwächen und Widersprüche des ideologisch-bürokratischen Herrschaftstypus haben nicht unwesentlich zur Stärkung abweichender Zukunftsvorstellungen beigetragen — eine Tatsache, die selbst von kritischen Repräsentanten der politischen Führung unter dem Schlagwort „Vertrauenskrise der Partei“ beklagt wird. Entscheidender noch war augenscheinlich die (begrenzte) Öffnung des Landes zum Westen hin. Trotz aller Restriktionen ist es nicht gelungen, das Vordringen westlicher Ideen und Werte auf die modernisierungstechnisch erwünschten Geltungsbereiche zu beschränken. Die Vorstellung, geistige und materielle Außeneinflüsse „hoheitlich“ voneinander trennen zu können, ist eine der durchgängigen Illusionen aller chinesischen Führungsgenerationen seit mehr als 100 Jahren.

„Zhong ti, xi yong“ („China stellt die Substanz, der Westen die äußeren Verfahrensweisen“) war die Formel, aus der sich die Vorstellung von einer höheren „geistigen Kultur“ chinesischen Ursprungs und einer niederen „materiellen Zivilisation“ westlicher Herkunft entfaltete. Das Eindringen westlicher Vorstellungen in den Bereich der eigenen, vermeintlich höheren Kultur wurde stets als „Entar-

tung“ verurteilt. Die Partei- und Staatsführer, die während der achtziger Jahre lautstark den „Kampf gegen geistige Verschmutzung“ und „gegen bürgerliche Liberalisierung“ einleiteten, gehören zu einer langen Traditionsreihe. Dennoch besteht ein entscheidender Unterschied zu früheren Zeiten. Immer größere Kreise der chinesischen Gesellschaft sind sich bewußt geworden, daß diese „Tradition“ nicht länger haltbar ist. In früheren Jahrzehnten, insbesondere während der langen Phase der Kulturrevolution, verhinderte die alles erdrückende ideologische Quarantäne das Nachdenken über abweichende Normen und Werte. Es fehlte das Wissen über andere gesellschaftliche Welten. Allenfalls einige wenige ältere Intellektuelle, die vor der Gründung der Volksrepublik China aufgewachsen waren, verfügten über entsprechende geistesgeschichtliche Kenntnisse.

Dieser Zustand hat sich während der achtziger Jahre grundlegend geändert. Nicht nur haben in der Zwischenzeit annähernd 100 000 chinesische Studenten und Wissenschaftler längere Zeit in westlichen Ländern gelebt, gelernt und geforscht, sondern auch in China selbst haben sich westliche Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturvorstellungen geradezu strömungsartig verbreitet. Seit Ende 1986 sind die Forderungen nach der Verwirklichung einer demokratischen Ordnung nach westlichem Vorbild immer offener vorgetragen worden. Sie haben eine wachsende „Generationslücke“ in der chinesischen Gesellschaft sichtbar gemacht. Nach zahlreichen, bis 1988 veröffentlichten Meinungsbefragungen befürwortete eine deutliche Mehrheit aller Chinesen im Alter bis zu 35 Jahren die Aufhebung des Herrschaftsmonopols der Partei⁵⁾. Eine ebenso große Mehrheit sah die Verwirklichung demokratischer Freiheiten einschließlich der Transparenz des politischen Entscheidungsprozesses und der Unabhängigkeit der Medien als „unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg der vier Modernisierungen“ an.

Viele westliche Beobachter, die in China offenbar ein „ewiges unwandelbares Gesetz“ am Werk sehen, haben gegen diese fundamentalen neuen Entwicklungen in der chinesischen Gesellschaft zwei — wie sie meinen — harte Einwände vorgebracht: Zum einen sei die chinesische Gesellschaft aufgrund ihrer traditionellen Despotiehörigkeit nicht demokratiefähig. Zum anderen interessiere sich die große bäuerliche Mehrheit der Bevölkerung nur für wirtschaftliche Fortschritte, nicht jedoch für die fremden politischen Ideale. Es sei nur eine lautstarke, aber kleine Minderheit, die sich in ihrer politischen Vorreiterrolle selbst isoliert habe.

⁵⁾ Zhengming, Februar 1987, S. 41—43.

Es mag in der Tat zutreffen, daß der ländliche Raum Chinas von den Auseinandersetzungen der städtischen Gesellschaft relativ unberührt geblieben ist. Daraus darf man jedoch nicht den Umkehrschluß ziehen, daß sich die Partei- und Staatsführung auf eine große, loyale Bevölkerungsmehrheit stützen könne. Über Jahre hinweg ist das Potential an Unzufriedenheit in den Dörfern angewachsen. Hunderttausende von Fällen spontaner bäuerlicher Gewaltentladung sind während der letzten Jahre registriert worden. Zwar ist es nicht zu Formen geschlossenen Widerstandes gekommen, aber vieles spricht dafür, daß der ländliche Raum im Blick auf mögliche städtische Umwälzungen zumindest „neutral“ bliebe.

Die Auseinandersetzungen um die zukünftigen politischen und gesellschaftlichen Organisationsformen sind Auseinandersetzungen zwischen zwei verschiedenen Minderheiten, die Mehrheit wartet ab. Das Argument, die chinesische Gesellschaft sei strukturell nicht demokratiefähig, ist alt. Es basiert auf dem geschichtlichen Urteil der frühen Jahrzehnte dieses Jahrhunderts. Es läßt jedoch sowohl die jüngsten Demokratisierungsvorgänge in Taiwan außer Acht als auch die gewaltigen Bewußtseinsver-

änderungen in der Volksrepublik China selbst. Die chinesische Gesellschaft von 1990 ist nicht mehr die Gesellschaft von 1920. Damit soll nicht gesagt werden, daß es bei Einführung partizipatorischer politischer Ordnungsformen während einer längeren gesellschaftlichen Lernphase nicht zu größeren Reibungsverlusten käme, aber es steht zu bezweifeln, daß diese Reibungsverluste verheerender wären als die jahrzehntelangen „Linienkämpfe“, die die politische Landschaft Chinas seit 1958/59 immer wieder verwüstet haben. Schließlich scheint der Vorwurf, die große Protestbewegung des Jahres 1989 habe keine eigenen konkreten Modellvorstellungen von der demonstrativ geforderten demokratischen Ordnung entwickelt, zumindest insofern an der Sache vorbeizugehen, als auch die politische Elite des Landes bis heute zu keiner Zeit zu einem echten Konsens über Richtung, Ausmaß und Geschwindigkeit des nationalen Wandels gelangt ist.

Der einzige gemeinsame Nenner, auf den sich alle Beteiligten seit Gründung der Volksrepublik mühsam zu einigen vermochten, war die Erhaltung des eigenen Herrschaftsmonopols. Eine solche Bilanz ist angesichts der gewaltigen Entwicklungsprobleme Chinas nicht eben imposant.

Struktur und Prozeß in der chinesischen Wirtschaftspolitik, oder: Warum China doch anders ist

I. Zu einigen Besonderheiten der chinesischen Wirtschaftspolitik

China ist immer wieder für Überraschungen gut. Für viele auswärtige Betrachter dürfte die Radikalität der nachmaoistischen Wende zur Reformpolitik ebenso unvorhergesehen gekommen sein wie die Brutalität, mit der sich ein gerontokratisches Regime gegen eine friedliche Protestbewegung des Volkes durchsetzte, die zudem noch längst keine wirklich systemgefährdende Kraft erhalten hatte. Schritt China 1978 einem noch zögernd auf der Stelle tretenden Feld reformunfähiger sozialistischer Planwirtschaften voraus, so stemmt es sich nun gegen eine mächtige Zeitströmung, die zur Verwirklichung eben jener radikalen Reformen in diesen Volkswirtschaften führt, die sich nach 1984 in China durchzusetzen schienen. Gegenwärtig erhält die Außenwelt aus dem innenpolitischen Macht- und Richtungskampf erneut widersprüchliche Signale: Die einen propagieren Reform, die anderen lancieren reformfeindliche Leitartikel¹⁾. Wie kommt ein solcher politischer Zick-Zack-Kurs zustande? Ist Wirtschaftspolitik in China von einem maroden Herrschaftssystem dominiert, dessen Irrationalität notwendig auch irrationale Politik nach sich zieht?

Ohne im folgenden die destabilisierenden Effekte von Gerontokratie, Machtinteressen und autoritärer Herrschaft herunterspielen zu wollen, soll versucht werden, die chinesische Wirtschaftspolitik und ihre aktuellen Probleme im Sinne einer eigenständigen Systemrationalität zu deuten. Dies besagt nicht, daß der außenstehende Betrachter die Leistung des Systems nicht bewerten könnte und dürfte; entscheidend ist vielmehr, daß die Unberechenbarkeit der chinesischen Wirtschaftspolitik und ihr oft chaotisches Erscheinungsbild im wesentlichen als Folge falscher Vorstellungen des Betrachters vom chinesischen System und seinen spezifischen Entwicklungsproblemen dargestellt werden,

¹⁾ Vgl. BPA/Ostinformationen vom 27. 7. 1990 und 7. 8. 1990, sowie Asiaweek vom 10. 8. 1990, S. 23.

also als ein subjektives, nicht als ein objektiv bestehendes Phänomen. Die Einsicht in dessen eigenständige Rationalität und Funktionalität könnte dann China für den Betrachter berechenbarer werden lassen, auch wenn offene historische Prozesse sicherlich niemals prognostizierbar sind. Eine solche Berechenbarkeit hat für Politik und Wirtschaft auch eine große praktische Bedeutung.

Einige der weitverbreiteten Fehleinschätzungen der chinesischen Realität sind folgende:

– China wies und weist weder ein klassisches sozialistisches Herrschaftssystem noch eine Planwirtschaft sowjetischen Typs auf. Dementsprechend sind die Probleme einer Reform völlig anders gelagert, und besitzen auch Begriffe wie „Rezentralisierung“ eine eigene Bedeutung. Es ist falsch, den Reformprozeß ebenso wie die gegenwärtigen Bremsmanöver als Pendelbewegung zwischen den Polen „Zentralverwaltungswirtschaft“ und „Marktwirtschaft“ darzustellen.

– China ist außerdem ein armes Entwicklungsland, dessen Wirtschaft und Gesellschaft regional zum Teil große Unterschiede aufweisen. Dieser Umstand bewirkt, daß die Wirtschaftspolitik durchgängig von Zielvorstellungen zur Industrialisierung, Modernisierung und nationalen Integration beherrscht wird. Ideologie und Ordnungspolitik sind Instrumente zur Erreichung dieser Ziele, aber keine eigenständigen Werte.

– Die Entwicklung Taiwans ist kein wirklich relevanter Vergleichsmaßstab, denn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren zu jedem Zeitpunkt anders geartet. Damit soll nicht gesagt werden, daß fatale innenpolitische Zusammenbrüche wie die Kulturrevolution keine signifikanten Unterschiede zwischen der festlandchinesischen und der taiwanesischen Entwicklung verursacht hätten. Ein Maßstab kann Taiwan jedoch wegen der schlichten Tatsache nicht sein, daß beispielsweise prinzipiell

ähnliche politische Organisationsmuster wie eine autoritäre Patronageherrschaft in einer kleinen, außenwirtschaftlich dominierten Volkswirtschaft andere Resultate zeitigen als im bevölkerungsmäßig größten Einzelstaat der Welt.

— China besitzt eine eigenständige kulturelle Tradition, die für einige der Unterschiede zu anderen sozialistischen Systemen unmittelbar verantwortlich ist. Welche Auswirkungen diese Tradition hat, ist jedoch durchaus unklar. Sträflich vereinfacht sind aber Überlegungen zum „angeborenen Autoritarismus der Chinesen“ ebenso wie die Mär vom „konfuzianischen Kapitalismus“.

— Und schließlich als letzte Fehleinschätzung: Reform bedeutet Fortschritt, Chancen auf Entwick-

lungserfolge und wirtschaftliches Wachstum. Dies ist auf der abstrakten Ebene wohl richtig; doch wie ist dann das offensichtliche Scheitern der Reformpolitik erklärbar? Dieses Versagen der Reformer, und nicht die Machtgier der Konservativen als solche, war der eigentliche Grund für den innenpolitischen Umbruch von 1989.

Im folgenden soll versucht werden, ein Grundverständnis für die chinesische Wirtschaftspolitik im Lichte der aktuellen Lage zu gewinnen. Dabei sollen weniger ohnehin problematische „Zahlen und Fakten“ im Vordergrund stehen, als vielmehr Institutionen, Entscheidungsprozesse und menschliche Verhaltensweisen²⁾.

II. Der Primat des Politischen

1. Die Spannung zwischen staatlicher Einheit und wirtschaftspolitischer Fragmentierung

Die jüngsten Entwicklungen haben ohne Zweifel um ein weiteres gezeigt, daß Machtfragen immer noch von überragender Bedeutung für den wirtschaftspolitischen Prozeß in China sind. Obgleich diese Feststellung für ein autoritäres Herrschaftssystem auf der Hand zu liegen scheint, muß sie für den chinesischen Fall beträchtlich differenziert werden: Es ist stets zu unterscheiden zwischen den Machtinteressen der verschiedenen politischen Kräfte — also besonders der KPCh bzw. der parteiinternen Gruppierungen — und der Rolle eines starken Machtzentrums für die Bewahrung der politischen Einheit und Stabilität des chinesischen Staatswesens. Tatsächlich dürfte hinter den ideologischen Spiegelfechtereien und Phrasen der letzten Monate dieses Motiv als eines der wenigen authentischen identifizierbar sein: Konkret schlägt es sich in der Angst vor dem Beginn einer asiatischen Völkerwanderung nieder, von Millionen armer Chinesen, die aus dem festen Netz staatlicher Macht schlüpfen, in den reicheren Regionen Asiens Beschäftigung suchen oder im Inland zu potentiellen Trägern von Gewalt und gesellschaftlichem Unfrieden wer-

den³⁾. Das dominante Problem auch der chinesischen Wirtschaftspolitik besteht daher in der Regierbarkeit des Landes mit Hilfe eines starken Machtzentrums. Die Legitimität der KPCh basierte nach 1949 in der Tat vor allem auf dem Umstand, daß sie sich als politische Kraft erwiesen hatte, die eine Wiedervereinigung des Staatswesens durchsetzen konnte; die Kulturrevolution hatte diese Fähigkeit erstmals weitgehend zweifelhaft erscheinen lassen⁴⁾.

Für ein Verständnis der Wechselwirkung zwischen Wirtschaftspolitik und Macht ist nun wesentlich, daß die Reformpolitik nach 1984 erheblich zur

²⁾ Eine sehr informative Darstellung zu den jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen findet sich bei Armin Bohnet/Zhong Hong, Chinas Wirtschaft am Scheideweg, in: Osteuropa-Wirtschaft, 35 (1990) 2, S. 143–176, sowie im „Focus“ der Far Eastern Economic Review vom 23. 8. 1990.

³⁾ Die möglichen binnenwirtschaftlichen Dimensionen des Problems hatten sich im Frühjahr vor dem Massaker gezeigt, als plötzlich eine massive Binnenwanderung arbeitsloser Landbevölkerung besonders in Richtung Guangdong einsetzte; Überblick bei C. Herrmann-Pillath, Lebensrisiken, soziale Sicherung und Krise der Reformpolitik in der VR China, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (hinfort: BIOst), Nr. 28/1990, S. 79 ff. Zur Furcht der politischen Führungsspitze vor einer potentiellen Flüchtlings- und Emigrantenwelle vgl. Far Eastern Economic Review vom 23. 8. 1990, S. 31. Diese Furcht wird offenbar auch von japanischer Seite geteilt und ist eines der wichtigsten Motive für das japanische Interesse an der außenwirtschaftlichen Stabilisierung Chinas, vgl. China Trade Report, August 1990, S. 7.

⁴⁾ Die besondere Bedeutung der staatlichen Einheit Chinas im Vergleich zum westlichen Verständnis eines Nationalstaates hebt J. K. Fairbank hervor, The Reunification of China, in: The Cambridge History of China, Vol. 14, Part 1, Cambridge 1987, S. 13 ff. Vgl. auch meine „Aktuelle Analyse“ des BIOst, Nr. 5/1990, Chinas Tradition — Stolperstein der Modernisierung?

Fragmentierung des politischen Systems durch wirtschaftliche Interessenkonflikte beigetragen hat, die zwischen den Regionen entstanden waren. Die Rolle derartiger Regionalismen für die Krise der Reform ist nicht erst nach dem politischen Klimawechsel von 1989, aber auch seitdem von konservativen wie auch progressiven chinesischen Ökonomen hervorgehoben worden⁵⁾. Sie fand Ausdruck in der Abschottung von Regionen gegenüber Konkurrenzwaren aus anderen Regionen, indem keine Transportmittel bereitgestellt, Wegezölle erhoben oder schlicht Straßensperren errichtet wurden⁶⁾. Die Zentralregierung wurde zusehends in die Interessenkonflikte zwischen Provinzen hineingezogen, ohne die ausreichende Macht zur Konfliktregulierung zu besitzen⁷⁾. Für diese Verschärfung der handelspolitischen Krisensituation waren verschiedene Faktoren verantwortlich, die wesentliche Eigenarten des chinesischen Wirtschaftssystems verdeutlichen.

a) Die selbständige wirtschaftspolitische Rolle von Provinzen

Ausgangspunkt der Reformpolitik war trotz gegenteiliger chinesischer Formulierungen kein „hochzentralisiertes“ Wirtschaftssystem, sondern seit spätestens der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ein System mit umfangreichen selbständigen Planungskompetenzen der Provinzen⁸⁾. Die Zentrale verfügte zwar über einen beachtlichen Teil beispielsweise des Betriebsvermögens in der Schwerindustrie, war jedoch stets dazu gezwungen, entweder einen weitgehend autarken Wirtschaftskreislauf aufzubauen, oder mit den unterschiedlichen Interessengruppen in den Provinzen über die Güterdistribution zwischen Provinzen und Zentrale bzw. zwischen den Provinzen zu verhandeln. Die Reformpolitik hat – im Grunde nach dem Muster früherer maoistischer Dezentralisierungskonzepte –

⁵⁾ So z. B. für die letzteren besonders Fan Gang, Über „die Konkurrenz zwischen Brüdern“, in: China: Entwicklung und Reform, (1989) 4, S. 26–37, und für die ersteren Shen Liren/Dai Yuanchen, Über die Entstehung der „Feudalfürstentumswirtschaft“ unseres Landes und deren Mängel und Ursprung, in: Wirtschaftsstudien, (1990) 3, S. 12–20 (chinesische Originaltexte).

⁶⁾ Wie stark die Selbständigkeit der Provinzen in dieser Hinsicht ausgeprägt ist, zeigt schon die Tatsache, daß solche Erscheinungen auch im gegenwärtigen politischen Klima fortauern, siehe Summary of World Broadcasts (SWB), FE/W0140, 8. 8. 1990, S. A/2.

⁷⁾ Eine sehr instruktive Studie eines der „Wirtschaftskriege“ zwischen den Provinzen ist Andrew Watson et al., Who Won the „Wool War“? A Case Study of Rural Product Marketing in China, in: The China Quarterly, No. 118, 1989, S. 213–241.

⁸⁾ Diesen wichtigen Punkt hat Thomas Lyons in einigen Untersuchungen herausgearbeitet; sein neuester Beitrag ist, Planning and Interprovincial Coordination in Maoist China, in: The China Quarterly, No. 121, 1990, S. 36–60.

die wirtschaftspolitische Rolle der Provinzen nach der kurzen Phase der Rezentralisierung zwischen 1978 und 1981 weiter betont. Dieser Vorgang überlagerte sich mit beträchtlichen politischen Machtverschiebungen, die vor allem in der Dezentralisierung wichtiger Entscheidungsbefugnisse über die Nomenklatura ihren Ausdruck fanden⁹⁾. Im Ergebnis wurde der geplante Sektor der chinesischen Volkswirtschaft in noch stärkerem Ausmaß von ständigen Verhandlungsprozessen zwischen ministeriellen Abteilungen, Provinz- und anderen Regionalverwaltungen und Unternehmen beherrscht, die eine zentrale Handlungsfähigkeit zunehmend gefährdeten.

b) Das System regionaler Eigentumsrechte

Es wäre nun allerdings ungenau, die wirtschaftspolitische Fragmentierung ausschließlich auf die wachsende Selbständigkeit der Provinzen zurückzuführen. David Granick hat in einer soeben veröffentlichten detaillierten Analyse gezeigt, daß der Reformprozeß tatsächlich von einem höchst komplexen System „regionaler Eigentumsrechte“ am Volksvermögen ausging¹⁰⁾. Die chinesische Wirtschaftsordnung unterscheidet sich bis heute von der Plan- ebenso wie von der Marktwirtschaft darin, daß vor allem die Eigentumsrechte an Staatsunternehmen zwischen verschiedenen, voneinander unabhängigen territorialen Verwaltungsorganen fragmentiert sind, also beispielsweise das Recht auf die Verwendung des Unternehmensgewinns bei einer Kreisverwaltung liegt, das Recht auf Verwendung der Produktion aber bei der Provinzverwaltung. Diese Rechte sind authentische Rechte und keinesfalls beliebig durch übergeordnete Organe gestaltbar. Entsprechend ist die Interessenlage bei Reformprozessen unübersichtlich; in der Regel bedeutet aber die Verringerung zentraler Planung zugunsten der „Unternehmensautonomie“ nicht, daß damit auch andere regionale Eigentumsrechte abge-

⁹⁾ Vgl. China News Analysis, 1. 7. 1988. Zur Reform der Nomenklatura vgl. J. P. Burns (Ed.), The Chinese Communist Party's Nomenklatura System, Armonk-London 1989. Unter anderem wurden die Durchgriffsmöglichkeiten des Zentralkomitees auf Verwaltungsebenen, die der Provinz nachgelagert sind, erheblich beschnitten. Im Bereich des Bankwesens und der Finanzverwaltung versuchte die Zentrale dann auch 1989, Nomenklatura-Kompetenzen zurückzugewinnen; siehe Bulletin des Staatsrates, (1989) 9, S. 406 ff.

¹⁰⁾ Vgl. David Granick, Chinese State Enterprises. A Regional Property Rights Analysis, Chicago 1990. Ich habe auf wesentlich niedrigerem analytischem Niveau eine ähnliche Auffassung vertreten, was den Vergleich zur UdSSR angeht; Perestrojka und tizhi gaige: Komparative Betrachtungen zur „radikalen Umgestaltung“ der wirtschaftlichen Lenkung in der UdSSR und in der VR China, Berichte des BIOst, Nr. 33 und 34/1989.

schaftt werden können. Die reformpolitische Handlungsfähigkeit der Zentralregierung ist gering¹¹⁾).

c) Die Fehler bei der Gestaltung der Finanzverfassung

Im Zuge der Vorbereitungen für den achten Fünfjahresplan wurde deutlich, daß die chinesische Führung ein wichtiges Reformelement im Bereich der Finanzpolitik abschaffen will, nämlich die sogenannten „finanziellen Verantwortungssysteme“, die beispielsweise einigen Provinzen gestatten, zusätzliche Einnahmen in den eigenen Haushalten zu belassen, soweit eine bestimmte, vertraglich vereinbarte Summe an die Zentrale abgeliefert worden ist. Auf diese Weise wurden die Effekte regionaler Eigentumsrechte erheblich verstärkt, indem unmittelbar Anreize für die Regionalverwaltungen entstanden, ihre wirtschaftlichen Kompetenzen für die Steigerung der eigenen Einnahmen einzusetzen. Die Reformpolitik trug so zur Erosion ihrer eigenen Machtbasis bei. So lag es im wirtschaftlichen Eigeninteresse der Regionen, vermehrt außerhalb des Staatsplanes zu investieren, da die Gewinne aus solchen Investitionen nicht an die Zentrale abzuführen sind; die Proliferation von Handelsunternehmen unter Leitung von Regionalverwaltungen sollte dazu dienen, hohe Gewinne aus dem Zwischenhandel abzuschöpfen.

d) Die Vergabe von Sonderrechten an einzelne Regionen

Schließlich hat die Wirtschaftspolitik auch zur Machtfragmentierung beigetragen, indem mit dem Argument entwicklungspolitischer Zielsetzungen einzelne Regionen Sonderrechte erhielten, die rasch eine Zuspitzung der interregionalen Konflikte förderten. Ein Musterfall sind die außenwirtschaftlichen und finanzpolitischen Sonderrechte der Provinz Guangdong, die seit 1989 zugunsten einer Besserstellung Shanghais reduziert werden sollen. Hier wirkten persönliche Beziehungen in der politischen Führungsspitze und die entsprechenden Auseinandersetzungen um die Macht unmittelbar auf die zunehmende Fragmentierung ein: Der gestürzte Generalsekretär Zhao Ziyang hat über zwei Jahrzehnte in Guangdong gearbeitet, der neue General-

sekretär Jiang Zemin ist ähnlich eng mit Shanghai verbunden¹²⁾.

Solche Sonderrechte benachteiligen andere Provinzen unmittelbar, beispielsweise, wenn kantonesische Seidenhändler oder Ankäufer traditioneller Heilpflanzen Höchstpreise bieten, da sie im Exportgeschäft mit einem wesentlich günstigeren Wechselkurs arbeiten können. Provinzen, die einen hohen Anteil an zentral geplanter Produktion und vor allem auch an der Gewinnung von Rohstoffen aufweisen, die für die verarbeitende Industrie in den Küstenregionen benötigt werden, spüren derartige Benachteiligungen sehr deutlich und bemühen sich daher ihrerseits um merkantilistische Gegenmaßnahmen¹³⁾.

Angesichts dieser Entwicklungen wird verständlich, warum für die chinesische Wirtschaftspolitik ein Primat des Politischen gilt. Die Reformpolitik hat versagt, weil es ihr nicht gelang, die Regierbarkeit des Landes zu gewährleisten, und weil sie im Gegenteil zur Verstärkung desintegrativer Faktoren beitrug. Die orthodoxe Wende soll die zentrifugalen Kräfte unter Kontrolle bekommen.

2. Wirtschaftspolitik und soziale Kontrolle

Nun hat die skizzierte Fragmentierung des wirtschaftlichen Lenkungssystems gewissermaßen auch noch eine Grundlage auf der Mikroebene wirt-

¹²⁾ Das tatsächliche Beziehungsgeflecht um die Sonderrolle von Regionen ist allerdings wesentlich komplizierter und vor allem von wirtschaftspolitischen Überzeugungen der Personen unabhängig. Der vermutlich Hauptschuldige am Massaker von 1989, Staatspräsident Yang Shangkun, war ebenfalls in Guangdong tätig und hatte sich immer deutlich für die Interessen der Region eingesetzt. Der neue Minister der wieder mächtigeren Staatlichen Planungskommission, Zou Jiahua, ist Schwiegersohn des verstorbenen Marschalls Ye Jianying, der aus der Guangdonger Hakka-Minderheit stammt und dessen Sohn sich bis heute gegen Bestrebungen erfolgreich zur Wehr setzt, vom Posten des Gouverneurs von Guangdong entfernt zu werden. Eine beeindruckende und detaillierte Darstellung der Reformgeschichte von Guangdong bietet Ezra F. Vogel, *One Step Ahead in China*, Harvard 1989.

¹³⁾ Ein typisches Beispiel ist natürlich die Kohleprovinz Shanxi. Für sie ist eine Zentralisierung zuungunsten Guangdong und ähnlicher Provinzen ein entscheidendes Mittel, um Ungerechtigkeiten der Reform zu bereinigen. Die Vertreter der Provinz weisen seit langem darauf hin, daß die Reformpolitik zu ihren Lasten durchgeführt wird und die Qualität des Lebens in Shanxi relativ zu anderen Regionen zurückgegangen ist. Vgl. Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsgemeinschaft der Provinz Shanxi (Hrsg.), *Wirtschaftswissenschaft und Reformbewegung*, Beijing 1989, vor allem S. 67 ff. (Chinesischer Originaltext). Weiterhin D. S. G. Goodmann, *Political perspectives*, in: ders. (Ed.), *China's Regional Development*, London-New York 1989, S. 26 ff. In diesem Band finden sich auch andere Beiträge zu den hier angesprochenen finanz- und regionalpolitischen Problemen.

¹¹⁾ Das Phänomen der Eigenständigkeit regionaler Verwaltungsapparate hatte 1988 führende Reformökonomien wie Dong Furen dazu veranlaßt, die Einführung privater Eigentumsrechte zu fordern; vgl. meinen Überblick zur Diskussion in: *Staatseigentum ohne Zukunft? Chinesische Wirtschaftswissenschaftler diskutieren neue Eigentumsformen im Sozialismus*, Berichte des BIOst, Nr. 17/1989. Das Dilemma ist natürlich, daß eine entsprechende Politik der Zentrale nichts an den bestehenden Rechten ändern kann. Dong dachte daher auch eher an eine offene Konkurrenz zwischen Privat- und Staatseigentum.

schaftlichen Handelns. Zu den bemerkenswerten Kontinuitäten zwischen dem traditionellen und dem modernen China gehört der ausgeprägte Lokalismus sozialer Kontrolle¹⁴). Die oben erwähnten Ängste vor massiven Bevölkerungsbewegungen gehen auf die Einsicht zurück, daß die Reformpolitik einerseits zur Auflösung derartiger Kontrollmechanismen beitrug, aber andererseits kein Substitut in Form eines funktionsfähigen Rechtssystems, staatlicher Ordnungs- und Sozialpolitik oder einer leistungsfähigen, funktionsorientierten Verwaltung gefunden hat. So kommt es, daß der Staat gegenwärtig versucht, die sozialen und politischen Konsequenzen einer unumgänglichen Austeritätspolitik durch den Versuch einer Wiederherstellung der „*stabilitas loci*“ zu beherrschen, die namentlich für die schätzungsweise 80 Millionen Menschen der sogenannten „flottierenden Bevölkerung“ verloren gegangen ist: Arbeitslose Bauern, deren Beschäftigungsmöglichkeiten in der Bauindustrie verloren gegangen sind, werden in ihre Dörfer zurückgeschickt, wo sie, wenn überhaupt, dann nur in ineffizienten Massenarbeiten, z. B. im Wasserbau, beschäftigt werden können; die Kontrollen im Zusammenhang des städtischen Meldesystems und vor allem über die Vergabe von Lebensmittelcoupons wurden verschärft.

Auf diese Weise kann die chinesische Gesellschaft um ein weiteres durch lokale Sanktionsmechanismen „stabilisiert“ werden. Politische Macht realisiert sich weniger durch allumfassende Bürokratien, als vielmehr durch eine Fülle indirekter sozialer Kontrollen, beispielsweise in Staatsbetrieben, die für den Einzelnen eine umfassende Einheit der Daseinsvorsorge darstellen. Die Kehrseite ist jedoch, daß die eigentlichen Ziele der Herrschenden im ökonomischen Bereich auf diese Weise kaum realisiert werden können, nämlich hohe Wachstumsraten und eine effiziente Volkswirtschaft. Lokalistische Herrschaft setzt nämlich voraus, daß der Einzelne den Druck diskretionär einsetzbarer, wirtschaftlicher Sanktionsinstrumente erfährt: Der Staatsbetrieb, die Wohneinheit, das Dorf können eine entsprechende Rolle spielen, wenn die Kader der KPCh über das Niveau sozialer Absicherung der Familie entscheiden, die Verteilung preiswerter

¹⁴) Eine faszinierende Analyse dieses Phänomens ist Vivienne Shue, *The Reach of the State. Sketches of the Chinese Body Politic*, Stanford 1988. Ich habe es in: *China – Kultur und Wirtschaftsordnung*, Stuttgart–New York 1990, mit dem Begriff „zweistufige Ordnung“ bezeichnet. Zum folgenden mein bereits zitierter Bericht des BIOst „Lebensrisiken, soziale Sicherung und Krise der Reformpolitik in der VR China“, und vor allem meine demnächst erscheinende Studie „Das Soziale und staatliche Herrschaft in der chinesischen Reformpolitik“, in: H.-G. Krüsselberg/R. Peterhoff (Hrsg.), *Das Soziale in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft*.

Konsumgüter oder die Zuweisung von Betriebswohnungen.

In den letzten Jahren haben sich diesbezüglich freilich einige wesentliche Veränderungen ereignet, die gleichzeitig zu einer beträchtlichen sozialen Differenzierung der chinesischen Bevölkerung geführt haben. Verkürzt gesprochen, wurde die zunehmende Effizienz des Wirtschaftens im ländlichen Bereich, vor allem bei der ländlichen Kleinindustrie, durch die allmähliche Erosion lokalistischer Herrschaft erreicht. Zwar können Landkader nach wie vor Macht ausüben, weil sie z. B. Zugriff auf staatlich zugeteilte, preiswerte Düngemittel besitzen, doch wird diese Macht zumeist im eigenen wirtschaftlichen Interesse ausgeübt. Entscheidend ist aber, daß die soziale Mobilität der Bauern beträchtlich zunahm und marktorientierte Wirtschaftsformen in vielen Regionen, vor allem den außenwirtschaftlich geöffneten, dominierten. Die Stadt hingegen, und hier vor allem der staatliche Sektor, ist nach wie vor durch geschlossene soziale Systeme gekennzeichnet, die zwar einerseits den Einzelnen einer relativ dichten Kontrolle unterwerfen, aber andererseits auch vor dem Zwang einer Anpassung an Effizienzdruck schützen¹⁵).

Der Konflikt zwischen lokalistischer Herrschaft und Effizienz wird in der aktuellen Lage besonders beim Problem der Arbeitslosigkeit und den entsprechend notwendigen Veränderungen bei den Mechanismen der Lohnbildung augenfällig. Ein wichtiges Machtinstrument insbesondere im Staatsbetrieb ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes, und zwar nicht nur für das Individuum, sondern auch für dessen Kinder. Nur das dauerhaft fortbestehende Überschußangebot an Arbeitskräften gewährleistet, daß der Einzelne nicht versucht, dem Sanktionssystem auszuweichen¹⁶). So kommt es, daß bislang jeder Versuch, die Allokation des Faktors „Arbeit“ effizienter zu gestalten, gescheitert ist. Zwar gibt es in China inzwischen in vielen Orten „Arbeitsmärkte“, doch werden dort vor allem jene Arbeitskräfte vermittelt, für die eine Überschußnachfrage besteht, also vor allem billige ländliche Zeitarbeit, die bis vor kurzem keine Lohnnebenkosten verursachte,

¹⁵) Vgl. zum folgenden auch jüngst Jutta Hebel/Günter Schucher, *Das Arbeitsvertragssystem in der VR China – Ein Beitrag zur Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen?*, in: *Osteuropa-Recht*, (1990) 1, S. 53–72.

¹⁶) Dies ist übrigens ein wesentlicher Unterschied zur Lage in der Sowjetunion, wo ohne weiteres zumindestens von impliziten Arbeitsmärkten gesprochen werden kann und vor der Einführung einer radikaleren Reform eher von einer systembedingten Überschußnachfrage nach Arbeit; vgl. David Granick, *The Industrial Environment in China and the CMEA Countries*, in: Gene Tidrick/Chen Jiyuan (Eds.), *China's Industrial Reform*, New York u. a. 1987, S. 103–131.

und Hochqualifizierte. Das eigentliche Ziel wurde bislang nicht erreicht, nämlich der Abbau der versteckten Arbeitslosigkeit in den Staatsbetrieben.

Nun liegt eine der Schwierigkeiten bei der Reform auch darin, daß insbesondere während der gegenwärtigen Austeritätspolitik die Schutzfunktionen der ineffizienten städtischen Institutionen in den Vordergrund treten. Der Städter bzw. insbesondere der Industriearbeiter wird nicht nur vor Arbeitslosigkeit geschützt, er ist außerdem in der Lage, für die Stabilisierung politischer Macht einen Preis zu verlangen, nämlich weitere Lohnerhöhun-

gen, die über das Wachstum der Arbeitsproduktivität hinausgehen. Zwar konnte das Wachstum der Lohn- und Prämieinkommen reduziert werden, doch sank gleichzeitig die Arbeitsproduktivität. Zudem schlägt sich jede systematische Privilegierung von Staatsbetrieben durch die Wirtschaftspolitik natürlich auch in größerer Sicherheit der entsprechenden Arbeitsplätze nieder. Aus diesem Grunde wäre es falsch, lokalistische Herrschaft nur unter dem Blickwinkel sozialer Kontrolle zu betrachten; sie ist umgekehrt auch ein wesentlicher Faktor, der zur Bewahrung städtischer Privilegien im Verhältnis zum Lande beiträgt.

III. Die Wechselwirkung zwischen institutionellem Wandel, makroökonomischen Entwicklungen und Politik

Nur wenn die bislang skizzierten Besonderheiten der Beziehung zwischen Politik und Wirtschaft in China beachtet werden, kann das Phänomen ins rechte Licht rücken, daß die Pekinger Zentralregierung zu ständigen ordnungspolitischen Veränderungen gezwungen ist, um makroökonomische Entwicklungen steuern zu können¹⁷⁾. Das häufig verwirrende Bild insbesondere des außenwirtschaftlichen Strategien-Zick-Zacks geht auf diesen Sachverhalt zurück. Dies erschwert es gleichzeitig, zwischen echten programmatischen Veränderungen der Ordnungspolitik und temporären Richtungswechseln zu unterscheiden. So ist zur Zeit durchaus unklar, ob die sogenannten „Orthodoxen“ tatsächlich vom Reformkurs abkehren wollen (was für einzelne Personen allerdings durchaus gültig ist), oder ob die krassen Kontrolldefizite des Staates keine Handlungsalternative lassen, soll das System nicht durch Inflation, offene Arbeitslosigkeit und Verschuldungskrise zerbrechen¹⁸⁾.

1. Rezentralisierung und Inflationsbekämpfung

Ein Musterfall für den Zusammenhang zwischen Ordnungspolitik und makroökonomischen Entwicklungen ist natürlich die Inflationsbekämpfung. Die gegenwärtige chinesische Führung kann hier aus oberflächlicher Sicht auf einen ihrer wenigen Erfolge verweisen: Nachdem China 1988 in eine Phase sich rasch beschleunigender Inflation eintrat,

die nach realistischen Schätzungen der tatsächlichen Rate zeitweilig sicherlich bereits zwischen 80 und 100 Prozent lag, wird nun von offizieller Seite mitgeteilt, daß diese Rate den niedrigsten Stand seit fünf Jahren erreicht habe; regional werden gar sinkende Konsumgüterpreise gemeldet¹⁹⁾. Ähnlich wie bei der Inflationsbekämpfung in Marktwirtschaften mußte diese Roßkur mit einem Wachstumseinbruch bis hin zu fast null Prozent bei der industriellen Produktion zwischen dem letzten Quartal 1989 und dem ersten 1990 bezahlt werden. Hinzu kommen aber einige Erscheinungen, die in Marktwirtschaften nicht auftreten und den offiziell verkündeten Erfolg bei der Inflationsbekämpfung fragwürdig erscheinen lassen.

Tatsächlich wurde noch Mitte Juli vom Statistischen Amt verkündet, daß die Phase des Wachstumseinbruches vermutlich überwunden sei; die industrielle Produktion und insbesondere der Einzelhandelsumsatz wiesen wieder zunehmende Wachstumsraten auf, und vor allem die Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten habe sich verbessert. Bereits Ende Juli wurde dieses Bild aber erheblich korrigiert: Nach wie vor nehme die Lagerhaltung von wichtigen Konsumgütern und Industrieprodukten, ja sogar Rohstoffen zu, bleibe die Konsumgüternachfrage schwach und weise der Energie- und Rohstoffsektor erhebliche Angebotsdefizite auf. Insbesondere stellte sich nach dem Verzicht auf eine weitergehende systematische Benachteiligung der ländlichen Industrie wieder das gewohnte Bild einer stagnierenden Staatswirtschaft und einer dynamisch wachsenden lokalen Wirtschaft ein, also

¹⁷⁾ Dies ist übrigens eine allgemeine, nicht nur auf China bezogene These von S. Paraskewopoulos, *Konjunkturkrisen im Sozialismus*, Stuttgart-New York 1985.

¹⁸⁾ Vgl. hierzu ausführlich auch meine „Aktuellen Analysen“ des BIOst, Nr. 49, 52, 61/1989: „Die Folgen der innenpolitischen Krise für die zukünftige Wirtschaftspolitik der VR China.“

¹⁹⁾ Vgl. SWB FE/W0132, 13. 6. 1990, S. A/1 und 2; FE/W0140, 8. 8. 1990, S. A/4.

ein ausgeprägter Wachstumsdualismus²⁰). Dieses Bild läßt vermuten, daß die ordnungspolitischen Eingriffe seit spätestens dem Herbst 1988 lediglich Inflationssymptome verschoben haben, nicht aber das Problem selbst lösen konnten.

Die chinesischen Erfolgsmeldungen müssen zunächst dahingehend korrigiert werden, daß staatliche Preiskontrollen ohne Zweifel eine wesentliche Rolle bei der Unterdrückung des Preisauftriebs gespielt haben. Wichtiger ist jedoch, daß die Austeritätspolitik zwar den effizienten, marktorientierten Sektor der Volkswirtschaft treffen konnte, und hier auch eine sehr hohe, über die Millionengrenze hinausgehende Zahl von Betriebsschließungen zur Folge hatte, aber nicht den Schlüsselbereich der industriellen Produktion wichtiger Zwischenprodukte, die staatseigenen Betriebe, erreichte. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß bislang keine Lösung des Problems der Verschuldung zwischen den Staatsbetrieben gefunden wurde; diese Verschuldung nimmt trotz aller politischer Gegenmaßnahmen zu und wird dessen ungeachtet von einer erneuten Expansion der Bankkredite begleitet²¹). Diese Entwicklung wurde von der staatlichen Wirtschaftspolitik paradoxerweise indirekt sanktioniert, indem eine noch im August 1989 getroffene Reformmaßnahme zurückgenommen wurde, die ein im wesentlichen an marktwirtschaftlichen Mustern orientiertes Zahlungssystem einführen sollte. Staatsbetriebe konnten dann die Banken eigentlich nicht mehr zur Finanzierung von Handelskrediten zwingen, die tatsächlich beispielsweise Kosten überhöhter Lagerhaltung deckten. Die offene Zunahme der Verschuldung zwischen den Betrieben war dann ein notwendiges Ergebnis, solange Unternehmen nicht in Konkurs gehen konnten. Wenn nun diese Verschuldung und die Bankkredite im Gleichschritt expandieren, ist dies das Symptom einer weiteren Verschlechterung der Effizienz des Staatssektors. Damit wird aber ein gewaltiges Inflationspotential aufgebaut.

Die zum Teil erstaunliche Widersprüchlichkeit der Austeritätspolitik wird nur vor dem Hintergrund des Systems „regionaler Eigentumsrechte“ verständlich. Faktisch sind die geldpolitischen Lenkungsmöglichkeiten der chinesischen Zentralbank

²⁰) Vgl. SWB FE/W0141, 15. 8. 1990, S. A/1. Auf diesen Punkt hatten chinesische Reformökonomien bereits früh hingewiesen; vgl. Microeconomic Situation Analysis Group, Economic Growth under Retrenchment — A Report on the Analysis of the Microeconomic Situation in the First Half of 1986, in: Chinese Economic Studies, Vol. 23, No. 2, 1989/90, S. 71–88.

²¹) Hierzu und zum folgenden vgl. meine „Aktuelle Analyse“ des BIOst, Nr. 33/1990: „Anpassungsprobleme des chinesischen Sektors während der Austeritätspolitik“, sowie SWB FE/W0140, 8. 8. 1990, S. A/2 und 4.

sehr begrenzt, weil die Geldschöpfung durch die Lokalverwaltungen bestimmt wird, die auf die Kreditpolitik der sogenannten „Spezialbanken“ — der „Geschäftsbanken“ — ebenso Einfluß nehmen wie auf das Refinanzierungsverhalten der jeweiligen Zentralbankfiliale²²). Der Widerstand gegen die Umsetzung einer zentral verordneten Austeritätspolitik ist groß (und wird durch die Meldungen über Scheinerfolge unterstützt), weil die Regionen die Kosten in Form von z. B. sozialer Destabilisierung oder Finanzierung von Arbeitslosigkeit tragen müssen. Die Zentrale ihrerseits kann die Austeritätspolitik ebenfalls nur halbherzig verfolgen, denn sie untergräbt auf diese Weise faktisch die eigene Steuerbasis. Dies gilt vor allem für die ineffizienten Staatsbetriebe, bei denen zentrale Eigentumsrechte reklamiert werden können. Die Zentrale kann einerseits nicht an einer wirtschaftlichen Expansion in den Regionen teilnehmen, weil sie keine direkten Ansprüche auf Einnahmen z. B. der Gemeindebetriebe hat (die Folge war ein beträchtlicher Rückgang der Staatsquote während der Reform, gemessen am offiziellen Budget); andererseits muß sie die „eigenen“ Betriebe kreditpolitisch fördern, um überhaupt Steuern aus eigentlich bankrotten Unternehmen zu erhalten²³). Manche chinesische Ökonomen sprechen von einem „hohen Wassergehalt“ (shui fen) dieser Steuern, da sie nicht auf die Besteuerung ökonomisch produktiver Transaktionen zurückgehen.

Insofern kann die Austeritätspolitik keinesfalls als erfolgreich betrachtet werden. Hinzu kommt auch die Tatsache, daß angesichts einer weitgehenden Marktsättigung bei Konsumgütern (freilich nur relativ zu den angebotenen Qualitätsstandards) und einer massiven Sparkampagne mit Zwangselementen (z. B. im Zusammenhang der Finanzierung der Asienspiele) die Sparguthaben der Privaten ein historisch nie gesehenes Niveau erreicht haben und weiter wachsen. Hier schlägt ein weiteres Mal die Wechselwirkung zwischen lokalistischer Herrschaft und Wirtschaftspolitik durch, denn faktisch war der Konsumboom der letzten Jahre nur möglich gewe-

²²) Ausführlich hierzu C. Herrmann-Pillath, Das Grundproblem der Geldverfassung in den jüngsten wirtschaftspolitischen Erfahrungen der VR China, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 37 (1988), S. 139–188, sowie demnächst mein Buch „Inflation und institutioneller Wandel in der Volksrepublik China. Ordnungstheoretische Analysen zur Politischen Ökonomie eines Transformationsprozesses“. Der jüngste Bericht des CIA für das Subcommittee on Technology and National Security des Joint Economic Committee vom 28. 6. 1990 betont diesen Punkt ebenfalls.

²³) Robert Delfs berechnete daher in der Far Eastern Economic Review vom 5. 4. 1990, daß 1989 das tatsächliche Defizit des Staatshaushaltes bei rund 76 Mrd. RMB gelegen habe, im Gegensatz zu den offiziell ausgewiesenen 9,53 Mrd. RMB.

sen, weil die Städter nach wie vor nicht zur Wohnungsbaufinanzierung durch ihre Arbeitseinheiten hinzugezogen werden und die Kosten der sozialen Sicherung nur in begrenztem Umfang tragen müssen. Auf dem Lande werden hingegen Konsumzyklen deshalb stabilisiert, weil das Sparverhalten der Bauern langfristig orientiert ist, beispielsweise mit dem Ziel des Hausbaus²⁴⁾.

Insgesamt läßt sich daher feststellen, daß die „Zentralisierung“ der letzten Monate lediglich ein Instrument der Symptomverschiebung bei der Inflation ist und der finanzpolitischen Stärkung der Zentrale innerhalb des komplexen Systems regionaler Eigentumsrechte dienen soll. Von einer ordnungspolitischen Rückkehr zur Planwirtschaft im eigentlichen Sinn kann aber angesichts der administrativen Schwäche der Zentrale kaum gesprochen werden.

2. Ordnungspolitik, Strukturprobleme der Landwirtschaft und der Konflikt zwischen Stadt und Land

Zum ersten Scheinerfolg der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik gesellt sich als zweiter die neuerliche Zunahme der Getreideproduktion auf das Niveau des Rekordjahres von 1984. Hier spielten unterschiedliche Faktoren eine Rolle: Sicherlich die erneute relative Zunahme staatlicher Investitionen in die ländliche Infrastruktur, d. h. eine Wende beim negativen Trend der achtziger Jahre, vor allem aber der massive Druck staatlicher Ankaufstellen auf die ländlichen Produzenten und Lokalverwaltungen, der bereits in den Jahren vorher das System „freiwilligen“ Getreideankaufs örtlich pervertiert hatte. Mehr Geld für die Landwirtschaft soll es auch weiterhin geben, und zwar außerdem in Form einer ausreichenden Versorgung der ländlichen Kreditinstitute mit Bargeld, nachdem erhebliche Probleme mit der Ausgabe von Schuldscheinen besonders im Jahre 1988 aufgetreten waren²⁵⁾. Der Staat soll sich massiv um den Ankauf von Getreide bemühen und die Produktionswilligkeit der Bauern erhalten, indem Mindestpreise beim sogenannten „verhandelten Ankauf“ über die Pflichtquoten hinaus garantiert werden; gleichzeitig werden allerdings die Ankaufpreise selbst noch nicht erhöht. Stattdessen soll die weit klaffende Schere zwischen den Produktionskosten, die in den letzten Jahren explodiert waren, und den kontrollierten Absatzpreisen mit Hilfe einer fortlaufenden Rezentralisierung des

Handels mit Düngemitteln, Pestiziden und Plastikfolien bekämpft werden.

Trotz dieser Bemühungen hat die Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre zu einer weiterhin sinkenden Getreideversorgung je Kopf der Bevölkerung geführt, die unter dem Weltdurchschnitt liegt und regional erhebliche Defizite aufweist²⁶⁾. Im gegenwärtigen politischen Klima veranlaßt dies nicht nur die Politiker, sondern auch manche reformorientierte Ökonomen zu ständiger Kritik an den vermutlich ineffizienten Betriebsgrößen in der chinesischen Landwirtschaft, die sich wegen der Organisationsweise der ländlichen Verantwortungs-, d. h. Quasipachtsysteme, an der Familie als Produktionseinheit ausrichten²⁷⁾. Neuerdings finden sich daher immer wieder Meldungen einerseits über den Fortbestand des Verantwortungssystems, offenbar um die Bauern zu beruhigen, die neue Enteignungsmaßnahmen befürchten, andererseits aber über neue Formen der Agrarorganisation, die kooperative Elemente wieder stärker betonen²⁸⁾.

Ohne Zweifel werden bei den entsprechenden Diskussionen echte Entwicklungsprobleme der Landwirtschaft angesprochen. Dies zeigt schon die Tatsache, daß auch Reformökonomien sich stets über den Verfall von Agrarinstitutionen beklagt haben – sei es im Bereich der Organisation von Bewässerungssystemen, sei es bei der genossenschaftlichen Organisation von Beschaffung und Absatz oder der sozialen Sicherung auf dörflicher Ebene²⁹⁾. Die Frage ist natürlich, inwieweit hier ein Fehlverhalten der Bauern diagnostiziert werden muß, oder ob nicht tatsächlich erhebliche Anreizverzerrungen durch die staatliche Politik vorliegen, die dann durch weitergehende Staatseingriffe korrigiert werden sollen. Letzteres ist für viele Bereiche der Agrarpolitik nachzuweisen. Ganz abgesehen von der fortbestehenden Rechtsunsicherheit bezüglich des Eigentums an Grund und Boden ist hier selbstverständlich zunächst an die staatliche Preispolitik zu denken, die vornehmlich am Ziel ausgerichtet ist, die Stadtbevölkerung preisgünstig mit Grundnahrungsmitteln und Baumwolle zu versorgen.

²⁶⁾ Vgl. SWB FE/W0131, 6. 6. 1990, S. A/6; FE/W0136, 11. 7. 1990, S. A/2, sowie den Überblick bei C. Herrmann-Pillath (Anm. 3), S. 39 ff.

²⁷⁾ Vgl. z. B. Chen Jiyuan u. a., Prozeß, Probleme und Politikoptionen bei Reform und Entwicklung der dörflichen Wirtschaft Chinas, Institut für ländliche Entwicklung der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, April 1989 (unveröffentlichter chinesischer Originaltext). Ich habe diese Studie im „Gelesen, kommentiert...“ des BIOst, Nr. 3/1990 vorgestellt: „Zur Politischen Ökonomie der chinesischen Agrarkrise“.

²⁸⁾ Vgl. SWB FE/W0131, 6. 6. 1990, S. A/5; FE/W0133, 20. 6. 1990, S. A/1.

²⁹⁾ Vgl. Anm. 27.

²⁴⁾ Vgl. World Bank, China – Investment and Finance, Washington 1988, S. 191 ff.

²⁵⁾ Vgl. SWB FE/W0131, 6. 6. 1990, S. A/2; FE/W0132, 13. 6. 1990, S. A/3.

Der Staat befindet sich in dem Dilemma, ständig zwischen den Interessen der Bauern und den Interessen der Städter abwägen zu müssen; dieser Entscheidungszwang wird noch dadurch verschärft, daß die Stadtbewohner den eigenen privilegierten Status (also z. B. den tatsächlichen Umfang ihrer Subventionierung) kaum wahrnehmen. Im Gegenteil hatte die Propaganda zur Agrarreform die Folge, daß die Stadtbewohner ihre relative Einkommensposition unterschätzen und daher überhöhte Ansprüche an die staatliche Umverteilungspolitik richten³⁰). Notwendig mußten daher Motivationsprobleme bei den ländlichen Produzenten auftreten: Es verbreitete sich bald die Mentalität, Gewinne in Produktionsbereichen möglichst rasch abzuschöpfen, die vom Staat gering reguliert waren bzw. wo hinreichende Möglichkeiten bestanden, diese Regulierungen zu umgehen. Gleichzeitig waren und sind geringe Anreize vorhanden, langfristig orientierte Investitionen, z. B. im Wasserbau, zu tätigen.

Allerdings wirken nicht nur derartige offene, preis- und verteilungspolitisch bedingte Anreizverzerrungen auf das Verhalten der Bauern ein. Vor allem im Zusammenhang der Furcht der chinesischen Politiker vor der „Bevölkerungsbombe“ und der vermuteten Unfähigkeit des Landes, sich selbst zu ernähren, muß die massive staatliche Bevölkerungspolitik lediglich als ein Mittel gewertet werden, um ihrerseits staatlich bedingte Fehleingriffe zu beseitigen³¹). Wenn die chinesischen Bauern nur durch staatlichen Zwang dazu veranlaßt werden können, die Zahl ihrer Kinder zu reduzieren, dann liegt dies vor allem daran, daß es angesichts der staatlich gesetzten Rahmenbedingungen irrational ist, dies freiwillig zu tun³²). Der Staat hat nicht nur seine Investitionen in die ländliche Infrastruktur vernachlässigt, sondern auch in das ländliche Bildungswesen. Der Zustand der ländlichen Grundschulen ist jämmerlich, Lehrer sind unterbezahlt, die Finanzierung erfolgt häufig in regelloser Form und löst entsprechende Unzufriedenheit bei den Bauern aus. Gleichzeitig führt auf allen Stufen des Bildungswe-

³⁰) Dies konnte in Umfragen nachgewiesen werden, vgl. Soziologische Abteilung des Chinesischen Instituts für die Reform des Wirtschaftssystems, Die gesellschaftliche Psychologie der Reform: Wandlungen und Alternativen, Volksverlag Sichuan 1988, S. 29 ff. (Chinesischer Originaltext).

³¹) Die Bevölkerungspolitik war in der letzten Zeit Gegenstand einiger ausführlicher Zeitungsberichte, so in der Süddeutschen Zeitung vom 25. 7. 1990, der Neuen Zürcher Zeitung vom 11. 8. 1990 oder der Far Eastern Economic Review vom 19. 7. 1990.

³²) Zum folgenden grundsätzlich T. W. Schultz, In Menschen investieren, Tübingen 1986, und zur chinesischen Situation China News Analysis vom 15. 7. 1990.

sens die dominante Rolle der KPCh bei der Kontrolle sozialer Aufstiegschancen dazu, daß sich zusehends eine Stimmung verbreitet, die Bildung und schulische bzw. universitäre Leistung nicht mehr als erstrebenswerte Ziele betrachtet.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die Bauern nicht bereit sind, vermehrt in die Ausbildung ihrer Kinder zu investieren, die Ausbildungszeiten zu verlängern und damit notwendigerweise auch freiwillig die Kinderzahl zu verringern. Hinzu kommt, daß der Staat im Bereich der Sozialpolitik ebenfalls Daten setzt, die einer Erfüllung seiner bevölkerungspolitischen Ziele entgegenstehen. Die zwangsweise Geburtenkontrolle gerät unmittelbar in Konflikt mit bäuerlichen Normen und Wertvorstellungen zur Gestalt der idealen Familie, die in ein Netz weitläufiger Verwandtschaftsbeziehungen eingebettet ist. Dieses Netz war auch im traditionellen China keinesfalls eine weich gebettete Wiege, aber immerhin schützte es beispielsweise vor dem endgültigen Verlust von Ansprüchen auf Land oder konnte zur Mobilisierung von Hilfe in Notfällen dienen.

Der moderne chinesische Staat hat bislang in vielerlei Hinsicht kein echtes Substitut geboten. Nach der Auflösung der Volkskommunen zu Beginn der achtziger Jahre wurde nur wenig Energie darauf verwendet, dörfliche Institutionen der Selbstverwaltung und sozialen Sicherung systematisch aufzubauen. Erst seit einigen Jahren wird überhaupt daran gearbeitet, selbständige Dorfhaushalte aufzustellen. Soziale Notfälle werden in regional höchst unterschiedlicher Weise behandelt, in der Mehrheit jedoch weiterhin über die sogenannten „Fünf Garantien“ aufgefangen, d. h. die naturale, weitgehend ad hoc geregelte Versorgung mit lebenswichtigen Gütern.

Feste Institutionen der sozialen Sicherung wie Alters- und Pflegeheime gibt es nur bei einer geringen Zahl wohlhabender Dörfer; hier treten aber wegen des Verfalls kollektiver Leitungseinrichtungen Finanzierungsprobleme auf. Aus der Sicht der Bauern ist es daher immer noch rational, in Kinder zum Zwecke der sozialen Sicherung zu „investieren“ und darüber hinaus nach traditionellem Muster Landeigentum innerhalb der Familie zu halten. Verwandtschaft ist darüber hinaus ein wichtiges stabilisierendes Element sozialer Beziehungen in einem weitgehend rechtsfreien Raum. Angesichts der schweren institutionellen und vor allem auch personellen Defizite im Bereich der Rechtspflege bietet die Verwandtschaft einen verlässlichen Rahmen zur Absicherung beispielsweise längerfristiger wirtschaftlicher Zusammenarbeit von Individuen.

Es gibt also eine Fülle von Faktoren, die aus der Sicht des Bauern eine relativ große Zahl von Kindern als rationale Alternative zu den unsicheren öffentlichen Institutionen erscheinen lassen. Gleichzeitig führt die entsprechende Fortschreibung traditioneller Normen dazu, daß eben jene augenscheinlich ineffizienten Betriebsgrößen und Strukturen des Landeigentums erhalten bleiben, die aus der Sicht mancher Politiker durch weitere Staatseingriffe bereinigt werden müßten. Die Situation erscheint freilich noch komplexer, wenn die Entwicklungen im Zusammenhang der ländlichen Industrie berücksichtigt werden. Bei der massiven Kampagne gegen ländliche Klein- und Gemeindebetriebe in der zweiten Hälfte des Jahres 1989, die zu einer Schließung von mindestens einer Million Unternehmen führte, spielte ebenfalls das Argument eine wichtige Rolle, daß diese Betriebe ineffizient arbeiteten und die angeblich effizienten größeren Staatsbetriebe auf dem Beschaffungsmarkt (Energie, Rohstoffe) unter einen destruktiven Konkurrenzdruck setzten. Auch hier ist wieder zu beachten, daß diese Kritik auch von Reformökonomien gestützt wird: Die ländlichen Kleinbetriebe arbeiten zumeist mit katastrophalen Auswirkungen auf die Umwelt, verarbeiten Rohstoffe ineffizient und schädigen die Gesundheit ihrer Beschäftigten. Dennoch sind sie besonders in küstennahen Regionen zu einem wichtigen Exportfaktor geworden und sind vor allem die Hauptvoraussetzung für den Strukturwandel bei der ländlichen Beschäftigung³³). Das Schreckgespenst von vielleicht mehr als 200 Millionen „überschüssiger“ Arbeitskräfte in der Landwirtschaft konnte im Laufe der Reformen einigermaßen in Schach gehalten werden, indem in der gesamten Dekade bereits rund 80 Millionen Menschen aus der landwirtschaftlichen Produktion in andere Sektoren abwanderten.

Warum also die Klagen über die „Ineffizienz“ dieser Betriebe, die ja nicht notwendig mit sozialen Problemen wie Kinderarbeit gleichzusetzen ist? Tatsächlich resultiert Ineffizienz wiederum aus den staatlicherseits falsch gesetzten Rahmenbedingungen. Wenn die ländlichen Betriebe so erfolgreich den Wettbewerb mit Betrieben im öffentlichen Sektor bestehen, obgleich sie ihre Inputs in der Regel auf freien Märkten zu hohen Preisen beschaffen müssen, dann liegt dies vor allem an der Anpassungsfähigkeit im Bereich der Personalpolitik und an den erheblich niedrigeren Kosten des Faktors „Arbeit“. Ein Dilemma der Staatsbetriebe besteht

³³) Einige Zahlen finden sich in SWB FE/W0140, S. A/3, 8. 8. 1990. Beispielsweise haben ländliche Betriebe 1989 (also trotz der restriktiven Politik in der zweiten Hälfte) rund 20 Prozent der gesamten Exporteinnahmen des Landes erwirtschaftet.

nämlich darin, daß Lohn- und vor allem Lohnnebenkosten (soziale Sicherung, Wohnungsbau u. s. w.) faktisch Fixkosten darstellen, die bei Nachfragerückgängen nicht reduziert werden können. Die ländlichen Betriebe sind hier bis hin zur Selbstausschöpfung der Arbeitskräfte flexibel; hinzu kommt, daß jedes Zusatzeinkommen unabhängig von seiner Höhe in jedem Fall einen positiven Beitrag zu den Familienbudgets leistet, wenn ein großer Teil ländlicher Arbeitskräfte sonst faktisch unproduktiv wäre.

Auf der anderen Seite wird der Strukturwandel innerhalb der ländlichen Industrie durch das System „regionaler Eigentumsrechte“ behindert. Die Lokalverwaltungen stemmen sich gegen Betriebszusammenschlüsse auf überregionaler Ebene und andere sinnvolle Formen der Unternehmenskooperation, weil sie Einnahmeverluste befürchten. Da es nach wie vor keinen systematisch geordneten Kapitalmarkt gibt, werden Kapitalbeteiligungen in Betrieben mit effizienteren Betriebsgrößen kaum als akzeptable Alternative gegenüber der Investition in neue, „eigene“ Betriebe betrachtet. Außerdem wissen die Lokalverwaltungen, daß arbeitsintensive Kleinbetriebe mit einer qualitativ minderwertigen Kapitalausstattung eine höchstmögliche Zahl überschüssiger Arbeitskräfte aufnehmen können.

Es scheint also, daß die chinesische Landwirtschaft in einem Teufelskreis des Staatsinterventionismus gefangen ist, der immer wieder durch Strukturprobleme und makroökonomische Fehlentwicklungen in Schwung gehalten wird. Für die Zukunft entscheidend dürfte also sein, wie dieser Teufelskreis aufgebrochen werden kann.

3. Die Außenwirtschaft: Motor des ordnungspolitischen Wandels?

Struktur und Prozeß der chinesischen Wirtschaftspolitik blieben unzureichend beschrieben, wenn nicht die Außenwirtschaft als wesentlicher Faktor einbezogen würde. So wird immer wieder zu wenig beachtet, wie eng das chinesische Agrarproblem mit außenwirtschaftlichen Entwicklungsstrategien zusammenhängt. Vor allem in den hochentwickelten Küstenregionen des Südostens konnte ein erdrutschartiger Wandel der Beschäftigungsstrukturen erreicht werden, weil die niedrigen Arbeitskosten Kapital aus Hongkong anzogen. Dieser Prozeß wird zur Zeit offenbar weiter beschleunigt, weil taiwanische Unternehmen größtes Interesse zeigen, Produktion auf das Festland auszulagern³⁴). Zwar könnten die Beschäftigungseffekte hier durchaus

³⁴) Siehe hierzu Far Eastern Economic Review vom 23. 8. 1990, S. 23.

anders ausfallen, weil die anstehende zweite Investitionswelle im Gegensatz zu arbeitsintensiven Hongkonger Produktionen und zu früheren taiwanesischen Investitionen weniger die niedrigen Arbeitskosten ausnutzen wird, als vielmehr zunehmenden Regulierungen im Umweltbereich Taiwans ausweichen will. Dennoch ist es in den Küstenregionen über die Außenwirtschaft mehr oder weniger unbeabsichtigt gelungen, den interventionistischen Teufelskreis aufzubrechen, weil chinesische Investoren effiziente organisatorische Lösungen gegenüber den Lokalverwaltungen gut durchsetzen können.

Dies ist ohne weiteres an gesamtwirtschaftlichen Daten ablesbar³⁵). So war die gesamtwirtschaftliche Effizienz der ausländischen Investitionen in den ersten zwei Dritteln der achtziger Jahre eindeutig in jenen Regionen höher, die durch ein geringeres Niveau bürokratischer Eingriffe gekennzeichnet waren, also beispielsweise in Guangdong im Vergleich zu den geöffneten Küstenstädten wie Shanghai. Höhere Effizienz schlägt sich konkret beispielsweise in der besseren Nutzung des volkswirtschaftlichen Überschuffaktors Arbeit nieder, niedrigere in der Überkapitalisierung der Investitionen.

Dennoch muß für den Gesamtzeitraum festgestellt werden, daß die chinesische Volkswirtschaft trotz einer beachtlichen Expansion außenwirtschaftlicher Aktivitäten im wesentlichen auf eine wachsende Nachfrage rein quantitativ reagierte, ohne tatsächlich qualitative Fortschritte durch größere Effizienz bei der Nutzung komparativer Kostenvorteile zu erzielen³⁶). Dieses im wesentlichen negative Bild läßt sich augenfällig daran illustrieren (obgleich der Vergleich ökonomisch hinkt), daß bei einer Umrechnung des realen Pro-Kopf-Einkommens mit dem jeweiligen offiziellen Dollar-Wechselkurs trotz eines gleichzeitig im internationalen Vergleich sinkenden Dollar-Kurses faktisch ein stetiger Wohlstandsrückgang zu verzeichnen ist. Dabei ist die ständige Überbewertung des Renminbi ebensowenig berücksichtigt wie das hohe Niveau der Externalisierung z. B. von ökologischen Kosten des bisherigen Wachstums durch die Volkseinkommensrechnung.

Wie ist dieses Phänomen erklärbar? Es wurde schon erwähnt, daß ein wesentlicher Teil des außenwirtschaftlichen Booms der letzten Jahre von

³⁵) Zum folgenden Ulrich Hiemenz/Bo Li, Zur gesamtwirtschaftlichen Effizienz ausländischer Direktinvestitionen in der VR China, in: Die Weltwirtschaft, (1988) 2, S. 115–133.

³⁶) Diese These belegt im einzelnen Joseph C. H. Chai, International Impacts of China's Economic Reforms, in: Dieter Cassel (Hrsg.), Wirtschaftssysteme im Umbruch, München 1990, S. 344–361.

Küstenprovinzen wie Guangdong getragen wurde, die mit erheblichen wirtschaftspolitischen Privilegien ausgestattet waren und teilweise noch sind. Über dieses verzerrende System von Sonderrechten ist nun ein Mantel hochgradig verzerrter multipler Wechselkurse gestülpt, bei denen viele Exportunternehmen in großem Umfang subventioniert werden, um überhaupt international wettbewerbsfähig zu sein. Auf diese Weise wird im Einklang mit der ständigen offiziellen Überbewertung des Renminbi ein starker Importsog dauerhaft finanziert – der seinerseits durch administrative Staatseingriffe kontrolliert werden muß³⁷). Die Importkontrollen haben wiederum die fatale Konsequenz, volkswirtschaftlich sinnvollen Strukturwandel zu verhindern.

Ein diesbezüglich symptomatisches Beispiel ist die binnenländische Textilproduktion³⁸). Hier treten auch die unmittelbaren Zusammenhänge zwischen ländlicher Entwicklung und Außenwirtschaft zu Tage. Die arbeitsintensive Textilindustrie wäre in der gegenwärtigen Entwicklungsphase ein entscheidender Wachstumsmotor, dessen Aktivität jedoch ständig durch Mangel an preisgünstigen Rohstoffen behindert wird. Dieser Mangel ist letztlich die Konsequenz aus zu niedrigen, staatlich gesetzten Ankaufpreisen auf dem Binnenmarkt unter anderem für Baumwolle als Schlüsselprodukt³⁹). Steigende Baumwollpreise würden die ohnehin bereits faktisch hochsubventionierten Exportbetriebe jedoch weiter in die finanzielle Enge treiben. Auf der anderen Seite ist der Staat nicht willens, das Problem durch eine weitgehende Liberalisierung auf der Importseite zu lösen: Baumwoll- ebenso wie beispielsweise auch Getreideimporte decken nach alter planwirtschaftlicher Manier lediglich Angebotslücken, führen aber nicht zu einer effizienten Allokation wirtschaftlicher Aktivitäten in einem Weltmarkt- und damit vor allem internationalen Preiszusammenhang. Wenn die bisherigen Erfahrungen mit wirtschaftlichen Entwicklungsprozessen in anderen Ländern auch nur halbwegs übertragbar wären, dann müßte im chinesischen Außenhandel eigentlich der Rohstoffimport für die Textilindustrie eine zunehmend wichtigere Rolle spielen, was gleichzeitig den Agrarsektor vom Druck staatlicher

³⁷) Die gegenwärtige Praxis, unsinnige Qualitätskontrollen ausländischer Importe zu verlangen, bedeutet ökonomisch nichts anderes als den Versuch, die Transaktionskosten im Außenhandel zu erhöhen und damit einen höheren tatsächlichen Wechselkurs für bestimmte Produkte durchzusetzen. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. 7. 1990. Damit werden die Anpassungskosten auf die Partner im Außenhandel abgewälzt.

³⁸) Vgl. Kym Anderson/Young-il Park, China and the International Relocation of World Textile and Clothing Activity, in: Weltwirtschaftliches Archiv, (1989), S. 129–148.

³⁹) Vgl. China Trade Report, March 1990, S. 5.

Zwangsproduktion befreien und damit effizienten Strukturwandel ermöglichen würde.

Auch für den Bereich der Außenwirtschaft gilt daher grundsätzlich, daß die Ineffizienz der Reformpolitik mit den ständigen Wechselbädern des Staatsinterventionismus zu erklären ist. Hier muß natürlich auch deutlich zwischen einzelwirtschaftlicher Profitabilität und gesamtwirtschaftlicher Effizienz unterschieden werden: Beim gegebenen System regionaler Eigentumsrechte besteht im außenwirtschaftlichen Bereich immer die Möglichkeit, daß Regionalverwaltungen — und in Sonderfällen wie Volkswagen-Shanghai auch die Zentralregierung — durch geeignete administrative Eingriffe und Umverteilungsmaßnahmen die Profitabilität sichern. Dies ist aber selbstverständlich nicht für alle außenwirtschaftlichen Aktivitäten gleichzeitig möglich, erst recht nicht, wenn die weiterreichenden Interessen ausländischer Investoren an einem expandierenden Binnenmarkt angesprochen sind. Hier setzen echte Fortschritte einen umfassenden Systemwandel voraus. Wenn die chinesische Führung gegenwärtig — begünstigt durch steigende Ölpreise⁴⁰⁾ — die endemische Tendenz zum Leistungsbilanzdefizit umzukehren sucht, dann muß sie dies um den Preis des Verzichtes auf entwicklungsfördernde Nettokapitalimporte und einer Akkumulation im wesentlichen unproduktiver Währungsreserven tun, die für die Rückzahlung von Krediten erforderlich sind, mit denen die volkswirtschaftlich insgesamt ineffizienten Investitionen früherer Jahre finanziert wurden. Gleichzeitig hat die lange ausgebliebene Einsicht der Investoren Platz gegriffen, daß die Probleme der chinesischen Wirtschaft langfristiger Natur sind und im Ganzen eher ungünstige Rahmenbedingungen für Direktinvestitionen schaffen.

Dieses pessimistische Bild wird im Grunde nur durch die offensichtlich hohen Entwicklungspotentiale von Regionen aufgeheilt, die unmittelbar Zugang zu auslandschinesischem, taiwanesischem und Hongkonger Kapital haben. Besonders Hongkong und Taiwan sind essentiell auf die Expansion in die

Volksrepublik angewiesen. Voraussetzung ist freilich, daß die regionalen Verwaltungen ihre Eigentumsrechte in investitionsfreundlicher Manier handhaben. Genau dies ist bislang im wesentlichen geschehen; mehr noch, aus Guangdong kamen jüngst deutliche politische Signale, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Hongkong nachhaltig intensiviert werden soll⁴¹⁾. Die Provinzregierung möchte ganz offensichtlich versuchen, zunehmend von der finanziellen Kontrolle durch Peking unabhängig zu werden. Dieses Beispiel zeigt, daß in bestimmten Regionen klare Präferenzen für die stärkere Anbindung an den Weltmarkt und damit notwendig für eine weitergehende Reform vorhanden sind.

Gleichzeitig wird jedoch das eigentliche Problem einer exogen induzierten Reform deutlich: Die Zentrifugalität regional autonomer Entwicklungsprozesse und der entsprechenden Wirtschaftspolitik würde zunehmend den politischen Zusammenhalt des Landes gefährden, zumindest solange die Institutionen so geartet sind, wie gegenwärtig. Die Angst vor der Entstehung „regionaler Königreiche“ diktiert zur Zeit viele administrative Maßnahmen, wie z. B. die Umbesetzungen im Militärapparat oder die Versetzungen von Leitungspersonal auf Provinzebene⁴²⁾. Im Gegensatz zu früheren Phasen der Geschichte der Volksrepublik sind die Ausgangsbedingungen des Konfliktes zwischen Zentrale und Regionen heute allerdings völlig anders gelagert: Die Zentrale ist gegenwärtig unbedingt auf die wirtschaftliche Dynamik angewiesen, die mit Regionalisierungsprozessen verbunden ist. So muß sie eine enge Verflechtung zwischen Hongkong und Guangdong mit allen wirtschaftspolitischen Konsequenzen dulden, will sie nicht das „goldene Huhn“ Hongkong endgültig ersticken. Damit treten jedoch die Konturen des eigentlichen politischen Gestaltungsproblems der nächsten Jahre in den Vordergrund: Wie kann ein regionalisierter Reformprozeß so in eine gesamtstaatliche Politik eingebunden werden, daß nicht der Grundwert staatlicher Einheit gefährdet wird?

IV. Föderalismus: Utopie oder Notwendigkeit?

Der Bogen unserer Überlegungen hat sich nun geschlossen. Die Entwicklungsprobleme Chinas sind auf vielfältige Weise miteinander verflochten und führen letztendlich immer wieder zum Primat des

Politischen zurück, d. h. in reformpolitischer Hinsicht konkret zur Neudefinition grundlegender politischer Strukturen des Landes, deren Wurzeln zum Teil weit in die Vergangenheit zurückreichen und die nicht nur durch den Tatbestand kommunistischer Herrschaft bedingt sind. Die kommunistische Herrschaft hat vielmehr einige der politischen

⁴⁰⁾ Vgl. China Trade Report, September 1990, S. 1.

⁴¹⁾ Vgl. ebd., S. 4 f.

⁴²⁾ Vgl. China News Analysis, 15. 7. 1990, S. 4.

Strukturprobleme verdrängt und eine Lösung aufgeschoben, um dem Primat staatlicher Einheit Gültigkeit zu verschaffen. Damit wurde aber verhindert, daß sich lokale und regionale politische Institutionen im eigentlichen Sinne ausbildeten; an ihre Stelle traten Mobilisierung, weltanschauliche und administrative Kontrolle neu geschaffener Eliten und im Extremfall — wie während der Kulturrevolution, aber andeutungsweise auch nach dem Massaker am Tiananmen — der schlichte Durchgriff zentral gesteuerter militärischer Gewalt. Auf diese Weise wurden im Grunde fundamentale politische Traditionen des Kaiserreiches fortgeschrieben. In der politischen Tiefenstruktur lauert daher auch stets der Tiger des anarchischen Zerfalls, die Auflösung zentraler politischer Macht im Konflikt zwischen regionalen Militärmachthabern.

Arthur Waldron hat soeben in einer bemerkenswerten Analyse darauf hingewiesen, daß es daher nicht umsonst eine weitgehende Parallele zwischen der Diskussion um den Föderalismus in den zwanziger Jahren und in der heutigen demokratischen Exilbewegung gibt⁴³). Damals wie heute erscheint der Föderalismus als ein geeignetes Mittel, um die endemische institutionelle Schwäche der chinesischen Politik zu überwinden, indem lokale und regionale politische Prozesse auf sich selbst zurückgeworfen werden und sich mit dem Aufbau funktionsfähiger Institutionen befassen müssen und können. Innerhalb eines föderalistischen Gesamtrahmens müßten dann nur Belange von nationalem Interesse auf gesamtstaatlicher Ebene geregelt werden. Faktisch ist China bereits heute ein hochgradig regional fragmentiertes Land. Seine Entwicklungsprobleme rühren daher, daß keine klaren Kompetenzzuweisungen und -abgrenzungen politischer Institutionen auf unterschiedlichen territorialen Ebenen erfolgt sind. Vielmehr liegen Kompetenzen (vgl. das Beispiel der Geldschöpfung) bei Regionalverwaltungen, die unbedingt als zentrale festgeschrieben werden müßten, und umgekehrt. Die Zentrale wird auf diese Weise mit politischen Aufgaben wie dem ständigen wirtschaftlichen Interessenausgleich zwischen den Regionen überlastet, die in einem föderalen

⁴³) Vgl. Arthur Waldron, Warlordism Versus Federalism: The Revival of a Debate?, in: The China Quarterly, No. 121, 1990, S. 116–128.

Rahmen dauerhaft und mit hohen Selbstregulierungspotentialen gelöst werden könnten.

Allerdings hängt dieses Versagen bei grundlegenden politischen Gestaltungsaufgaben auch damit zusammen, daß die chinesische Führung eine weitere Priorität bei der raschen nachholenden Industrialisierung sieht⁴⁴). Die gezielte Spaltung des Landes, gesellschaftlich wie wirtschaftlich, in einen städtischen und einen ländlichen Sektor nach 1949 überlagert die Frage der Regionalisierung⁴⁵). Damit wurde die chinesische Tradition einer engen sozialen und wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Stadt und Land krass abgeschnitten und ein künstlicher *trade-off* zwischen den Interessen der jeweiligen Bevölkerungsgruppen hergestellt, der heute die Politik in wichtigen Bereichen handlungsunfähig werden läßt. Es könnte sein, daß erst ein föderaler Gesamtrahmen es auf regionaler Ebene ermöglichen würde, diese Tradition wiederherzustellen.

Es ist im Augenblick kaum abzuschätzen, ob das jetzige politische System zu den erforderlichen Gestaltungsmaßnahmen in der Lage ist. Für die Ebene zentraler Entscheidungsträger ist dies kaum zu erwarten, und zwar unabhängig von der Vorherrschaft orthodoxer oder reformfreudiger Kräfte. Im letzten Fall könnte es freilich sein, daß spontane Regionalisierungsprozesse besser Platz greifen und damit das System gewissermaßen „von unten“ transformieren⁴⁶). Es ist zu hoffen, daß die vielfältigen und nützlichen Denkansätze chinesischer Intellektueller zu dieser Frage endlich von der Politik rezipiert werden.

⁴⁴) Die Probleme der chinesischen Wirtschaftspolitik können auch aus dieser Perspektive beleuchtet werden, d. h. des Industrialisierungsproblems. Ich habe dies in meinem Aufsatz versucht: „VR China: Reform in der Sackgasse?“, in: Rüdiger Machetzki (Hrsg.), Sozialistische und planwirtschaftliche Systeme Asiens im Umbruch, Berlin 1989, S. 20–51. Beim vorliegenden Aufsatz wurde hingegen die politische Perspektive betont.

⁴⁵) Auch hier handelt es sich allerdings um ein entwicklungspolitisches Problem, das nicht nur für China charakteristisch ist. Vgl. hierzu jüngst Erich Weede, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, Tübingen 1990, S. 166 ff.

⁴⁶) Vgl. Andrew Scobell, Hong Kong's Influence on China: The Tail that Wags the Dog?, in: Asian Survey, Vol. XXVIII, 1988, S. 599–612.

Die Außenpolitik Chinas zu Beginn der neunziger Jahre

I. Das Tiananmen-Massaker und seine außenpolitischen Folgen

Die Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1989 wurde für das Ansehen der Volksrepublik China in der Welt und für die chinesische Außenpolitik zu einem *dies ater*. In dieser Nacht erstickten Einheiten der Volksbefreiungsarmee den Ruf zehntausender chinesischer Studenten und hunderttausender mit ihnen sympathisierender Bürger nach Demokratie. Es kam zu einem blutigen Massaker, dem einige hundert, nach Berechnungen der Menschenrechtsorganisation Amnesty International sogar mehr als tausend Menschen zum Opfer fielen. „Peking 1989“ gilt seither ebenso als ein Symbol der Unterdrückung eines nach Freiheit rufenden Volkes wie „Berlin 1953“, „Ungarn 1956“, „Prag 1968“ und „Danzig 1980“¹⁾.

Während die gewaltsame Zerschlagung der Demokratie-Bewegung und die gleichzeitige Entmachtung des Reformflügels der Partei um Zhao Ziyang das Machtmonopol der chinesischen Kommunisten noch einmal sicherte und damit in China jene Entwicklung verhinderte, die sich in den folgenden Monaten in Osteuropa Bahn brach und die dortigen sozialistischen Regime hinwegfegte, fügte sie Chinas Ruf schweren Schaden zu. Das galt insbesondere für die westliche Welt. Diese hatte die chinesische Volksrepublik seit Beginn des Reformprozesses mit offen gezeigtem Wohlwollen beobachtet und Menschenrechtsverletzungen, die sie in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern unachtsam anprangerte, großzügig übersehen oder bagatellisiert. Jetzt reagierte man mit tiefem Entsetzen.

Doch die Empörung erschöpfte sich nicht in verbalen Protesten, sondern fand auch Ausdruck in Form

von Aktionen. Kooperationsprogramme wurden eingestellt, Entwicklungshilfeleistungen gestoppt, Wirtschaftsverhandlungen abgebrochen; Investitionsentscheidungen wurden rückgängig gemacht und Kredite eingefroren. Von einem Tag auf den anderen war das zuvor wegen seiner Öffnungs- und Modernisierungspolitik bewunderte China in die Isolierung geraten. Deng Xiaoping, wegen seines Reformkurses als einer der hervorragendsten Staatsmänner des Jahrhunderts gefeiert, wurde nun als engstirniger Autokrat und Schlichter der chinesischen Jugend beschimpft. Das chinesische Regime hatte vor der Weltöffentlichkeit sein Gesicht verloren.

Die folgende Analyse untersucht die Reaktionen der chinesischen Außenpolitik auf diese Situation sowie die Schritte, die die chinesische Diplomatie einleitete, um das beschädigte Ansehen wiederherzustellen und das Land aus der Isolierung herauszuführen. Darüber hinaus sucht sie nach den Spuren, die die westlichen Reaktionen bei der chinesischen Führung hinterließen, und befaßt sich mit der Frage nach den möglichen langfristigen Auswirkungen der jüngsten Erfahrungen auf die chinesische Außenpolitik.

Die Frage, ob mit der Fortsetzung der bisherigen Politik Pekings zu rechnen ist, oder ob es Anzeichen für einen grundlegenden Wandel gibt, drängt sich auf. Sie läßt sich allerdings nur vor dem Hintergrund der strategischen Tiefenstruktur der chinesischen Außenpolitik und der ihr zugrundeliegenden Interessenlagen diskutieren. Deren Rekonstruktion ist der einleitende Rückblick auf die außenpolitische Strategie Pekings seit Beginn der achtziger Jahre gewidmet. In ihm werden aber auch ältere theoretische Konzepte skizziert, an denen sich die Pekinger Führung bis heute orientiert. Somit werden auch die tieferen zeitlichen Zusammenhänge erhellt, in denen sich die außenpolitische Strategie Chinas entwickelte.

¹⁾ Beschreibungen und Analysen der Ereignisse von Lowell Dittmer, Andrew J. Nathan, Andrew G. Walder, June Teufel Dreyer in: Tiananmen 1989. A Symposium, Problems of Communism, Sept.—Oct. 1989; Michael Fathers/Andrew Higgins, Tiananmen: The Rape of Peking, London 1990; George Hicks (ed.), The Broken Mirror: China after Tiananmen, London 1990.

II. Die Strategie der „Unabhängigkeit“

Die grundlegenden Weichenstellungen, denen die chinesische Außenpolitik bis zum Frühjahr 1989 gefolgt war, waren schon zu Beginn der achtziger Jahre vorgenommen worden. Sie erfolgten im wesentlichen aus ökonomischen Gründen. Es hatte sich spätestens zu diesem Zeitpunkt erwiesen, daß die Verbesserung der ökonomischen Situation zur zentralen Frage für die weitere Zukunft Chinas geworden war.

Die wirtschaftliche Lage, in der sich die chinesische Volksrepublik beim Tode Mao Zedongs — nach fast zwei Jahrzehnten erbittert geführter Macht- und Linienkämpfe — befand, war desolat. Ohne eine radikale politische Wende, die Ruhe und Ordnung wiederherstellen, die Lebensbedingungen grundlegend verbessern und der Bevölkerung hoffnungsvolle Perspektiven für die Zukunft eröffnen würde, drohte ein weiterer Verfall des Ansehens der Kommunistischen Partei Chinas. Dies hätte nicht nur zu einer allgemeinen Destabilisierung der chinesischen Gesellschaft und damit zu einer Erschütterung des kommunistischen Systems geführt, sondern auch zu einer nachhaltigen Verschlechterung der Stellung Chinas im internationalen System.

Die auf dem 3. Plenum des XI. ZK der Kommunistischen Partei Chinas im Dezember 1978 vorgenommene programmatische Kurskorrektur hatte somit eine fundamentale Bedeutung. In ihrem Zentrum standen Maßnahmen, die außer einer Rücknahme der früheren Kollektivierungsschritte vor allem eine rasche Entwicklung der „Produktivkräfte“ — also die „Modernisierung“ — zum Ziel hatten. Da die Voraussetzungen für eine rasche Modernisierung aus eigener Kraft aber nicht gegeben waren — das erforderliche Kapital fehlte ebenso wie das wissenschaftlich-technische Know-how und die Erfahrung mit Methoden modernen Managements —, gehörte eine „Öffnung nach außen“ zu den Kernelementen des neuen Kurses²⁾. Der Aufbau weltweiter kooperativer Beziehungen, insbesondere im außenwirtschaftlichen Bereich, war deshalb von Anfang an eine der zentralen Aufgaben, die der neuen Außenpolitik zugewiesen wurden.

Eine zweite, nicht minder wichtige und in der Zielsetzung ähnliche Aufgabe bestand in der Schaffung eines friedlichen regionalen und internationalen

Umfeldes. Für einen störungsfreien Umbau der chinesischen Wirtschaft sollten geeignete Rahmenbedingungen geschaffen und damit die Umschichtung knapper Ressourcen aus dem militärischen in den zivilen Bereich ermöglicht werden. Beide Aufgaben — Wirtschaftsaufbau und Friedenssicherung — waren dabei in vielfacher Weise miteinander verknüpft: Einerseits war — wie der kostspielige Vietnam-Feldzug im Februar 1979 gezeigt hatte — eine grundlegende Sanierung der chinesischen Wirtschaft ohne Frieden nicht möglich; andererseits erforderte die Aufrechterhaltung des Friedens eine starke und moderne Wirtschaft.

Die Zielsetzungen des neuen Kurses hatten tiefgreifende ideologische und strategische Implikationen. *Ideologisch* verlangten sie den endgültigen Abschied von weltrevolutionären Ambitionen sowie eine Beschränkung der Außenpolitik auf die Sicherung und Durchsetzung nationaler Interessen. Die Bereitschaft der chinesischen Führung zu einer solchen ideologischen Wende, die auch in der Rhetorik einen Abschied von der Politik der Vergangenheit verlangte, zeigte sich deutlich anhand von drei nunmehr eingenommenen Positionen:

Erstens in der Aufgabe des Begriffs „proletarischer Internationalismus“, der insbesondere in der sino-sowjetischen Polemik der sechziger Jahre einen zentralen Stellenwert hatte — obwohl er in der konkreten Politik Pekings, von einigen Ausnahmen abgesehen, nur sehr vorsichtig praktiziert worden war.

Zum zweiten in der Aufwertung des Prinzips der „friedlichen Koexistenz“ zur zentralen Leitlinie der chinesischen Außenpolitik. In den sechziger Jahren hatte sich die chinesische Führung unter Mao noch vehement gegen die von Chruschtschow vorgenommene Aufwertung des Prinzips der „friedlichen Koexistenz“ zum Generalprinzip der Außenpolitik der internationalen kommunistischen Bewegung gewehrt. Seit Beginn der achtziger Jahre wurden die fünf Prinzipien der „friedlichen Koexistenz“ jedoch zur „grundlegenden Norm“ der außenpolitischen Beziehungen Chinas erhoben. So stellte der damalige Premier Zhao Ziyang ausdrücklich fest, die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz „sind die grundlegenden Normen, von denen wir uns bei der Behandlung der Beziehungen unseres Landes zu allen anderen Ländern leiten lassen. Alle Länder, ob groß oder klein, ob stark oder schwach, ob reich oder arm, sollen gleichberechtigt behandelt werden, sich gegenseitig respektieren, miteinander in Harmonie leben und freundschaftlich zusammenarbeiten; die Angelegenheiten eines jeden Landes müssen von seinem eigenen Volk entschieden wer-

²⁾ Zum neuen außenpolitischen Ansatz s. Peter J. Opitz, Die Strategie der Unabhängigkeit. Versuch einer Rekonstruktion der strategischen Prinzipien der chinesischen Außenpolitik in den 80er Jahren, in: Zeitschrift für Politik, (1986) 4, S. 383–398; Gerhard Will, Die außenpolitische Entwicklung der Volksrepublik China in den achtziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/88, S. 35–45.

den; kein fremdes Land hat das Recht sich darin einzumischen. Dies ist der Hauptpunkt, der unserer unablässigen Befolgung der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zugrundeliegt.“³⁾

Konsequenterweise hatte die chinesische Führung Moskau 1979 die Normalisierung der Beziehungen unter den Prinzipien der friedlichen Koexistenz angeboten.

Schließlich traten noch zwei weitere außenpolitische Topoi in den Hintergrund, die wesentlich von Mao geprägt worden waren: Die These von der „Unvermeidbarkeit eines Weltkrieges“, die nun nicht mehr in die neue Perspektive des wirtschaftlichen Aufbaus und Aufschwungs paßte und deshalb offiziell revidiert wurde, und auch die „Drei-Welten Theorie“, die sowohl wegen der ihr zugrunde liegenden theoretischen Konzeption als auch wegen ihrer praktischen Ausgestaltung weder der politischen Realität noch den strategischen Zielen der neuen Außenpolitik entsprach, wurden aus diesem Grund stillschweigend *ad acta* gelegt.

Zu den *strategischen* Implikationen der gesamtpolitischen Zielsetzungen gehörte an hervorragender Stelle auch eine neue Positionsbestimmung gegenüber den USA und der Sowjetunion. Die gesamten siebziger Jahre waren von einer heftigen antisowjetischen Politik geprägt gewesen. Ihr lag die Sorge über die expansionistische Politik der Sowjetunion zugrunde, von der sich Peking nicht nur selbst unmittelbar bedroht fühlte, sondern von der die chinesische Führung auch eine Veränderung des global-strategischen Gleichgewichts zugunsten der Sowjetunion befürchtete. Diese Perzeption fand ihren Widerhall im Bemühen um die Mobilisierung einer internationalen Einheitsfront gegen Moskau, in die auch die USA eingegliedert werden sollten. Insbesondere nach der Bildung der Achse Moskau-Hanoi und dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in das Nachbarland Kambodscha im Dezember 1978 hatte sich die strategisch motivierte Annäherung Pekings an Washington vertieft; am 1. Januar 1979 war es zur vollen Normalisierung ihrer Beziehungen gekommen.

Damit schien sich eine weitere Vertiefung der strategischen Zusammenarbeit zwischen den USA und der Volksrepublik anzubahnen. Wenn die chinesische Führung davon aber dann doch wieder Abstand nahm, so dürften dafür vor allem die möglichen negativen Auswirkungen einer solchen Politik auf die Modernisierung der chinesischen Wirtschaft und die strategische Position Chinas ausschlaggebend gewesen sein: Der weitere Ausbau des sowjetischen Militärpotentials — die absehbare Folge einer Annäherung Pekings an die USA — hätte auch

China zu größeren militärischen Ausgaben gezwungen. Diese wären wiederum zu Lasten der knappen, für die Modernisierungspolitik zur Verfügung stehenden Ressourcen gegangen. Auch hätte sich die Abhängigkeit Pekings von moderner westlicher, insbesondere amerikanischer Militärtechnologie erhöht und sich damit die Position Chinas im sogenannten „strategischen Dreieck“ verschlechtert.

Solchermaßen negative Konsequenzen konnten vermieden werden, wenn Peking einerseits auf eine militärisch-strategische Zusammenarbeit mit Washington verzichtete und andererseits Moskau für ein Entgegenkommen in für China wichtigen Fragen die Normalisierung der sino-sowjetischen Beziehungen in Aussicht stellte. Ein solches Einschwenken auf eine mittlere Position zwischen den beiden „Supermächten“ versprach jene Auswirkungen zu haben, die Peking für die Modernisierungspolitik benötigte:

1. Den allmählichen Abbau des sowjetischen beziehungsweise vietnamesischen Militärpotentials an den nördlichen und südlichen Grenzen Chinas und ein Abflauen der sino-sowjetischen Rivalität im asiatisch-pazifischen Raum — Voraussetzungen auch für eine Senkung der chinesischen Verteidigungslasten.

2. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, da die wirtschaftliche Hinwendung zum Westen ergänzt werden konnte durch eine wirtschaftliche Öffnung zur Sowjetunion und den Staaten Osteuropas. Eine solche ließ eine Verbesserung der defizitären Handelsbilanz Chinas erwarten.

Insgesamt versprach diese Strategie — so sie geschickt gehandhabt würde — eine Verminderung der Abhängigkeit Chinas vom Westen und zugleich eine Steigerung der amerikanischen Konzessionsbereitschaft. Dies galt für den Bereich der Wirtschafts- und Militärhilfe wie auch für die noch nicht befriedigt gelöste Taiwan-Frage.

Formell erfolgte die Hinwendung zu dieser neuen Politik auf dem 12. Kongreß der KP Chinas im September 1982 mit der Ankündigung einer Außenpolitik, die unter den Prinzipien der „Unabhängigkeit“ und der „Selbständigkeit“ stand. Die Distanzierung von beiden „Supermächten“ war unübersehbar. Bezeichnenderweise fiel diese zusammen mit einem deutlichen Abflauen der anti-sowjetischen Polemik und einer nunmehr verfolgten Gleichbehandlung der beiden Großmächte. Wenn Peking seither vor „Hegemonismus“ warnte, so bezog sich dies nicht mehr nur, wie im Jahrzehnt zuvor, auf Moskau, sondern schloß auch Washington mit ein.

Der Rückblick auf die vergangene Dekade zeigt, daß die Grundstruktur der chinesischen Außenpo-

³⁾ Beijing Rundschau, 24/1984, S. XVI.

litik primär durch das Bemühen um die Herstellung eines Gleichgewichtes in den Beziehungen zu den beiden Supermächten gekennzeichnet war und von der Suche nach einer ‚mittleren‘ Position, die „Unabhängigkeit“ symbolisierte. Diese Politik verlangte, um glaubwürdig zu sein, einerseits eine vorsichtige Distanzierung von Washington, andererseits eine ebenso vorsichtige Annäherung an Moskau. Einen guten Vorwand für die Distanzierung lieferte der chinesischen Führung der *Taiwan-Relations-Act*, durch den der amerikanische Kongreß nicht nur die Fortsetzung der Beziehungen zur Regierung in Taipei dicht unterhalb der Ebene der offiziellen Anerkennung festlegte, sondern durch den auch die militärische Verteidigung der Insel im Fall des Versuchs einer gewaltsamen Wiedervereinigung möglich wurde. Auch die Neigung der Reagan-Administration zur Wiederaufnahme einer *Zwei-China-Politik* bot einen willkommenen Vorwand, den geplanten Kurswechsel zu vollziehen.

Die Schwierigkeit dieser Politik bestand darin, daß die Distanzierung nicht die Rolle der USA als dem nach Japan wichtigsten Partnerland im Bereich des Handels und der Lieferung von wissenschaftlich-technischem Know-how gefährden durfte. Im Gegenteil: Es sollte sogar zu einer Vertiefung der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit kommen. Das am 12. August 1982 zwischen Washington und Peking abgeschlossene *Gemeinsame Kommuniqué* ermöglichte diesen Balanceakt.

Einen nicht minder delikatsten Balanceakt erforderte auch der Annäherungsprozeß an Moskau. Die Schwierigkeit bestand in diesem Fall darin, diesen Prozeß insgesamt so zu gestalten, daß die sowjetische Führung zwar zu weitgehenden Konzessionen veranlaßt, aber die Entwicklung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen nicht behindert wurde. Statt Mißtrauen und Zurückhaltung in Washington zu wecken, sollte auch diese Komponente der neuen Politik amerikanisches Entgegenkommen fördern.

Die wichtigste chinesische Forderung, die in den im Herbst 1979 anlaufenden Gesprächen mit Moskau aufgestellt wurde, war die Beseitigung einiger „Hindernisse“. Diese betrafen nicht nur die bilateralen Beziehungen der beiden Staaten, sondern tangierten auch andere Staaten. Es war dies der Abbau der militärischen Präsenz der Sowjetunion an der gemeinsamen Grenze und in der Mongolischen Volksrepublik; die Beendigung der Unterstützung des vietnamesischen Expansionismus in Indochina und der Abzug der sowjetischen Verbände aus Afghanistan — die letzte Forderung wurde erst im Oktober 1982 nachgeschoben, als es zur Wiederaufnahme der aus Protest gegen die Invasion Afghanistans unterbrochenen Gespräche kam. Insgesamt sum-

mierten sich die chinesischen Forderungen zu einer Sprengung der strategischen Sicherheitsstruktur, die die sowjetische Führung seit Ausbruch des Konflikts um die VR China gelegt hatte⁴⁾.

Die Anfang der achtziger Jahre vereisten Beziehungen zwischen Moskau und Washington sowie die Möglichkeit einer Achse Washington–Tokio–Peking boten der chinesischen Diplomatie günstige Rahmenbedingungen, um die beiden Weltmächte gegenseitig auszuspielen. Die Situation erfuhr eine weitere Verbesserung durch die grundlegende Wende der sowjetischen Außenpolitik, nachdem Michail Gorbatschow im März 1985 Generalsekretär der KPdSU geworden war.

Bei der Betrachtung der Vorgänge, die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre den anfangs nur sehr zähflüssig verlaufenden Prozeß der sino-sowjetischen Annäherung beschleunigten und im Mai 1989 auf dem Pekingener Gipfel zu einer formellen Normalisierung der Beziehungen der beiden Staaten führten, entsteht gelegentlich der Eindruck, daß die chinesische Führung es war, die sich mit ihrem Insistieren auf der Beseitigung der „drei Hindernisse“ gegenüber Moskau durchsetzte. Diese Interpretation ist auf den ersten Blick einleuchtend, verliert bei genauerem Hinsehen aber erheblich an Überzeugungskraft. Denn sie übersieht, daß das sowjetische Nachgeben nicht in erster Linie Folge der chinesischen Hartnäckigkeit, sondern vielmehr integrales Element einer Globalstrategie war.

Durch diese versuchte Gorbatschow, den ökonomischen Niedergang und technologischen Rückstand seines Landes zu stoppen und durch einen umfassenden wirtschaftlichen und politischen „Umbau“ (Perestroika) die gefährdete Weltmachtstellung der Sowjetunion zu sichern. Logisches Korrelat des innenpolitischen Umbaus — die Ähnlichkeiten der chinesischen und der sowjetischen Politik sind hier unübersehbar — war eine „neue Außenpolitik“, deren wichtigste Aufgabe darin bestand, die imperialen Überdehnungen der Breshnew-Ära zurückzunehmen, die bestehenden Konfrontationen abzubauen und durch ein Netz kooperativer Beziehungen zu ersetzen. Der militärische Rückzug aus den vorgeschobenen Positionen in Asien und Afrika gehörte ebenso in dieses Konzept wie die Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen, Zugeständnisse in Menschenrechtsfragen und die Bereitschaft zur Integration in die Weltwirtschaft. Vor

4) Zum Prozeß der sino-sowjetischen Annäherung vgl. im einzelnen Peter J. Opitz, *Zeitenwechsel: Die sino-sowjetischen Beziehungen in historischer Perspektive*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (= BBIOst), Köln 5/1990; Dieter Heinzig, *Sowjetische Chinapolitik unter Gorbatschow: Der Abbau der „drei großen Hindernisse“*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 12/89, S. 29–38.

allem aber standen und stehen in ihrem Mittelpunkt weitgehende Angebote zu Abrüstung und Rüstungsbegrenzung sowie Bemühungen um umfassende Wirtschaftshilfe aus dem Westen⁵⁾.

Im Rahmen dieser Gesamtstrategie, die sich zunächst gegenüber den Staaten des Westens entfaltete, kam es zur Unterzeichnung des INF-Vertrags (Dezember 1987), zum erfolgreichen Abschluß der Stockholmer KVAE, zu konstruktiv verlaufenden START- und KSZE-Verhandlungen und schließlich sogar zu Zugeständnissen beim Abbau der sowjetischen Präsenz in Mittel- und Osteuropa.

Schon bald ergriff Gorbatschow aber auch im asiatisch-pazifischen Bereich die Initiative und schlug in einer Reihe von Erklärungen und Reden Maßnahmen vor, die zum Abbau der Spannungen im asiatisch-pazifischen Bereich beitragen sollten⁶⁾. Es lag in der Logik dieser Politik – deren Hauptadressaten Washington, Tokio und Peking waren –, daß Gorbatschow die von der chinesischen Führung geforderte Beseitigung der „drei Hindernisse“ akzeptierte und diese in wenigen Jahren auch tatsächlich entfernte: Im April 1988 kam es in Genf zu Vereinbarungen über Afghanistan, die zum Abzug der sowjetischen Truppen bis zum 15. Februar 1989 führten; fast gleichzeitig setzte der Abzug der sowjetischen Verbände aus der Mongolei ein; im Dezember 1988 kündigte Gorbatschow vor der UN-Generalversammlung eine bedeutende Verringerung der sowjetischen Streitkräfte im asiatischen Teil der Sowjetunion an. Schon zuvor hatte sich Moskau im INF-Vertrag zum Abbau der im asiatischen Teil dislozierten 162 SS-20-Raketen bereit erklärt; seit Oktober 1986 verstärkte sich der sowjetische Druck auf die vietnamesische Führung; er hatte wesentlichen Anteil am Abzug der Truppen Vietnams aus Kambodscha bis zum September 1989.

Die Reaktionen der chinesischen Führung auf diese Strategie dürften ambivalent gewesen sein: Einerseits genoß sie den Triumph, daß Gorbatschow allen ihren Forderungen nachkam; dies entlastete China sicherheitspolitisch und ermöglichte der Führung in Peking, knappe Ressourcen vom militärischen in den zivilen Sektor umzuleiten. Andererseits dürfte Peking jedoch schon früh erkannt haben, daß der von Gorbatschow eingeleitete strategische Rückzug der Sowjetunion langfristig dieser

mehr Vorteile verschaffen würde, als er sie kurzfristig kostete. Moskau verlor zwar eine Reihe Verbündeter in verschiedenen Teilen der Welt; der Rückzug befreite die UdSSR aber von einer ruinösen Konfrontation mit dem Westen, entlastete sie von der kostspieligen Subvention von Klientelregierungen, vor allem aber trug er dazu bei, das Image der Sowjetunion als einer aggressiven „Supermacht“ nachhaltig zu korrigieren und ihr in Westeuropa wie im asiatisch-pazifischen Raum neue Optionen für den Aufbau kooperativer Beziehungen zu eröffnen.

Abgesehen davon, daß die Sowjetunion als Folge dieser Politik bei der Suche nach Gläubigern auf den internationalen Kapitalmärkten und als Partner im Handelsbereich zu einem Rivalen Pekings wurde, stiegen auch ihre Chancen, international – vor allem aber auch im asiatisch-pazifischen Bereich – ihren Status als Ordnungsmacht und damit auch als Gegengewicht zu China auszubauen. Daß die sowjetische Führung eine solche Position anstrebte, ging nicht nur aus den programmatischen Erklärungen Gorbatschows zum Aufbau einer neuen Ordnung für diese Region hervor, sondern zeigte auch das sowjetische Bemühen um eine konstruktive Rolle im Kambodscha-Konflikt. Dies ermöglichte eine Annäherung an die ASEAN-Staaten. Auch die positiven Reaktionen auf die „Nordpolitik“ des südkoreanischen Präsidenten Roh Tae-woo gehörten zu der neuen Politik. Letztere konnten zugleich als Beitrag zur Entspannung auf der koreanischen Halbinsel gedeutet werden. Auch die unübersehbare Bereitschaft der UdSSR zu einem Arrangement mit Japan in der umstrittenen Kurilen-Frage, dem wichtigsten Hindernis für einen sowjetisch-japanischen Friedensvertrag, zu kommen, war Bestandteil dieser Politik⁷⁾.

Es war angesichts dieser Perspektiven wohl nicht nur eine Folge der Demonstrationen der Demokratie-Bewegung, daß das Gipfeltreffen zwischen Gorbatschow und Deng Xiaoping im Mai 1989 ohne großen Glanz verlief und das „Gemeinsame Kommuniqué“, das dort beschlossen wurde, keine spektakulären Ergebnisse enthielt⁸⁾. Weder im wirtschaftlichen noch im sicherheitspolitischen Teil er-

⁵⁾ Zum „neuen Denken“ vgl. Seweryn Bialer, „New Thinking“ and Soviet foreign policy, in: *Survival*, July/August 1988, S. 289–331; Gerhard Wettig, „New Thinking“ in Soviet Foreign Policy, *BBI Ost* 67-1989.

⁶⁾ Vgl. dazu im einzelnen Rajan Menon, *New Thinking and Northeast Asean Security*, in: *Problems of Communism*, March–June 1989, S. 1–29; Vladimir Ivanov, *Perestroika in Soviet Policy in Asia-Pacific*, in: *The Pacific Review*, (1990) 3, S. 191–199.

⁷⁾ Vgl. dazu den Beitrag von Dieter Heinzig, in: Peter J. Opitz (Hrsg.), *Frieden für Kambodscha? Entwicklungen im Indochina-Konflikt seit 1975*, Frankfurt 1991; Peter J. Opitz, *Allianzen im Wandel: Die Politik Pekings und Moskaus gegenüber der koreanischen Halbinsel*, in: *Außenpolitik*, (1990) 3, S. 258–267; Joachim Glaubitz, *Zur jüngsten Entwicklung in den japanisch-sowjetischen Beziehungen*, *SWP*, Internationale Politik, 2657/Mai 1990.

⁸⁾ Die deutsche Übersetzung des Gemeinsamen Kommuniqués findet sich in: *Beijing Rundschau*, 22/1989, S. 12–14; eine Analyse von Steven M. Goldstein, *Diplomacy Amid Protest: The Sino-Soviet Summit*, in: *Problems of Communism*, Vol. XXXVIII, Sept.–Oct. 1989, S. 49–71.

öffnete das Kommuniqué Visionen für ein zukünftiges kooperatives Miteinander der beiden Mächte, das den Umkreis der Prinzipien der „friedlichen Koexistenz“ verlassen hätte. Statt einer Vision für eine Friedensordnung für Asien — ähnlich der, wie sie bald darauf der deutsche Bundeskanzler und Gorbatschow in einer „gemeinsamen Erklärung“ für Europa entwickelten — enthält das sino-sowjetische Kommuniqué lediglich die mißtrauische „Antihegemonieklausel“, d. h. die Erklärung beider Seiten, „daß keine von ihnen eine Hegemonie irgendwelcher Art im asiatisch-pazifischen Raum

oder in anderen Teilen der Welt anstrebe“. Dabei hätten die diversen Anregungen und Vorschläge Gorbatschows für die Abhaltung einer Gesamtasiatischen Sicherheitskonferenz und zur Schaffung von Mechanismen für multilaterale Konsultationen im asiatisch-pazifischen Raum genügend Anknüpfungspunkte dafür geboten. Das Desinteresse der Pekinger Führung an einer stärkeren Einbeziehung und Aufwertung Moskaus als Ordnungsmacht in der asiatisch-pazifischen Region war ebenso unübersehbar wie das Bestreben, auf dem Gipfel selbst Distanz zu demonstrieren.

III. Wege aus der Krise

Unmittelbar vor dem Besuch Gorbatschows in Peking im Mai 1989 befand sich die chinesische Führung international in einer günstigen Position: Erstmals seit 1949 war ein normalisiertes Verhältnis zu beiden Weltmächten in Sicht. Zwei Wochen nach dem unter chaotischen Begleitumständen verlaufenen Gipfel hatte sich das internationale Szenario für Peking jedoch tiefgreifend verschlechtert. Dabei ist bis heute noch ungeklärt, ob Deng Xiaoping und Li Peng sich der Auswirkungen bewußt waren, die der Einsatz des Militärs international haben würde. Die Tatsache, daß die Volksbefreiungsarmee eingriff, obwohl die internationale Presse noch immer in Peking präsent war, spricht allerdings dafür, daß sie den Zeitpunkt bewußt gewählt hatten — bot er ihnen nach der peinlichen Unentschlossenheit der vergangenen Wochen doch die Gelegenheit, *urbi et orbi* zu demonstrieren, daß man nicht daran dachte, sich die Zügel aus der Hand nehmen zu lassen. Dabei ist denkbar, daß die Führung in Peking die Stärke und Nachhaltigkeit der westlichen Reaktionen unterschätzte, war doch das weltweite Echo auf das brutale Vorgehen der chinesischen Ordnungskräfte gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Tibet nur einen Monat zuvor, im März 1989, eher schwach ausgefallen.

Nach den heftigen Reaktionen der westlichen Welt kam die chinesische Führung nicht umhin, ihre bisherige außenpolitische Linie zu überprüfen und eine grundlegende Änderung ihrer Haltung gegenüber dem Westen in Erwägung zu ziehen. Für diesen Fall war allerdings in Rechnung zu stellen, daß eine Beendigung der Öffnungspolitik und eine rigide Abgrenzung gegenüber dem Westen unabsehbare Konsequenzen für die chinesische Wirtschaft haben und das Land wieder in jene Isolierung zurückwerfen würde, aus der man sich gerade erst befreit hatte.

Die Entscheidung wurde erschwert, als sich gleichzeitig in Ost- und Südosteuropa, aber auch in der

Sowjetunion selbst Entwicklungen vollzogen, die auf die Pekinger Führung alarmierend wirkten. Nachdem sich in Polen und Ungarn das sozialistische System schon des längeren in Auflösung befand, gerieten seit dem Herbst 1989 auch die Regierungen anderer osteuropäischer Länder — der DDR, der CSSR und schließlich auch die Rumäniens, alles treue Freunde Chinas — unter den Druck von Volksbewegungen, die sie bald aus dem Amt jagten. Zudem trug — zumindest aus Pekinger Sicht — in der Sowjetunion die Politik Gorbatschows zur Erosion des kommunistischen Systems und damit jener Prinzipien bei, zu deren Verteidigung man in China gerade die Armee eingesetzt hatte.

Den Konservativen in Peking bestätigten diese Entwicklungen nachträglich noch einmal die Richtigkeit ihres Vorgehens, führte ihnen der Gang der Dinge in Europa doch das eigene Schicksal vor Augen, hätten sie dem Druck nachgegeben und den Entwicklungen ihren Lauf gelassen. Aber nun stellte sich auch die Frage nach der zukünftigen Politik: Sollte man — wie schon zu Zeiten Chruschtschows — die Vorgänge in der Sowjetunion offen kritisieren und es mit Gorbatschow auf eine Kontroverse ankommen lassen, die kaum auf den Bereich der Ideologie zu begrenzen war und zu einer allgemeinen Verschlechterung der gerade erst normalisierten Beziehungen führen würde? Abgesehen davon, daß in diesem Fall die internationale Isolierung zunehmen würde, mußte die Möglichkeit einer weiteren amerikanisch-sowjetischen Annäherung einkalkuliert werden, durch die sich die Stellung Pekings im „strategischen Dreieck“ wieder verschlechtern würde. Grenzte man sich dagegen nicht grundsätzlich — und politisch — gegen die Reformen Gorbatschows ab, so war zu befürchten, daß dessen Ideen auch auf China übergreifen und sich die eigenen Probleme weiter verschärfen würden. Die Hochrufe der Pekinger Studenten auf

Gorbatschow dürften der chinesischen Führung noch immer in den Ohren klingen.

Wir wissen noch wenig über den Verlauf der Diskussionen und Entscheidungsprozesse in den chinesischen Führungsgremien, die den neuen außenpolitischen Kurs festlegten, sowie über die dabei vertretenen Positionen. Daß die Haltung Dengs eine entscheidende Rolle spielte, ist wahrscheinlich. Anhaltspunkte für die von ihm vertretene Position und die Grundlinien der zukünftigen Strategie Pekings finden sich in einem Bericht der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* über eine parteiintern als „extrem wichtig“ eingestufte Rede Dengs auf einer dreitägigen Arbeitstagung des Politbüros des ZK am 10., 11. und 14. April 1990⁹⁾. Unmittelbarer Anlaß dieser Tagung war vermutlich der für Ende April vorgesehene Besuch des chinesischen Premiers Li Peng in Moskau, über den noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestanden. Im Rahmen der Debatten entschied man aber nicht nur über die zukünftige Haltung gegenüber der Sowjetunion, deren Kernpunkte der Verzicht auf eine öffentliche Kritik an der Politik Gorbatschows, die Durchführung der Reise von Li Peng und der Ausbau der bilateralen Beziehungen waren, sondern man legte auch insgesamt die außenpolitische Grundrichtung fest. Danach soll dem Westen gegenüber eine Politik der Aufsplitterung betrieben werden. Während die feste Haltung gegenüber Washington beibehalten werden soll, soll das Verhältnis zu Tokio ausgebaut werden — offenbar in der Absicht, das sich in der Kritik an China eher zurückhaltende Japan gegen die USA und Westeuropa, deren Kritik besonders heftig ausgefallen war, auszuspielen. Intensiviert werden sollen auch die Beziehungen zu den verbleibenden sozialistischen Ländern; schon Anfang dieses Jahres hatte Deng unter dem Eindruck der Ereignisse in Osteuropa — als einen Versuch, den Sozialismus zu retten — zu einer engen Zusammenarbeit der kommunistischen Länder Asiens aufgerufen¹⁰⁾. Besondere Aufwertung sollen schließlich auch die Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt erfahren.

Ein Plädoyer für eine verstärkte Hinwendung Chinas zur Dritten Welt enthält auch ein weiterer Bericht über Äußerungen Dengs. „In den vergangenen Jahren“, so Deng in der zweiten Juli-Hälfte 1990, „haben wir uns nur auf einen Erdteil (d. h. den Westen) konzentriert und den anderen (d. h. die Dritte Welt) vernachlässigt. Deshalb waren einige alte Freunde von uns enttäuscht. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres faßten wir den Entschluß, unseren (außenpolitischen) Kurs zu revidieren, und noch nicht einmal ein Jahr danach

stellten sich die (ersten) Erfolge ein . . . Die USA und andere westliche Staaten haben gegen uns Sanktionen verhängt, doch diejenigen, die uns wirklich Sympathie entgegenbringen und uns unterstützen, sind nach wie vor einige alte Freunde unter den Entwicklungsländern.“¹¹⁾

Ein Blick auf die Abläufe der chinesischen Außenpolitik seit dem Sommer 1989 bestätigt im wesentlichen die oben skizzierten strategischen Grundlinien. Das gilt insbesondere für das Verhältnis gegenüber den beiden Weltmächten:

1. Sowjetunion

Das starke Unbehagen der Pekinger Führung an der Politik Gorbatschows hatte sich seit dem Umbruch in Osteuropa in einer Reihe parteiinterner Papiere niedergeschlagen. So hatte ein Positionspapier des ZK-Sekretariats dem von Gorbatschow vertretenen „demokratischen Sozialismus“ vorgeworfen, den marxistisch-leninistischen Grundprinzipien zu widersprechen, opportunistisch nach dem Beifall des Westens zu spielen und den Klassenkampf in den internationalen Beziehungen zu leugnen. Zudem hatte man Valentin Falin, dem Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, während seines Besuchs im Dezember 1989 vorgehalten, Gorbatschow benehme sich nicht wie ein Kommunist, sondern wie ein Sozialdemokrat¹²⁾.

Wenn die chinesische Führung ihre Kritik nicht veröffentlichte, so lagen diesem Entschluß verschiedene Ursachen zugrunde: Zum einen hatte sich auch Gorbatschow nicht zu einer öffentlichen Kritik an der Entwicklung in China entschlossen — obwohl diese kaum seinen eigenen Vorstellungen entsprach. Zum anderen geboten die Prinzipien der „friedlichen Koexistenz“, auf denen die wiederhergestellten Beziehungen basieren, „Nichteinmischung“ in die internen Angelegenheiten. Drittens lag — wie oben gezeigt — ein größerer Konflikt mit Moskau nicht im strategischen Interesse Chinas. Und viertens hatte sich seit dem Pekinger Gipfel die Zusammenarbeit zufriedenstellend entwickelt: So waren die Vorarbeiten einer gemeinsamen Kommission bezüglich einer langfristigen Kooperation in den Bereichen Energiewirtschaft, Verkehrswe-

¹¹⁾ *Zhengming*, August 1990, S. 15, zitiert nach: *China aktuell*, Juli 1990, S. 513.

¹²⁾ Vgl. dazu im einzelnen Dieter Heinzig, *Die Sowjetunion und China: Einem neuen Konflikt entgegen?*, in: *Außenpolitik*, (1990) 3, S. 258—267; Auszüge eines nur für obere Parteikader bestimmten Dokumentes des ZK der KP Chinas mit dem Titel „Informationsmaterialien über die Plenartagung des ZK der KPdSU“, in dem die Pekinger Führung ihre Position zur Politik Gorbatschows erstmals schriftlich zu Protokoll gab, veröffentlichte die Zeitschrift *Zhengming* in ihrer Mai-Ausgabe 1990; eine deutsche Übersetzung der wichtigsten Passagen findet sich in: *China aktuell*, April 1990, S. 260 f.

⁹⁾ Vgl. *Zhengming*, Mai 1990, S. 6—8.

¹⁰⁾ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. Januar 1990.

sen und Konsumgüter-Industrie soweit vorangeschritten, daß unterschrittsreife Verträge vorlagen. In einem kräftigen Aufwind befand sich auch der Handel, dessen Volumen sich zwischen 1981 und 1989 von 0,22 Mrd. US-Dollar auf 3,8 Mrd. US-Dollar erhöhte und bei dem eine weitere achtprozentige Steigerungsrate im kommenden Jahr erwartet wird¹³). Zudem waren im November 1989 Verhandlungen über den Abbau der militärischen Potentiale und die Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen in den Grenzgebieten angelaufen.

Die oben angeführten Gründe bestimmten letztlich auch die Entscheidung zur Zurückstellung der politisch-ideologischen Differenzen und zur Durchführung der Reise Li Pengs — es war der erste Besuch eines chinesischen Premiers in Moskau seit 26 Jahren. Der Verlauf und die Ergebnisse des Besuchs (23. bis 26. April 1990) entsprachen dem Stand und Charakter der derzeitigen Beziehungen zwischen Moskau und Peking: Nüchternheit und Geschäftsmäßigkeit dominierten, und es war durchaus bezeichnend, daß man auf die Veröffentlichung eines Kommuniqués verzichtete¹⁴).

Der chinesische Premier war sichtlich bemüht, dem Eindruck chinesischer Kritik an der Sowjetunion entgegenzuwirken. Hatte das Pekinger Kommuniqué befunden, daß „Differenzen in bestimmten Bereichen den bilateralen Beziehungen nicht im Wege stehen werden“, so deckte Li Peng nun in Moskau die unterschiedlichen Positionen mit der Feststellung zu: „Der sozialistische Weg muß kontinuierlich erforscht werden. Die Sowjetunion hat ihre Methoden und China hat seine. Dies schafft für die staatlichen und Parteibeziehungen jedoch keine Hindernisse.“ Zudem betonte er wiederholt das Prinzip der „Nichteinmischung“ in die inneren Angelegenheiten und forderte die Weiterentwicklung der freundschaftlich-nachbarlichen Beziehungen im Geiste des Pekinger Kommuniqués und der Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Keiner der sechs Verträge, die während des Besuchs unterzeichnet wurden, ist spektakulär; insgesamt unterstrichen sie den Willen beider Seiten, das Potential der gemeinsamen Interessen auszuschöpfen. Unter anderem handelte es sich um ein langfristiges Abkommen über Kooperation und Entwick-

lung in Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie; um ein Kooperationsabkommen über die friedliche Nutzung und Erforschung des Weltraums; um ein Abkommen über eine beiderseitige Reduzierung der Truppen im chinesisch-sowjetischen Grenzgebiet und über vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich sowie um ein Protokoll über Konsultationen zwischen dem Außenministerium der Volksrepublik China und der UdSSR. Knapp und pauschal fielen auch in Moskau wieder die offiziellen Stellungnahmen zu den beiden Regionalkonflikten aus, in die beide Seiten indirekt involviert sind: Hinsichtlich des Kambodscha-Problems sprach man sich für eine „gerechte, rationale und allumfassende Lösung“ aus und betonte die wichtige Rolle der UNO; weiter versprach man, der Dialog zwischen Nord- und Südkorea zu unterstützen und zur Schaffung der Voraussetzungen für eine Vereinigung der beiden Länder beizutragen.

Die letzte Stufe und zugleich den bisherigen Höhepunkt im sino-sowjetischen Verhältnis bildete schließlich das Treffen der beiden Außenminister Qian Qichen und Edward Schewardnadze in der chinesischen Stadt Harbin am 1. September 1990. Gegenstand der Gespräche war insbesondere die Lage im Persischen Golf, aber auch die Entwicklungen in Europa und im asiatisch-pazifischen Raum. Man erörterte ausführlich den Kambodscha-Konflikt, der nach Ansicht beider Außenminister in die „entscheidende Phase“ eingetreten sei und erklärte sich zufrieden mit den im UN-Sicherheitsrat getroffenen Beschlüssen für eine politische Lösung¹⁵).

Abgesehen von der Übereinstimmung in ihren Ansichten zu den internationalen Fragen brachten die Minister auch die bilateralen Probleme einen wichtigen Schritt weiter: so setzte man Gespräche über Truppenreduzierungen für den 10. September 1990 in Moskau und das nächste reguläre Treffen der Arbeitsgruppen für die Grenzverhandlungen für die zweite Oktoberhälfte in Peking an. Beide Verhandlungsrunden haben inzwischen begonnen.

Insgesamt vermittelten die Erklärungen der beiden Politiker den Eindruck, daß die ideologischen Irritationen weitgehend abgeklungen und sich beide Seiten inzwischen erheblich nähergekommen sind. Dazu dürfte auch die konstruktive Haltung Moskaus beim Abbau der „militärischen Konfrontationsstruktur“ zwischen den beiden Ländern beigetragen haben. So kündigte Schewardnadze nur wenige Tage nach dem Harbin-Treffen in einer programmatischen Rede in Wladiwostok für 1991 eine Reduzierung der sowjetischen Landstreitkräfte in

¹³) Statistisches Material bei Gu Guanfu, Chinesisch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen, in: Beijing Rundschau, 17/1990, S. 10–14.

¹⁴) Text der offiziellen Mitteilung über den Besuch Li Pengs in der UdSSR: TASS/russ./26. 4. 1990, in: BPA/Ostinformationen (= OI), 27. 4. 1990; zur Bewertung des Besuchs auf chinesischer Seite s. den Leitartikel der Renmin Ribao vom 28. April 1990 sowie die Analyse von Gu Guanfu und Chun-tu Hsueh, Prinzipien neuer Art in den gegenseitigen Beziehungen, in: Beijing Rundschau, 3/1990, S. 9–14.

¹⁵) Vgl. Pressemitteilung über die Außenminister-Gespräche: TASS/russ./2. 9. 1990 in BPA/OI/3. 9. 1990; Auszüge der chinesischen Presseerklärung in: Beijing Rundschau, 38/1990, S. 8–10.

Fernost um zwölf Divisionen, die Auflösung von elf Geschwadern und den Abzug von 16 Kriegsschiffen der Pazifik-Flotte an.

Während die chinesische Führung diese Ankündigung ohne Zweifel mit Befriedigung aufgenommen hat, löste ein anderer Vorschlag des sowjetischen Außenministers — die Schaffung von Verhandlungsmechanismen zur Diskussion aktueller Probleme im asiatisch-pazifischen Bereich — bislang in Peking noch kein Echo aus¹⁶⁾. Sollte sich die chinesische Führung dazu entschließen, diese Initiativen Moskaus nicht weiter zu ignorieren, sondern tatkräftig zu unterstützen, so könnte auch in dieser Region ein Prozeß anlaufen, der wesentlich zur Stabilität beitragen würde.

2. USA

Während sich das Verhältnis zwischen Peking und Moskau in konstruktiver Weise entwickelt, sind die amerikanisch-chinesischen Beziehungen noch weit von dem Zustand entfernt, den sie vor den Pekinger Ereignissen hatten. Schon vor dem 4. Juni 1989 hatten sich Kongreß und Weißes Haus in ihrer Haltung gegenüber Peking deutlich unterschieden: Während der amerikanische Kongreß vehement gegen die chinesische Familienplanungspolitik zu Felde zog, die Politik Pekings in Tibet scharf kritisierte und sich auch immer wieder kritisch über die zögerliche Liberalisierungspolitik der chinesischen Führung äußerte, übte die amerikanische Regierung eher Zurückhaltung und bemühte sich um gute Beziehungen. Bezeichnenderweise unternahm Präsident George Bush seine erste Auslandsreise vom 25. bis 27. Februar 1989 nach China; es war ein Besuch, der von beiden Seiten überaus freundlich beurteilt wurde. Und als ein Kommentator der Pekinger Volkszeitung am 1. Mai 1989 eine Bilanz der ersten hundert Tage des amerikanischen Präsidenten zog, fiel diese positiv aus; Bushs Außenpolitik wurde sogar als klüger und realistischer als die seines Vorgängers beurteilt — sie betone weniger die Ideologie und mehr den Pragmatismus¹⁷⁾.

Die gleiche Rollenverteilung in der Einschätzung Chinas durch die USA wie vor dem Juni-Massaker zeigte sich auch danach. Während der amerikanische Kongreß seine Empörung über die Ereignisse zum Ausdruck brachte und Mitte November einen Gesetzentwurf annahm, der Sanktionen gegen China vorsah¹⁸⁾, und zugleich Schritte einleitete, um die 36 000 chinesischen Studenten und Wissenschaftler, die mit einem Jahresvisum in den USA studierten, von der Verpflichtung zu befreien, nach

Studienabschluß für mindestens zwei Jahre nach China zurückzukehren, beschränkten sich die Sanktionen der Administration auf das Nötigste. Präsident Bush wurde in dieser Haltung von dem früheren Präsidenten Richard Nixon und dessen Außenminister Henry Kissinger bestärkt. China bleibe „zu wichtig für Amerikas nationale Sicherheit“, so argumentierte Kissinger, „als daß die Beziehungen wegen der Gefühlsregungen des Augenblicks aufs Spiel gesetzt werden dürften. Die Vereinigten Staaten benötigten China als ein mögliches Gegengewicht zu sowjetischen Absichten in Asien. China andererseits benötigte die Vereinigten Staaten als ein Gegengewicht zu Ambitionen sowohl der Sowjetunion als auch Japans. Dafür werde China einen moderierenden Einfluß in Südostasien und Korea ausüben und Amerika in anderen Regionen der Welt nicht herausfordern“¹⁹⁾.

Vermutlich waren es vor allem diese Erwägungen, die Präsident Bush dazu veranlaßten, trotz der offiziellen Aussetzung hochrangiger Kontakte bereits im Juli 1989 seinen Sicherheitsberater Brent Scowcroft und den stellvertretenden Außenminister Lawrence Eagleburger in geheimer Mission — noch einmal Anfang Dezember, dann allerdings offen — nach Peking zu senden und gegen Ende 1989 die gegen China verhängten Sanktionen zu lockern.

So bewilligte der amerikanische Präsident den Verkauf von drei Satelliten, die im Auftrag Australiens und eines asiatischen Konsortiums von chinesischen Raketen in den Weltraum transportiert werden sollten und gestattete es der Export-Import-Bank, Aktivitäten von amerikanischen Firmen in China zu finanzieren²⁰⁾.

Gegen das im Kongreß beschlossene Gesetz, das den Aufenthalt chinesischer Studenten in den USA großzügig ausweitete, legte der Präsident sein Veto ein und brachte es damit zu Fall. Zwar hatte das Repräsentantenhaus das präsidentielle Veto mit der überwältigenden Mehrheit von 390 gegen 25 Stimmen zurückgewiesen; im Senat, der das Veto ebenfalls mit 62 gegen 37 Stimmen zurückwies, wurde jedoch nicht die für eine Zurückweisung des präsidentiellen Vetos erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht. Der Präsident, der die Aufenthaltsfrage mittels einer Verordnung regeln wollte, hatte argumentiert, daß eine gesetzliche Regelung Peking veranlassen könnte, den Studentenaustausch gänzlich zu unterbinden und daß sie zudem die Bemühungen behindern würde, die strate-

16) Text der Rede Schewardnadzes: TASS/russ./4. 9. 1990, in: BPA/OI/6. 9. 1990.

17) Vgl. Renmin Ribao vom 1. Mai 1989.

18) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 9. November 1989.

19) Henry A. Kissinger, Amerika kann auf China nicht verzichten, in: Welt am Sonntag vom 30. Juli 1989; s. dazu auch Richard Nixon, China darf nicht isoliert werden, in: Die Zeit, Nr. 27 vom 30. Juni 1989.

20) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 21. Dezember 1989.

gisch wichtige Atommacht China weltpolitisch nicht zu isolieren²¹⁾.

Angesichts der kontinuierlichen Zurückhaltung der Bush-Administration und ihrer Bemühungen um eine Milderung der Sanktionen des Kongresses und eine Verbesserung der Beziehungen zu Peking, hatte sich die chinesische Kritik von Anfang an gegen den Kongreß gerichtet, dem die Pekinger Volkszeitung eine flagrante Verdrehung der Tatsachen und dreiste Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas vorwarf. Bush hingegen attestierte man Klugheit bei der Behandlung der Vorgänge²²⁾.

Insgesamt verbinden sich in den chinesischen Reaktionen zwei Momente: Einerseits verteidigt man das Vorgehen gegen die Studenten als gerechtfertigt, verwahrt sich gegen die Einmischung des Kongresses und die von ihm beschlossenen Sanktionen und unterstreicht damit die feste, gegen äußeren Druck resistente Haltung. Andererseits bekennt man sich immer wieder zur weltpolitischen Bedeutung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen, verweist auf ihre noch unausgeschöpften Potentiale und betont die Bereitschaft zu ihrer Erneuerung.

Ihren deutlichsten Ausdruck fand diese Haltung in einer Rede des chinesischen Außenministers Qian Qichen am 2. Oktober 1989 vor dem amerikanischen Rat für auswärtige Beziehungen. In dieser Rede empfahl er Washington, „die Unterschiede anzuerkennen und zu respektieren, nach Gemeinsamen (zu) suchen und es auszubauen“²³⁾. Ähnlich – zum Teil wörtlich – argumentierten auch die meisten der anderen chinesischen Spitzenfunktionäre, unter ihnen Deng Xiaoping und Premier Li Peng. Auch Generalsekretär Jiang Zemin erklärte am 2. Mai 1990 in einem Interview mit der amerikanischen Fernsehjournalistin Barbara Walters, daß es keinen fundamentalen Interessenkonflikt zwischen China und den USA gebe und es sich deshalb für beide Seiten empfehle, „ihre Beziehungen im grundlegenden Interesse beider Völker rasch zu normalisieren“²⁴⁾.

Einen wichtigen Schritt zur Entlastung der Beziehungen stellte am 25. Juni die Entscheidung der chinesischen Regierung dar, dem prominentesten chinesischen Dissidenten Fang Lizhi und seiner Frau Li Shuxian, die nach der Niederschlagung der Demokratie-Bewegung in der Pekinger Botschaft der USA Zuflucht gefunden hatten, die Ausreisegenehmigung zu erteilen. Die Erlaubnis zur Aus-

reise wurde von einem amerikanischen Regierungssprecher als „weitsichtiger, bedeutsamer Schritt“ bezeichnet, der „die Atmosphäre für Fortschritt in unseren bilateralen Beziehungen verbessern wird“²⁵⁾.

Zu einem solchen Fortschritt kam es nur wenige Tage später auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Houston (9. Juli 1990), als sich die westlichen Staaten zwar noch nicht zur Aufhebung der gegen China verhängten Sanktionen entschlossen, Japan jedoch die Gewährung eines hohen Kredits an China freistellten. Einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Normalisierung hatte schon zuvor die Verlängerung der Meistbegünstigungsklausel für China dargestellt, für deren Verweigerung sich ebenfalls eine Gruppe von Abgeordneten stark gemacht hatte²⁶⁾.

Die zunehmende Entspannung macht sich nicht nur in den bilateralen Beziehungen – insbesondere im Handelsbereich – bemerkbar, sondern auch im Verzicht Pekings auf die Lieferung landgestützter Mittelstreckenraketen in den Nahen Osten, bei der Anbahnung von Gesprächen mit Pyonyang, vor allem aber im Rahmen des UN-Sicherheitsrats bei der Suche nach einer politischen Lösung für Kambodscha und einer Zusammenarbeit in der Golfkrise. Obwohl mit einer Aufhebung der noch bestehenden amerikanischen Sanktionen in absehbarer Zeit zu rechnen ist, dürfte es jedoch noch eine Zeitlang dauern, bis die Spuren, die das vergangene Jahr hinterließ, verschwunden sind.

Vergleicht man das derzeitige Verhältnis Pekings zu den beiden Weltmächten mit demjenigen vor dem 4. Juni 1989, so ist zwar keine grundlegende Veränderung erkennbar, wohl aber eine weitere Stabilisierung des angestrebten Mittelkurses. Während sich die Beziehungen zu Moskau konstruktiv in die auf dem Pekinger Gipfel vorgegebene Richtung weiterentwickelt haben, ist das Verhältnis zu Washington – bei aller Bedeutung, die ihm beigemessen wird – reservierter geworden. Bestimmend bleibt weiterhin das Bestreben nach „Unabhängigkeit“ Chinas von beiden Weltmächten. Die Erfahrungen des vergangenen Jahres, die von Peking in der Perspektive der westlichen Sanktionspolitik nach 1949 und der sowjetischen Pressionen im Jahre 1960 gesehen werden²⁷⁾, dürften diese Neigung erheblich gefördert haben. Weniger denn je kann eine der beiden Weltmächte heute von sich sagen, China

²¹⁾ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 27./28. Januar 1990.

²²⁾ Vgl. Radio Peking/engl./6. 7. 1989, in: BPA/OI/7. 7. 1989.

²³⁾ Auszüge in: Beijing Rundschau, 41/1989, S. 9–12.

²⁴⁾ Beijing Rundschau, 23/1990, S. 12–15.

²⁵⁾ Süddeutsche Zeitung vom 26. Juni 1990.

²⁶⁾ Vgl. dazu Far Eastern Economic Review (= FEER), 19. April 1990, S. 12, sowie China aktuell, Mai 1990, S. 341.

²⁷⁾ Vgl. Zhou Ying, Sanktionen können Chinas Entwicklung nicht behindern, in: Beijing Rundschau, 40/1990, S. 14–17.

als „Karte“ im Poker der internationalen Politik einsetzen zu können.

3. Westeuropa und Japan

Um die „Unabhängigkeit“ weiter abzusichern, ist es für die chinesische Führung allerdings nicht nur notwendig – unter Zurückstellung aller ideologischen Vorbehalte und politischen Ressentiments –, die Vorteile entspannter Beziehungen zu Washington und Moskau für den wirtschaftlichen Aufbau Chinas zu nutzen. Ebenso wichtig ist es, die Zusammenarbeit mit anderen Staaten und Staatengruppen weiter zu entwickeln. Um diese im Falle einer erneuten Spannung mit einer oder gar beiden Weltmächten als Rückhalt und Widerlager nutzen zu können, ist es freilich notwendig, auch deren Unabhängigkeit gegenüber Washington und Moskau zu stärken. Die sich seit einigen Jahren vollziehenden Machteinbußen der beiden Supermächte und die ihn begleitende Auflösung der bipolaren Machtstruktur der Welt in ein multipolares Gefüge mit mehreren starken Machtzentren kommt diesem Ziel der chinesischen Außenpolitik zweifellos entgegen.

Die wichtigsten Gegengewichte zu den beiden Weltmächten in der sich herausbildenden multipolaren Struktur sind Japan und Westeuropa. Peking hatte sich deshalb seit Beginn der siebziger Jahre verstärkt um die Herstellung guter Beziehungen bemüht, die zu Beginn der achtziger Jahre im Wege der „Modernisierungspolitik“ weiter ausgebaut wurden. Daran hat sich grundsätzlich auch nach dem 4. Juni 1989 nichts geändert. Wenn in der oben zitierten, von Deng Xiaoping vorgegebenen, strategischen Grundrichtung Westeuropa nur eine recht unbedeutende Rolle einnimmt, während die Bedeutung der chinesischen Beziehungen zu Japan besonders herausgestrichen wird, so ist dies weniger darauf zurückzuführen, daß die Westeuropäer ihre Empörung über das Tiananmen-Massaker ebenso laut und deutlich artikulierten wie die USA (allerdings mit der gleichen Rollenverteilung), wohingegen sich Japan mit seiner Kritik deutlich zurückhielt. Es ist vielmehr Ausdruck einer veränderten weltpolitischen Lage.

Westeuropa bildete – aus chinesischer Sicht – seit Beginn der siebziger Jahre den „strategischen Schwerpunkt“ im Ringen der beiden „Supermächte“ um die Weltherrschaft; diese Einschätzung hatte zu Beginn der achtziger Jahre durch den NATO-Nachrüstungsbeschluß und die drohende Nach-Nachrüstung des Warschauer Pakts neue Aktualität erfahren. Mit den Entwicklungen der vergangenen Jahre – der Entspannung zwischen Moskau und Washington, den Vorgängen in Mittel- und Osteuropa, dem Zerfall des Warschauer Pakts und der deutschen Wiedervereinigung – hat sich die

strategische Lage allerdings grundlegend geändert; von einem strategischen Ringen um Europa kann nun keine Rede mehr sein. Gleichzeitig befindet sich auch das sino-sowjetische Verhältnis in einem tiefgreifenden Prozeß der Entspannung, der vom Abbau der „militärischen Konfrontationsstruktur“ zwischen den beiden Mächten begleitet wird. Durch beide Prozesse hat Westeuropa für China seine Doppelfunktion als Entlastungsfront und als potentieller Allierter gegenüber der Sowjetunion, die Peking ihm lange zugedacht hatte, weitgehend verloren.

Das Ende der europäischen Spaltung, der Systemwechsel in Polen, Ungarn und der ČSSR, die deutsche Vereinigung und die Verpflichtung Bonns, die Reformpolitik Gorbatschows in der Sowjetunion finanziell zu unterstützen, wird aber auch wirtschaftlich nicht ohne Folgen für China bleiben. Schon vor diesen Entwicklungen hatte die chinesische Führung immer wieder über die geringe Investitionsneigung der westeuropäischen Staaten geklagt. So belegte die EG mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 1,7 Mrd. US-Dollar zwischen 1979 und 1987 lediglich einen abgeschlagenen vierten Platz unter den ausländischen Investoren. Es ist anzunehmen, daß angesichts des Sanierungsbedarfs der Wirtschaften Osteuropas, ihrer geographischen Nähe zu Westeuropa und der latenten Unsicherheit über die weitere Entwicklung in China die Kapitalströme aus Europa noch spärlicher fließen werden. Seit Einleitung der Reformpolitik Anfang der achtziger Jahre waren, nach offiziellen chinesischen Berechnungen, 36,6 Mrd. US-Dollar ausländisches Kapital investiert und mehr als 25 000 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung gegründet worden. 1989 waren es insgesamt 5,6 Mrd. US-Dollar, die investiert wurden, – sechs Prozent mehr als im Vorjahr²⁸⁾.

Erheblich stärker als die Bemühungen um die Bereinigung der gestörten Beziehungen zu den Staaten Westeuropas war denn auch das Werben Pekings um Japan. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Japan ist für China nicht nur der mit Abstand interessanteste Handelspartner, sondern auch einer der größten Investoren und Kreditgeber. Hinzu kommt, daß der östliche Wirtschaftsgigant aufgrund seiner jüngsten Vergangenheit von Peking bei Bedarf psychologisch unter Druck gesetzt und zu Wohlverhalten veranlaßt werden kann. Beides erklärt, warum Tokio auf die Vorgänge in China nur zurückhaltend reagiert hatte – und selbst dies wohl nicht zuletzt aufgrund des Drucks seiner westlichen Verbündeten –, und warum es auch als erste der westlichen Mächte Anstalten traf, die gegen Peking verhängten Sanktionen abzubauen.

²⁸⁾ Vgl. ADN/27. 9. 90/in: BPA/OI/28. 9. 90.

Schon am 11. August 1989 hatte die neu ins Amt gekommene Regierung Kaifu erklärt, die Zusammenarbeit mit China auf der Basis der Prinzipien der gemeinsamen japanisch-chinesischen Erklärung von 1972 weiterführen zu wollen. Kurz darauf setzten auch die Wirtschaftsbeziehungen wieder ein, und auch die japanischen Banken signalisierten, trotz der schwierigen finanziellen Lage Pekings, ihr anhaltendes Interesse am China-Geschäft. Anfang Juni 1990 kam es zur Gründung eines japanisch-chinesischen Investitionsausschusses, und kurz darauf tagte in der chinesischen Metropole die „Kommission für japanisch-chinesische Freundschaft im 21. Jahrhundert“. Auf chinesisches Drängen – und ohne Widerspruch der anderen westlichen Industrieländer – kündigte der japanische Ministerpräsident Toshiki Kaifu auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Houston die Freigabe eines noch von seinem Vorgänger Takeshita Ende 1988 vereinbarten, nach den Pekinger Ereignissen aber eingefrorenen Großkredits in Höhe von 810 Mrd. Yen (umgerechnet ca. 5,4 Mrd. US-Dollar)²⁹⁾ an. Mitte September einigten sich dann beide Staaten darauf, ihr Ende des Jahres auslaufendes Handelsabkommen zu verlängern. Durch diese verschiedenen Maßnahmen dürfte die wirtschaftliche Zusammenarbeit starken Aufwind erhalten und auch dem Besuch japanischer Kabinettsmitglieder in Peking nichts mehr im Wege stehen.

Das chinesische Interesse an Japan ist allerdings nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern erklärt sich auch aus dem Bedeutungszuwachs des asiatisch-pazifischen Raumes und dem zunehmenden militärischen und politischen Gewicht Tokios³⁰⁾. Von unmittelbarem Interesse ist dabei die sich anbahnende, in ihren Auswirkungen auf China allerdings schwer kalkulierbare japanisch-sowjetische Verständigung. Daß Gorbatschow bei seinem nun für April 1991 angesetzten Besuch in Tokio durch weitgehende Zugeständnisse dazu beitragen wird, die Visite zum „größten Wendepunkt in den sowjetisch-japanischen Beziehungen“ werden zu lassen – so die gemeinsame sowjetisch-japanische Presseerklärung anlässlich des vorbereitenden Besuchs von Edward Schewardnadze – erscheint sicher³¹⁾. Obwohl ein verbessertes Verhältnis Tokios zu Moskau den politischen und wirtschaftlichen Spielraum Japans auch gegenüber Peking erweitern würde, ist nicht damit zu rechnen, daß es in absehbarer Zeit zu einer engeren sowjetisch-japanischen Zusammenarbeit zu Lasten Chinas kommen wird. Gegen die Größe des chinesischen Marktes und die kulturelle

Nähe der beiden Staaten hat Moskau wenig ins Feld zu führen.

4. Dritte Welt

Wenn Deng Xiaoping eine Vernachlässigung der Dritten Welt zugunsten der westlichen Industriestaaten eingestand, so entsprach dieses Eingeständnis durchaus den Tatsachen. Denn obwohl sich China seit seinem Austritt aus dem „sozialistischen Lager“ der Dritten Welt zurechnete und diese als die fortschrittlichste Kraft in der gegenwärtigen Phase der Geschichte feierte, waren diese Bekundungen politisch und wirtschaftlich eher folgenlos geblieben. Weder trat Peking einer jener Dritte-Welt-Gruppierungen bei, die sich international für die Interessen der Entwicklungsländer engagierten – etwa der Blockfreienbewegung, der Gruppe 77 oder der OPEC –, noch profilierte es sich außerhalb dieser Bewegungen politisch oder programmatisch für die Belange der Dritten Welt; das Profil anderer Staaten – etwa Indiens – war in dieser Hinsicht viel ausgeprägter.

Eher deklaratorisch blieben auch die chinesischen Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung. Sie hinderten Peking nicht einmal daran, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds – den beiden Säulen des Bretton-Wood-Systems – beizutreten. Auch im Außenhandel Chinas spielten die Entwicklungsländer – im Vergleich mit den westlichen Industriestaaten – eine sekundäre Rolle; so betrug 1989 die chinesischen Exporte in die Entwicklungsländer (ohne Hongkong) lediglich 13,8 Prozent, die Importe 16,8 Prozent des Außenhandels³²⁾. Und während in den achtziger Jahren die Entwicklungshilfeleistungen Chinas an Länder der Dritten Welt weiter zurückgingen, entwickelte sich die Volksrepublik gleichzeitig – da sie über eine ähnliche Exportpalette wie diese verfügte – durch seine zunehmenden Exporte zu einem der größten Konkurrenten auf dem Weltmarkt.

Wie ernst zu nehmen sind vor diesem Hintergrund die Gelöbnisse Deng Xiaopings, sich in Zukunft stärker der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern zuzuwenden?

Sieht man einmal davon ab, daß der bisher verstrichene Zeitraum noch zu kurz und das empirische Material zu knapp ist, um gesicherte Aussagen zu machen, so läßt ein Blick auf die Aktivitäten Pekings während des vergangenen Jahres keinen spektakulären Kurswechsel in Richtung Dritte Welt er-

²⁹⁾ Vgl. China aktuell, Juli 1990, S. 518–519.

³⁰⁾ Vgl. dazu Paul Kevenhörster, Japans Außenpolitik im Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/90, S. 36–46.

³¹⁾ Vgl. TASS/russ. 7. 9. 1990, in: BPA/OI/7. 9. 1990.

³²⁾ Vgl. Deutsches Institut für Weltwirtschaftsforschung Berlin, Wochenbericht 5/90, S. 59; zur chinesischen Dritte-Welt-Politik s. L. Harris/R. Worden (Eds.), China and the Third World, Dover 1986; Samuel S. Kim, The Third World in Chinese World Policy, Princeton 1989.

kennen. Erkennbar ist dagegen dreierlei: 1. eine Zunahme der Reisetätigkeit chinesischer Spitzenpolitiker in die verschiedenen Regionen der Dritten Welt; 2. Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zu den verbleibenden „sozialistischen“ Staaten, bei denen es sich weitgehend um Entwicklungsländer handelt; sowie 3. eine Intensivierung der chinesischen Politik im asiatisch-pazifischen Raum.

Schon einmal — zu Beginn der sechziger Jahre — als sich Mao Zedong in eine gleichzeitige Konfrontation mit beiden „Supermächten“ manövriert hatte und sich auch die westlichen Mittelmächte gegenüber chinesischen Bemühungen um eine Aufwertung der zwischenstaatlichen Beziehungen reserviert verhielten, hatte die chinesische Führung ein Bündnis mit der Dritten Welt avisiert. Zhou Enlai hatte damals seine berühmte Afrika-Reise durchgeführt. Nach dem 4. Juni 1989, als westliche Politiker Peking mieden und Besuche chinesischer Spitzenfunktionäre in den westlichen Metropolen als unerwünscht galten, war eine ähnliche Reaktion erkennbar: Auch jetzt versuchte man, das verlorene Terrain im Westen (nach dem Sturz der sozialistischen Regime in der DDR, der ČSSR und in Rumänien auch im Osten) durch verstärkte diplomatische Aktivitäten in den Entwicklungsländern zu kompensieren — zumal von vielen dieser Staaten Verständnis für das chinesische Vorgehen gegen die Demokratie-Bewegung bekundet worden war.

So unternahm Außenminister Qian Qichen vom 26. Juli bis 12. August 1989 eine längere Reise durch sechs afrikanische Länder, während sein Staatssekretär fast gleichzeitig fünf andere Metropolen Afrikas besuchte. Im September schloß sich eine Reise des Außenministers in vier Staaten des Nahen Ostens an; Mitte November brach Premier Li Peng zu einer Rundreise durch drei südasiatische Länder auf; Anfang März 1990 startete Qian Qichen erneut zu einem Besuch mehrerer Staaten des Nahen Ostens — unter anderem auch des Iraks —; in der zweiten Maihälfte stattete Staatspräsident Yang Shangkun fünf Staaten Lateinamerikas einen Besuch ab. Ohne Zweifel trugen diese Reisen dazu bei, Pekings Position in der Dritten Welt aufzuwerten und — auf Kosten Taipeis — auszubauen. Letzteres zeigte sich am spektakulärsten am 21. Juli 1990 anlässlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Saudi-Arabien.

Erfolge verzeichnete die chinesische Diplomatie aber auch gegenüber den verbliebenen sozialistischen Staaten, bei denen es sich nach dem Systemwechsel in Osteuropa und Nicaragua vor allem um Länder Asiens handelt. Die für Peking wichtigsten Staaten sind dabei Vietnam und Nordkorea. Abgesehen davon, daß es sich bei beiden Staaten um international isolierte und wirtschaftlich rückstän-

dige Länder handelt, sind auch die chinesischen Beziehungen zu ihnen nicht problemlos. So vollführt die chinesische Diplomatie seit Mitte der achtziger Jahre gegenüber Korea den gewagten Balanceakt, „einer politischen Allianz mit dem Norden eine wirtschaftliche Partnerschaft mit dem Süden“³³⁾ zur Seite zu stellen. Peking ist es gelungen, sich dennoch Pyonyang als zuverlässigen Verbündeten zu präsentieren, was nicht unwesentlich durch die Annäherung Moskaus an Seoul und durch die dann erfolgte Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum 30. September 1990 erleichtert wurde, die erbitterte Attacken Nordkoreas auf die Politik der Perestroika und das „neue Denken“ in der sowjetischen Außenpolitik auslöste³⁴⁾.

Noch schwieriger gestaltete sich die Situation mit Blick auf Vietnam. Abgesehen davon, daß die Haltung Hanois gegenüber Peking deutlich zurückhaltender ist als diejenige Pyonyangs, sind die Beziehungen beider Länder noch immer durch die Spannungen des vergangenen Jahrzehnts sowie die noch immer ungelöste Kambodscha-Frage belastet, in der Peking als Schutzpatron der Roten Khmer fungiert, während Hanoi das von Vietnam an die Macht gebrachte Heng Samrin/Hun Sen-Regime protegirt³⁵⁾. Wenn die chinesische Führung, nachdem sie sich lange gegen das Werben Vietnams um eine Normalisierung der Beziehungen sträubte, inzwischen ihren Widerstand aufgegeben hat, so liegen dem mehrere Motive zugrunde: Es geht ihr um den Schulteranschluß mit einem ideologisch China noch immer sehr nahestehenden sozialistischen Regime; um eine Einflußnahme auf das Verhältnis Vietnam-Kambodscha; und schließlich will sich Peking, gerade auch zur Verbesserung seines Ansehens in der Region und international, als verantwortungsbewußte Ordnungsmacht präsentieren.

Im Zeichen der Normalisierung stehen auch die laotisch-chinesischen Beziehungen. Nachdem sich das bilaterale Verhältnis der beiden Staaten schon Ende 1986 entspannt hatte, wurden Mitte August 1989 auch die Beziehungen zwischen der KP Chinas und der Laotischen Revolutionären Volkspartei (LRVP) formell wieder aufgenommen³⁶⁾. Als Indiz für das Interesse Pekings an einer anhaltenden Verbesserung der Beziehungen können auch die im September 1990 erzielten Fortschritte in den Verhandlungen um eine Lösung der noch offenen

³³⁾ Byung-joon Ahn, *The Soviet Union, China and the Korean Peninsula*, in: *Peace and Cooperation in North-East Asia*, ed. by Dalchoong Kim, Seoul 1990, S. 83–93.

³⁴⁾ Vgl. Auszüge aus einem kritischen Kommentar der Parteizeitung *Modong Sinmun* vom 5. Oktober 1990 in: *DW-Monitor-Dienst, Asien*, Nr. 194, S. 3 f.

³⁵⁾ Vgl. Peter J. Opitz, *Die chinesische Indochina-Politik seit 1975*, in: *ders., Frieden für Kambodscha? (Anm. 7)*.

³⁶⁾ Vgl. *Xinhua News Agency*, 15. August 1989.

Grenzfragen angesehen werden³⁷⁾). Besondere Aufmerksamkeit ließ die chinesische Führung dem unmittelbaren asiatisch-pazifischen Umfeld angedeihen. Im Zentrum des chinesischen Werbens standen dabei weiterhin die Staaten der ASEAN-Gruppe.

Am 8. August 1990 erfolgte anlässlich eines offiziellen Besuchs von Premier Li Peng in Djakarta offiziell die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Indonesien – dem ASEAN-Staat, der China am reserviertesten gegenüberstand³⁸⁾. Es darf als sicher angenommen werden, daß Djakarta sich zur Aussöhnung erst bereitfand, nachdem die chinesische Seite glaubhaft ihre Bereitschaft zur Mithilfe bei einem befriedigenden Kompromiß für Kambodscha zugesichert, aber auch in den bilateralen Problemen großzügige Zugeständnisse gemacht hatte. Mit der Aussöhnung mit Indonesien ist der chinesischen Führung ein wichtiger Schritt zur Durchbrechung seiner außenpolitischen Isolierung gelungen, da inzwischen auch der eine der beiden letzten ASEAN-Staaten, die noch über keine diplomatischen Beziehungen zu China verfügen, aus dem Schritt Djarkatas Konsequenzen zog: Singapur. Nachdem Li Peng und Premier Lee Kuan Yew schon beim Besuch des chinesischen Premiers in Singapur darin übereinstimmten, die Verhandlungen über die Normalisierung „ehestmöglichst“ abzuschließen, gaben die beiden Staaten am 3. Oktober 1990 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bekannt³⁹⁾.

Um eine konstruktive Rolle als regionale Ordnungsmacht bemüht sich Peking zunehmend auch im ältesten Konflikt der Region: auf der koreanischen Halbinsel. Das Terrain ist hier besonders schwierig, denn einerseits haben sich zwischen Peking und Seoul im Laufe der letzten Jahre blühende wirtschaftliche Beziehungen entwickelt, andererseits ist die chinesische Führung an guten Beziehungen zu Pyongyang interessiert und unterstützt international die politische Position Kim Il-sungs, der seinerseits die Niederschlagung der chinesischen Demokratie-Bewegung begrüßte. Da es sich Peking mit keiner der beiden Seiten verderben will – auch Seoul hatte sich in der Bewertung des Massakers sichtlich zurückgehalten – und zugleich an einem Abbau der Spannungen auf der koreanischen Halbinsel interessiert ist, konzentriert sich die chinesische Diplomatie darauf, einen Zustand friedlicher Koexistenz zu vermitteln und zugleich Kim Il-sung zu einer vorsichtigen Öffnungspolitik zu bewegen. Dieser Versuch hat das Ziel, den Norden aus der

internationalen Isolierung herauszuführen, um so die Voraussetzungen für seine wirtschaftliche Sanierung zu schaffen, gleichzeitig aber Nordkorea durch Einbindung in das internationale System zu verantwortlichem Handeln zu veranlassen.

Daß Peking der Sowjetunion folgt und ebenfalls offizielle Beziehungen zu Seoul aufnimmt, ist derzeit wenig wahrscheinlich. Es würde damit seine gute Position in Pyongyang aufs Spiel setzen, ohne in Seoul selbst viel zu gewinnen. Wahrscheinlicher ist, daß die chinesische Führung versuchen wird, die jetzige Schlüsselposition, die ihr einen großen Einfluß auf das Geschehen in Korea sichert, beizubehalten, um für die für das Ende der Ära Kim Il-sungs zu erwartenden Machtkämpfe eine möglichst gute Ausgangsposition zu haben. Dem widerspricht auch nicht die Eröffnung von Handelsbüros, die von chinesischer Seite als ein erster Schritt zur Aufnahme direkter Handelsbeziehungen bezeichnet wurde. Denn auf diese Weise kann Peking vorsichtigen Druck auf Kim Il-sung zur Einnahme einer kompromißbereiteren Haltung ausüben⁴⁰⁾.

5. Beziehungen zu Taiwan

Während beim Abwägen der Argumente, die für oder gegen die formelle Anerkennung Seouls sprechen, die voraussehbaren Reaktionen in Pyongyang ein Abwarten nahelegen, spricht ein anderer Punkt eher dafür: Teil des Preises, den Seoul für die Normalisierung zu zahlen hätte – und zweifellos auch bereitwillig zahlen würde – wäre der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur nationalchinesischen Regierung in Taipei. Mit Seoul würde Taipei den letzten wichtigen Verbündeten in Asien verlieren und noch tiefer in die internationale Isolierung geraten. Allerdings dürfte Peking wissen, daß auch ein solcher Rückschlag die Haltung Taipeis, die in den letzten Jahren zwar sehr viel flexibler, aber nicht nachgiebiger geworden ist, kaum beeinflussen würde. Denn während Peking in Abkommen mit London über Hongkong (am 26. September 1984) und mit Lissabon über Macao (am 26. März 1987) die Weichen für die Rückgliederung dieser beiden Territorien in den chinesischen Staatsverband stellen konnte, gestalteten sich die Bemühungen um die Wiedervereinigung mit Taiwan erheblich schwieriger.

Schon bald nach der amerikanisch-chinesischen Normalisierung hatten sich die Bemühungen der Pekinger Führung intensiviert, die Regierung auf Taiwan durch eine Offensive der Herzlichkeit und Gesten des Entgegenkommens zu einer Wiedervereinigung mit dem Festland zu bewegen. „Ein Land,

³⁷⁾ Vgl. Radio Peking/engl./23. 8. 1990, in: BPA/OI/24. 8. 1990.

³⁸⁾ Einzelheiten s. im gemeinsamen Memorandum, in: Beijing Rundschau, 35/1990, S. 11.

³⁹⁾ Beijing Rundschau, 35/1990, S. 12.

⁴⁰⁾ Typisch für die chinesische Haltung: Zhang Jinfang, Großer Schritt zur Wiedervereinigung Koreas, in: Beijing Rundschau, 35/1990, S. 9f; AFP/30. 9. 90 in: BPA/OI/1. 10. 90.

zwei Systeme“ wurde seit 1984 zur griffigen Formel der neuen Pekinger Strategie. Sie besagte in ihrem Kern, daß Taiwan als Sonderverwaltungsgebiet in einem vereinten China sein vom chinesischen Festland abweichendes gesellschaftliches System beibehalten kann und auch ein hohes Maß an Autonomie behält. Als Modell diente offenbar die in den Verhandlungen mit London gefundene Lösung für Hongkong⁴¹). Gleichzeitig suchte die Pekinger Führung jedoch auch weiterhin – und nicht ohne Erfolg – Taipei international zu isolieren.

Wahrscheinlich als Reaktion auf diesen gefährlichen Trend kam es im Herbst 1988 zu einer tiefgreifenden außenpolitischen Kurskorrektur Taiwans, mit deren Hilfe der neue Präsident Li Denghui die Insel aus der drohenden Isolierung herauszuführen versucht. Die neue Politik hält zwar prinzipiell an der „Ein-China-Politik“ sowie dem Alleinvertretungsanspruch Taipeis fest, ist jedoch im Ton konzilianter und hinsichtlich ihrer praktischen Durchführung geschmeidiger, insofern Taipei nunmehr bereit ist, auch zu denjenigen Staaten diplomatische Beziehungen oder offizielle Handelsbeziehungen aufzunehmen, die diplomatische Beziehungen zu Peking unterhalten.

Neben der internationalen besitzt die neue Strategie auch eine innerchinesische Komponente. So gab die Regierung in Taipei *de facto* seit Oktober 1987 ihre bisherige „Drei-Nein-Politik“ (keine Kontakte, keine Kompromisse, keine Verhandlungen) auf, die sie in Reaktion auf Pekings Politik der „Drei Verbindungen“ (Handel, Transport, Postverkehr) und der „Vier Austausche“ (zwischen Verwandten und Touristen, akademischen Gruppen, kulturellen Gruppen und Sportlern) eingeschlagen hatte. In der Folge kam es zu zahlreichen Verwandtenbesuchen, regelmäßigem Postverkehr und offiziellen Telephonverbindungen mit dem Festland. Zudem stieg der über Hongkong abgewickelte direkte Handel 1988 auf 3,5 Milliarden US-Dollar an, und die Direktinvestition der taiwanesischen Wirtschaft näherten sich der halben Milliarde US-Dollar. Im Mai 1990 propagierte Premier Li Denghui das Konzept „Ein Staat, zwei Regierungen“ und bot Peking „gleichberechtigte Verhand-

lungen“ zunächst über kulturellen Austausch und Handel und daran anschließend auch über die Wiedervereinigung an. Allerdings knüpfte er die Aufnahme dieser Verhandlungen an einige Vorbedingungen: an die Durchführung von Demokratie und Marktwirtschaft auf dem Festland sowie an den Verzicht auf Waffenanwendung gegenüber Taiwan und die Störung der Beziehungen Taiwans zum Ausland.

Obwohl die Pekinger Führung das neue Konzept vehement ablehnte⁴²), war sie doch auch weiterhin bestrebt, die Kontakte nicht abreißen zu lassen. Vereinfacht ausgedrückt, liegt ihrer Politik gegenüber Taiwan auch weiterhin eine Doppelstrategie zugrunde: Einerseits bekämpft sie alles, was die Spaltung verlängern könnte – seien es die Bemühungen Taiwans, sich international fester zu etablieren, seien es die Ansprüche der Regierung in Taipei auf Souveränität und Gleichberechtigung, seien es die Bemühungen von Teilen der einheimischen Bevölkerung um Unabhängigkeit von China. Bezeichnenderweise hat sich Peking nicht nur das Recht auf gewaltsame Maßnahmen gegen die Insel vorbehalten, sondern auch genau die Situationen angezeigt, die militärische Aktionen auslösen würden. Andererseits fördert Peking alles, was geeignet erscheint, Taiwan enger ans Festland zu binden – das betrifft den Handel und die Investitionen ebenso wie Familienbesuche und Kontakte aller Art. So schlug der stellvertretende Leiter des Amtes für Taiwan-Angelegenheiten im chinesischen Staatsapparat, Tang Shubei, Ende September die baldige Aufnahme von Kontakten zwischen der KP Chinas und der Kuomintang aus Taiwan vor⁴³).

Ob dies allerdings bei der Bevölkerung von Taiwan die Bereitschaft zur Wiedervereinigung stärken wird, sei dahingestellt. Das kompromißlose Insistieren auf den Führungsanspruch der Kommunistischen Partei, vor allem aber die Politik gegenüber Tibet und die blutige Unterdrückung der Demokratiebewegung sind kaum geeignet, die starken Zweifel an der Kompatibilität der beiden „Systeme“ und der Vertrauenswürdigkeit der Pekinger Führung zu beseitigen.

41) Vgl. John Qan Sheng Zhao, 'One Country, Two Systems' and 'One Country, Two Parties': PRC-Taiwan Unification and its political Implications, in: The Pacific Review, (1989) 4, S. 312–319.

42) Vgl. dazu im einzelnen Li Jiaquan, Das Konzept „ein Land, zwei Regierungen“, in: Beijing Rundschau, 27/1990, S. 13–18; Chien-min Chao, China's Policy towards Taiwan, in: The Pacific Review, (1990) 2, S. 125–137.

43) Vgl. Radio Peking/dt./27. 9. 1990, in: BPA/OI/28. 9. 1990.

IV. Die Rückkehr Chinas auf die Bühne der Weltpolitik

Wenn Peking im vergangenen Jahr viel von seinem Ansehen verlor und aus dem Zentrum des internationalen Interesses rückte, so war dies nicht nur auf die Juni-Ereignisse zurückzuführen. Eine nicht minder große Rolle spielten dabei auch die tiefen Umbrüche, die sich in diesem Zeitraum ereigneten: der Systemwandel in Osteuropa, die schwere innere Krise der Sowjetunion, das Ende des Kalten Krieges, vor allem aber die sich vertiefende Zusammenarbeit zwischen Washington und Moskau. Letztere führte eine Reihe von Problemen, die die internationalen Beziehungen belastet hatten, Lösungen zu und verdeutlichte so die Grenzen der weltpolitischen Bedeutung Chinas. China rückte gewissermaßen wieder an die weltpolitische Peripherie, und das „strategische Dreieck“, in dem es während der vergangenen beiden Jahrzehnte eine wichtige Rolle gespielt hatte, begann seine Konturen zu verlieren.

Wenn China inzwischen wieder ein wenig an Statur gewonnen hat, so war dies nicht zuletzt die Folge zweier Regionalkonflikte, die die chinesische Diplomatie geschickt zur Rehabilitierung ihres lädierten Ansehens nutzte. Bei dem einen handelte es sich um den Kambodscha-Konflikt, für dessen Lösung sich immer stärker der UN-Sicherheitsrat engagierte. Als eines seiner ständigen Mitglieder und zugleich Patron der Roten Khmer kam und kommt Peking hier eine besondere Bedeutung zu.

Während die Kambodscha-Krise, die letztlich aber doch nur von regionaler Bedeutung ist, der chinesischen Führung die Chance einräumte, sich in der Region, insbesondere gegenüber den Staaten Südostasiens als Ordnungsmacht zu profilieren, öffnete ihr die Golf-Krise und die Erschütterungen, die sie weltweit auslöste, erneut die internationale Bühne. Denn auch hier kam Peking als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats wieder eine wichtige Doppelfunktion zu: Indem sich die chinesische Führung der Verurteilung der irakischen Invasion in Kuwait und dessen Annexion durch den Irak anschloß und die Sicherheits-Resolutionen 660, 661, 662 und 664, die den Irak zum sofortigen Rückzug aufforderten, mittrug⁴⁴⁾, und auch die auf saudisches Ersuchen erfolgte Stationierung amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien akzeptierte und respektierte, präsentierte sie sich den USA und den anderen westlichen Staaten als eine kooperationsbereite und ver-

antwortungsbewußte Macht. Indem sich Li Peng andererseits aber auch gegen die Anwendung militärischer Gewalt wandte – und diese Position international dadurch publik machte, daß er die Streichung des Ausdrucks „minimale Anwendung von Gewalt“ aus der Resolution 665 durchsetzte – und für eine friedliche Lösung der Krise durch die arabischen Länder eintrat und so unterschwellig die USA für die Verschärfung der Krise verantwortlich machte, unterstrich er nicht nur die unabhängige Position Chinas, sondern wies Peking damit auch als Verteidiger von Dritte-Welt-Interessen aus. Peking hatte gute Karten in diesem Spiel und spielte sie bislang auch richtig aus, bis hin zum spektakulären Besuch des chinesischen Außenministers im November im Irak. Es bleibt abzuwarten, wie die chinesische Führung reagieren wird, sollte es zum Ausbruch eines offenen Krieges kommen.

Eine weitere Chance, China der Weltöffentlichkeit als ein stabiles und friedfertiges Land vorzustellen, in dem Ruhe herrscht und dessen Bevölkerung mit ihrer Regierung zufrieden ist, brachten schließlich die am Vorabend des 41. Gründungstages der VR China am 22. September 1990 eröffneten 11. Asienspiele in Peking. Sie waren das erste von China veranstaltete große internationale Sportfest, und die chinesische Führung hatte keine Mühen und Kosten gescheut, um die Veranstaltung, an der 4 684 Sportler aus 37 Ländern und Regionen teilnahmen, zu einer großen Selbstdarstellung zu machen. Ob das Ergebnis den in die Spiele gesetzten Hoffnungen schließlich entsprach, sei dahingestellt: Zwar erfüllten die chinesischen Sportler – mit 878 Athleten das zahlenmäßig größte Team – die in sie gesetzten Erwartungen. Dagegen fiel der politische Erfolg eher mäßig aus: Allein die Islamische Republik Pakistan wurde von ihrem Präsidenten vertreten, alle anderen Staaten wurden von Vizepräsidenten, ehemaligen Präsidenten oder Ministern repräsentiert – unter ihnen allerdings prominente Politiker wie Noboru Takeshita aus Japan und Vo Nguyen Giap, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der Sozialistischen Republik Vietnam, seit 1979 der erste hochrangige vietnamesische Funktionär, der Peking offiziell einen Besuch abstattete.

Angeichts der scharfen Sicherheitsvorkehrungen bot sich der chinesischen Opposition keine Chance, die Aufmerksamkeit der Besucher auf sich zu ziehen. Das Festival lief ohne Störungen ab; der Schein der Ruhe und Ordnung blieb gewahrt.

⁴⁴⁾ Text in: Vereinte Nationen, (1990) 4, S. 146.

Ding Ding: Perspektiven der chinesischen Demokratisierung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/90, S. 3–10

Das kommunistische Regime in China hat durch die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung am 4. Juni 1989 auch seinen eigenen Untergang beschleunigt. Während sich für die Opposition im Inland neue Kräfte nur im Untergrund unter schwierigen Bedingungen sammeln können, hat sich die Regime-Opposition im Ausland besser entwickelt. Die Risse innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) können nur vorläufig verdeckt werden. Die Wende wird wahrscheinlich nach dem 85jährigen „starken Mann“ Deng Xiaoping, der als „letzter Kaiser“ dieses despotischen Regimes gilt, eintreten und voraussichtlich zum Ende der kommunistischen Alleinherrschaft führen — unabhängig davon, ob eine solche Entwicklung friedlich oder gewaltsam verlaufen wird.

Der Übergang zu einer funktionierenden Demokratie in China wird in jedem Fall langwierig sein, weil die demokratischen Kräfte noch schwach sind, und ihre Massenbasis recht schmal ist. Neben Wirtschaftskrise und Nationalitätenkonflikten — diese sind erst in ihren Anfängen sichtbar — stellt nicht nur der Mangel an demokratischer Tradition, sondern auch die Demoralisierung der Gesellschaft ein ernstes Hindernis dar. Ein erfolgreicher Systemwechsel hängt zumindest von der Kompromißbereitschaft der politischen Kräfte ab.

Rüdiger Machetzki: Chinas Gesellschaft im Umbruch

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/90, S. 11–17

Die achtziger Jahre, das Jahrzehnt der Reformen, waren mit Blick auf die materielle Entwicklung der Volksrepublik China die erfolgreichste Dekade dieses Jahrhunderts. Bedingt durch die wirtschaftliche Dynamik und die Öffnung des Landes nach Westen sind gesellschaftliche Wandlungsprozesse ausgelöst worden, die von der Partei- und Staatsführung nur noch begrenzt unter Kontrolle gehalten werden konnten. Die bis Ende der siebziger Jahre künstlich aufrechterhaltene Immobilität der großen ländlichen Bevölkerungsmehrheit konnte nicht länger gewährleistet werden. Der Sogeffekt der städtischen Zentren machte sich zunehmend bemerkbar. Gleichzeitig breiteten sich unter der Intelligenz und in weiten Kreisen der städtischen Gesellschaft politische Vorstellungen von der „offenen Gesellschaft“ aus, die auf eine Emanzipation von der ideologisch-bürokratischen Parteiherrschaft ausgerichtet waren.

Diese Forderungen nach Verwirklichung eines alternativen Gesellschaftsentwurfs demokratischer Art wurden Mitte 1989 militärisch unterdrückt — um den Preis des endgültigen Verlusts der Führungsautorität. Dem heutigen Regime verbleiben nur noch die Mittel der Gewalt. Das öffentliche Leben Chinas ist seither durch ein Klima weit verbreiteter Orientierungsunsicherheit bestimmt. Partei- und Staatsführung sind in sich gespalten und handlungsgelähmt, während in der (städtischen) Gesellschaft eher Apathie vorherrscht, die im deutlichen Gegensatz zu der allgemeinen Aufbruchstimmung der Jahre bis 1987 steht.

Carsten Herrmann-Pillath: Struktur und Prozeß in der chinesischen Wirtschaftspolitik, oder: Warum China doch anders ist

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/90, S. 18–30

Die Volksrepublik China ist weiterhin von schwerwiegenden Entwicklungsproblemen geplagt, die weder mit Hilfe der Reformpolitik der achtziger Jahre noch durch die gegenwärtige, konservativ orientierte Führung gelöst werden konnten. Diese Probleme hängen eng mit Besonderheiten der politischen und ordnungspolitischen Strukturen des Landes zusammen, wie z. B. der Fragmentierung wirtschaftspolitischer Lenkungsstrukturen zwischen den Regionen, dem komplexen System regionaler Eigentumsrechte und der lokalistischen Umsetzung von Herrschaft.

Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung wird bislang wesentlich durch die Wechselwirkung zwischen Ordnungspolitik und makroökonomischen Kontrollverlusten bestimmt. Vor allem die Pekinger Zentrale ist – unabhängig von ideologischen Präferenzen – immer wieder zu administrativen Interventionen gezwungen, sollen nicht die zentrifugalen Kräfte in den Regionen Überhand gewinnen. Auf der anderen Seite muß sie jedoch größere regionale Unabhängigkeit besonders in den Küstengebieten zulassen, um den Wachstumsmotor überhaupt in Gang zu halten. Auf diese Weise können zwar ordnungspolitische Verkrustungen immer wieder aufgelöst werden, doch werden die eigentlichen wirtschaftspolitischen Gestaltungsprobleme nicht angegangen, wie z. B. der Abbau administrativer Anreizverzerrungen in der Landwirtschaft, die dauerhafte Bereinigung von Verteilungskonflikten zwischen den Regionen und die Aufhebung von Privilegien der Stadtbevölkerung unter anderem im Bereich der sozialen Sicherung.

Es könnte sein, daß diese und andere Schwierigkeiten erst innerhalb eines vollständig anderen politischen Rahmens verschwinden, der sich an föderalistischen Modellen orientieren müßte. Von der gegenwärtigen politischen Führung ist die notwendige Weitsicht aber kaum zu erwarten.

Peter J. Opitz: Die Außenpolitik Chinas zu Beginn der neunziger Jahre

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/90, S. 31–46

Die blutige Niederschlagung der chinesischen Demokratie-Bewegung am 4. Juni 1989 hat dem Ansehen der VR China in der westlichen Welt schweren Schaden zugefügt. Die Analyse untersucht die Reaktion der chinesischen Außenpolitik auf diese Situation sowie die Schritte, die die chinesische Diplomatie einleitete, um das geschädigte Ansehen wiederherzustellen und das Land aus der Isolierung herauszuführen. Darüber hinaus sucht sie nach Spuren, die die westlichen Reaktionen bei der chinesischen Führung hinterließen und befaßt sich mit der Frage nach den langfristigen Auswirkungen des Geschehens auf die chinesische Außenpolitik.

Da sich diese Frage nur vor dem Hintergrund der strategischen Tiefenstruktur der chinesischen Außenpolitik und der ihr zugrundeliegenden Interessenlage diskutieren läßt, ist deren Rekonstruktion ein einleitender Rückblick auf die außenpolitische Strategie Pekings seit Beginn der achtziger Jahre gewidmet. Daran anschließend werden die Beziehungen Chinas zu den beiden Supermächten sowie zu Japan und Westeuropa untersucht. Den Schlußteil bildet schließlich eine Analyse der Beziehungen Pekings zur Dritten Welt, insbesondere zu den Staaten der asiatisch-pazifischen Region.